Nr. 62 September / Oktober 1993 5 Mark

Wildcat

Post
Timex
Türkei
Solingen
Bischofferode
Opel – Streik
»Wiederkehr...«

Kontaktadressen der Wildcat:

Sisina, Postfach 360 527,
10975 Berlin - 030/6121848

Sisina, Postfach 301 206,
50782 Köln

Wildcat, Postfach 306 325,
20229 Hamburg

Wildcat im Friedensbüro, M2, 15b,
68161 Mannheim

Postlagerkarte 17 26 49 E,
7800 Freiburg

Bezugsbedingungen:

Einzelbestellungen bei der Berliner Adresse nur gegen Vorkasse an

Sisina, Konto 31502-109,
Postgiroamt Berlin (BLZ 100 100 10)
Alle Preise einschließlich Versandkosten

Wichtig: Außer der Überweisung muß unbedingt auch eine schriftliche Bestellung eingehen, da die Postbank oft keine Überweisungsbelege mit der Adresse mehr weiterleitet!

Wildcat: Einzelheft 5 Mark, Abo: 5 Hefte für 20 Mark, Förderabo: 40 Mark

Wir suchen noch WeiterverkäuferInnen, bitte wendet Euch an uns!

V.i.S.d.P. ist P. Müller

Eigentumsvorbehalt
Diese Zeitung ist Eigentum des Absenders. Eine »Zurhabenahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile an den Absender zurückzuschicken.

Bücher

TheKla 10 – Zerowork – Politische Materialien aus den USA von 1975 und 1977 zum nordamerikanischen und internationalen Klassenkampf. Übersetzung der beiden Ausgaben der Zeitschrift »Zerowork«, die das Vorläuferprojekt der »Midnight Notes« war (s. TheKla 12, 14 und 17).

288 Seiten, 12 Mark

TheKla 11 – Jobberversuche 1981-88
Jobbergruppen berichten von ihren Versuchen, die Ausbeutung in der Region auf- und anzugreifen, über ihre guten Erfahrungen und ihre Fehler.

132 Seiten, 7 Mark

TheKla 12 – Arbeit, Entropie, Apokalypse
Analysen des *Midnight Notes Collective* zur internationalen Klassensituation und zur Kritik der bürgerlichen Wissenschaft. Im Anhang *Lordstown – Produktive Sabotage*, über Arbeiterkämpfe 1974 am schnellsten Fließband der Welt in Ohio. *148 Seiten, 7 Mark*

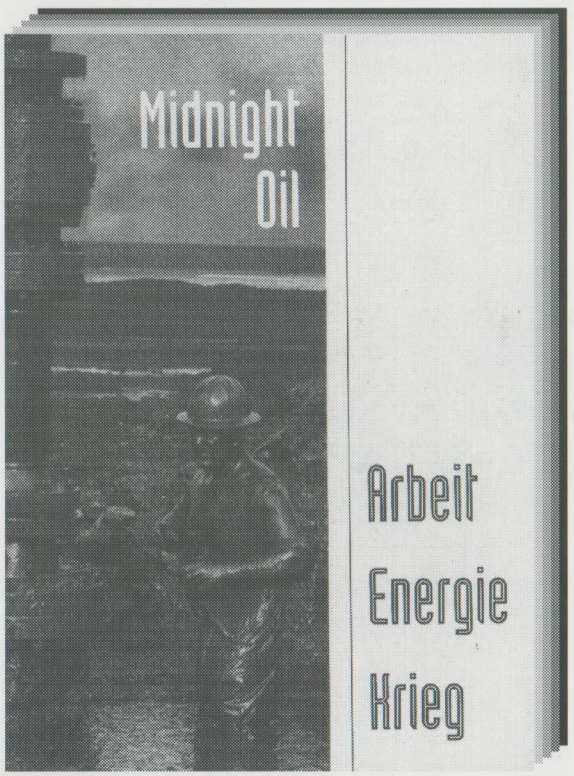
TheKla 13 – Klassenkämpfe im Sozialismus
Polen: Arbeiter gegen sozialistische Verwertung; China: Massaker für die Reformen; Frankreich: Interviews mit Krankenschwestern; Klassenkämpfe in England. *152 Seiten, 7 Mark*

TheKla 14 – Ölwechsel – Klassenkampf und »neue Weltordnung«
Texte zum Golfkrieg, Energiesektor und Klassenkampf, Ursprung der Schuldenkrise. Außerdem: Zionismus – Mißgeburt der Arbeiterbewegung. *160 Seiten, 8 Mark*

TheKla 15 – Schichtwechsel: Fiat und die ArbeiterInnen. Die Immigration – der Heiße Herbst – der Waffenstillstand – die 35 Tage. Fiat-ArbeiterInnen erzählen in vielen Interviews die Geschichte ihrer Kämpfe von den 60er Jahren bis 1980. Dazu ein Epilog Ende der 80er, ein Beitrag zu Fiat nach der Umstrukturierung, Flugis von Anfang der 90er.
erweiterte Neuauflage 176 Seiten, 10 Mark

Fabrikguerilla in Mailand 1980/81:
Geschichte der Kolonne »Walter Alasia« der Roten Brigaden *210 Seiten; 12 Mark*

Sabotage – ArbeiterInnen aus den USA erzählen über ihre Jobs und ihren Kampf dagegen
Thekla 16, 162 Seiten, B4, mit Bildern; 16 Mark



»Die größte und schnellste Massenentlassung in Jahrzehnten. Als ein Ergebnis des Golfkriegs wurden fünf Millionen ArbeiterInnen vertrieben, deportiert, umgebracht oder auf andere Weise von ihren Subsistenzmitteln getrennt. Jemenitische Gärtner, palästinensische LehrerInnen, sudanesische LKW-Fahrer, pakistanische Schweißer, Hausangestellte aus Sri Lanka, LandarbeiterInnen aus Ägypten und KellnerInnen von den Philippinen – sie alle wurden von den Sturmfluten erfaßt, die die Militarisierung und der darauf folgende Einsatz von Streitkräften am Golf verursachten. Diese ArbeiterInnen waren, und sind es immer noch, unentbehrlich für die Ölindustrie im Nahen Osten.« (aus der Einleitung)

Wir hatten in der Broschüre *Golfkrieg und Klassenkampf* und *TheKla 14 / Ölwechsel* Texte des *Midnight Notes Collective /USA* veröffentlicht, deren zentrale These war: es geht beim Golfkrieg nicht um den Sturz der Ba'ath-Partei, sondern darum, alle Regimes der Region gegen ein potentiell aufständisches, multinational zusammengesetztes Proletariat in der gesamten Golfregion zu stützen.

An einem Punkt hatten die Midnight Notes damals unrecht: es kam zum offenen Krieg. An allen anderen Punkten haben sie mit ihrer Analyse recht behalten: das Regime besteht fort, metzelt weiter Aufständische nieder, und die UNO erobert sich Region für Region den »öffentlichen Auftrag«, als bewaffnete Weltpolizei einzugreifen. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen in der Region haben sich radikal verschlechtert.

Wir haben aus dem 1992 erschienenen Sammelband *Midnight Oil* alle neuen Texte übersetzt: zur aktuellen Klassenzusammensetzung in der Golfregion und in den USA, zum Verhalten der Ölarbeiter in Nigeria gegen die Arbeit.

Die zweite Hälfte des Buchs besteht aus einer gründlich recherchierten Untersuchung zum Irak-Krieg von **Ferruccio Gambino: Migranten im Sturm: Entrechtete Arbeiter und Petrodollars am Persischen Golf**. Sie erschien im Sommer 92 in der neuen italienischen Zeitschrift *altreragioni*. Auch Ferruccio stellt die Hauptleidtragenden des Kriegs: die MigrantInnen und die jugendlichen ProletarierInnen am Golf in den Mittelpunkt. Er geht aber auch auf andere Fragen ein: Die »innerimperialistische Konkurrenz« und die Finanzierung des Krieges, die diplomatische Vorgeschichte, die Rekrutierung der US-Armee und der hochtechnologische Krieg mit seiner »Just-in-Time«-Logistik.

TheKla 17; 176 Seiten, 14 Mark

Im Windschatten der Krise hat das Kapital in der BRD in den letzten Monaten soviel Boden gutgemacht, daß uns manchmal der Mut verläßt: In den zentralen Betrieben der Autoindustrie wurden unter dem Kampfbegriff »Einführung von Gruppenarbeit« mal eben die in den 70er Jahren erkämpften Erholzeiten gestrichen und – flankiert von Entlassungen und im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen – Leistungsverdichtungen von bis zu 30 Prozent durchgedrückt. Die Bundeswehr ist zu ihrem ersten offiziellen Kampfeinsatz im Ausland ausgerückt. Das Asylrecht wurde abgeschafft, die EinwandererInnen, die jetzt kommen, müssen hier unter noch beschisseneren Bedingungen und zu immer größeren Teilen völlig illegalisiert leben. Die meisten werden nach irgendeiner Arbeit Ausschau halten – und es werden sich Arbeitsplätze finden, deren Bedingungen es so bisher in der BRD nicht gab. Alle hier anwesenden »AusländerInnen« wurden spätestens mit Mölln und Solingen unter Dauerstreß gestellt. Durch das Urteil des Bundesverfasungsgerichtes wird der § 218 zum Hebel des Angriffes gegen das Selbstbewußtsein der Frauen gemacht. Nach allen Frauenkämpfen der 70er und 80er Jahre sollen uns nicht nur heimliche (und teure) Abtreibungen, sondern auch die Rückkehr zur Kleinfamilie und einer Frauenrolle reingedrückt werden, die wir noch vor kurzem für die Phantasie abgehalfterter Machos gehalten hätten. Die tariflichen Lohnerhöhungen in diesem Jahr liegen weit unter der Inflation, die sozialen Dienstleistungen werden weiter gekürzt, Arbeitslose(ngeld-EmpfängerInnen) immer mehr terrorisiert, die Mobilität wird teurer (Bahn, Autobahngebühren, Benzinpreiserhöhung), der Überwachungsstaat wird weiter ausgebaut, die Mieten steigen immer noch, die Obdachlosigkeit nimmt weiter zu usw. usw. Angesichts dieses Durchmarschs erscheinen uns alle unsere Bemühungen dagegen zunächst als mickrig und unbedeutend.

Der Zweck mancher Maßnahmen ist sehr klar – so geht das § 218-Urteil auch gegen die Frauen in der ehemaligen DDR, die immer noch ein starkes Selbstbewußtsein bewahrt haben, obwohl der ökonomische und soziale Angriff mit Rausschmissen und Kita-Schließungen am allerstärksten gegen sie ging, um sie wieder in die Rolle als »Hausfrau«, das heißt auch als Arbeitskraft auf Abruf und ohne Recht auf ein eigenständiges Einkommen, zu zwingen.

Aber vieles verstehen wir im Moment nicht: Obwohl klar ist, daß den Kapitalisten diese Krise glänzend ins Konzept paßt, und es so aussieht, als hätten sie sie regelrecht herbeigesehnt (ein VW-Manager sprach neulich vom »Glück der Krise«, jetzt könnten sie endlich mal Qualität durchsetzen; die »Wirtschaftswoche« betete: »Gott möge uns die Krise noch etwas erhalten«), und die aktuellen Regierungsbeschlüsse sie sicherlich verlängern werden, wissen wir nicht, wie diese Krise wirklich funktioniert.

Wir werden in diesem Heft gar nicht erst versuchen, aus der Vogelperspektive die Projekte unserer Feinde zu erklären, sondern wollen die Scheinwerfer auf einige Facetten des aktuellen proletarischen Wider-

Inhalt

Solingen – die Revolte der Jugendlichen 3

Opel-Bochum STREIK 11

Was will die UNO in Somalia 14

Post: Gelbfieber 16

Timex-Intifada 20

Crotone / Kalabrien 24

Bischofferode Zurück in die Zukunft 27

Interview: Türkei / Kurdistan 35

Debatte – zum Papier von Karl Heinz Roth 45

Demonstration am 2. Juni 1993 in Hamburg zu den Morden in Solingen Weitere Fotos von der Demo ab Seite 6

standes richten, die trotz oder gerade wegen des umfassenden kapitalistischen Angriffs doch an mehr Ecken ins Auge springen, als wir es oft auf den ersten Blick wahrnehmen. Auch um das Bild der unaufhaltsamen kapitalistischen Dampfwalze in Frage zu stellen, das unsere Feinde gern malen.

Die ArbeiterInnenkämpfe in Bischofferode, bei Timex in Schottland und bei dem Chemiekonzern Enichem in Crotone/Kalabrien haben viel gemeinsam: An allen drei Orten versuchen Staat/Unternehmer und Gewerkschaften mit dem üblichen Krisengejammer, massive Verschlechterungen bzw. Entlassungen gegen die ArbeiterInnen durchzudrücken. Eine Situation, die es aktuell in vielen Betrieben gibt. Die entschlossenen Aktionen der ArbeiterInnen ergeben aber ein anderes Bild als das von verzweifelten, hilflosen Menschen, die um jeden Preis an ihren Arbeitsplätzen hängen. Die ArbeiterInnen in Bischofferode haben das einzige Versprechen der Marktwirtschaft – wer produktiv ist, dem passiert nichts – als Lüge entlarvt, auch wenn ihr Kampf natürlich von der Erpressung mit dem Arbeitsplatz und dem, was im Kapitalismus nun mal damit verbunden ist, bestimmt ist. Die ArbeiterInnen bei Timex und in Crotone haben sich kollektiv gegen die Politik ihrer Gewerkschaften – in Krisenzeiten gibt es nichts zu verteilen – organisiert. Die Presse in Italien beschwört schon einen »heißen Herbst« herauf, die Medien der BRD bauen die Auseinandersetzung in Bischofferode zum Symbol einer verlorenen Arbeitergeneration auf, um dafür zu sorgen, daß er als eben solch ein Symbol erstarrt: seit Anfang September haben die Medien ihre – bisher positive – Berichterstattung über Bischofferode wie auf Verabredung fast vollständig eingestellt.

Die Artikel in dieser Nummer sind nur ein Streiflicht auf einige aktuelle Brennpunkte der Klassenauseinandersetzung. Im nächsten Heft werden wir versuchen, die gegenwärtige Krise(npolitik) umfassender einzuschätzen.

Die Verhältnisse sind in Bewegung wie seit sehr langem nicht mehr. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist wohl in keinem halben Jahr so viel passiert wie in den letzten sechs Monaten. Wie viele andere fragen wir uns: können wir »die Notbremse ziehen« und die Fahrtrichtung wieder selber bestimmen?

Nicht zufällig werden gerade jetzt von vielen Seiten Vorschläge gemacht, wie die Linke weiter verfahren sollte. Ein Vorschlag, der auch uns zu Diskussionen und Ideen angeregt hat, war Karl-Heinz Roths Referat auf dem »Konkret«-Kongreß im Juni. Da er inzwischen vielerorts nachgedruckt wurde, sparen wir uns das (falls ihn jemand noch nicht kennt, können wir ihn für 3 Mark in Briefmarken zuschicken) und bringen stattdessen am Ende des Hefts einen ersten Beitrag zu dieser Debatte.

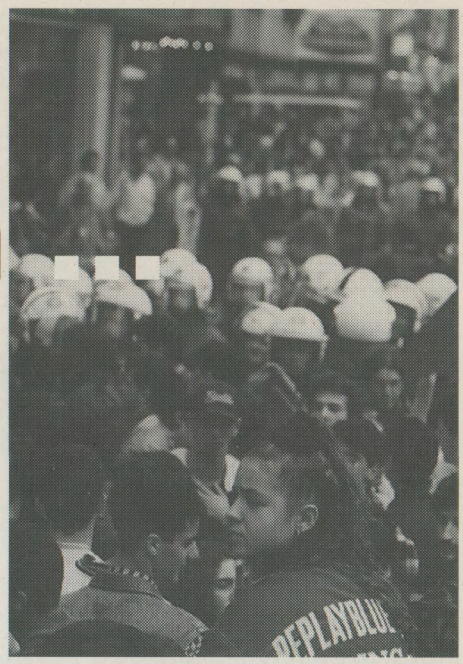
Solingen Revolte

An der kurzen aber heftigen Bewegung, mit der hauptsächlich die aus der Türkei stammenden Jugendlichen auf die Morde in Solingen antworteten, haben sich – im Ruhrgebiet stärker als in anderen Landesteilen – ebenso heftige Diskussionen in der Linken entwickelt. In Solingen waren die religiösen, nationalistischen und faschistischen türkischen Gruppierungen stark vertreten und bemühten sich, Einfluß auf das Geschehen zu nehmen. Bei den Aktionen in Solingen und in Köln prägte die türkische Fahne das Bild. Auf den folgenden Seiten wollen wir etwas zu dieser Diskussion beitragen. *Die Wut der Jugendlichen* erschien bereits in der Kölner Stadtrevue, es folgt ein Bericht über die *Demo in Hamburg* und ein *Interview* mit einem politisch aktiven jungen Einwanderer aus der Türkei.

Von Anfang an war es schwierig, sich ein genaues Bild von den wirklichen Ereignissen zu machen. Und selbst für diejenigen, die es selber miterlebten, war es nicht immer eindeutig. Was bedeutet das Tragen der Fahne in der jeweiligen Situation, wer gehört tatsächlich zu den »Grauen Wölfen«, was bedeuten die Parolen? Die Medien sahen bei jedem Konflikt eine Auseinandersetzung zwischen links- und rechtsextremen türkischen Gruppen – so z.B. bei der Schlägerei zwischen den beiden Dev-Sol-Fraktionen auf der Solinger Großdemo – oder witterten bei jeder Militanz gleich türkischen Rechtsextremismus – siehe die Falschmeldung in der Tagesschau über die Demo in Hamburg.

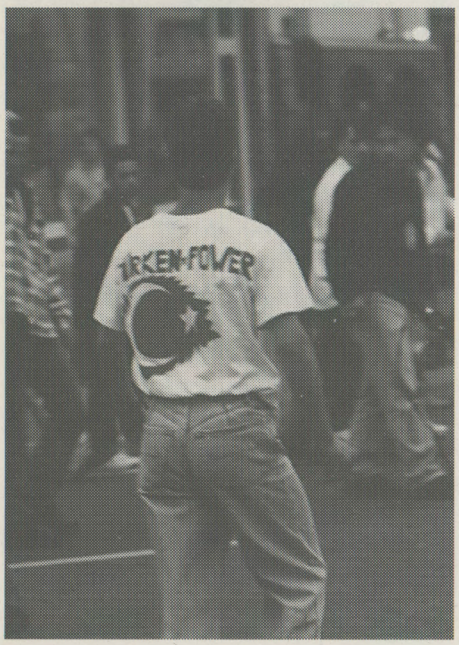
Die Linke tut sich immer schwer mit Bewegungen, die sich völlig unabhängig von ihr und ohne klar ausgesprochene ideologische Grundsätze entwickeln. Und dann noch – vordergründig – auf einem Politikfeld das sie gepachtet hat: »Antifaschismus« und »Antirassismus«. Die kritische Distanz sowohl der deutschen wie der türkischen Linken wurde von einigen als »verletzte Eitelkeit« gewertet. Diese Bewegung verstand sich nicht als »antifaschistisch«, suchte nicht das Bündnis zu deutschen Gruppen, sondern stütze sich allein auf ihre eigene soziale Kraft. In den Tagen

– der Jugendlichen...



Die Bilder auf den Seiten 3, 4, 5 zeigen Demonstrationen von Jugendlichen in Köln nach der Trauerfreier für die Opfer von Solingen am 3. Juni 93

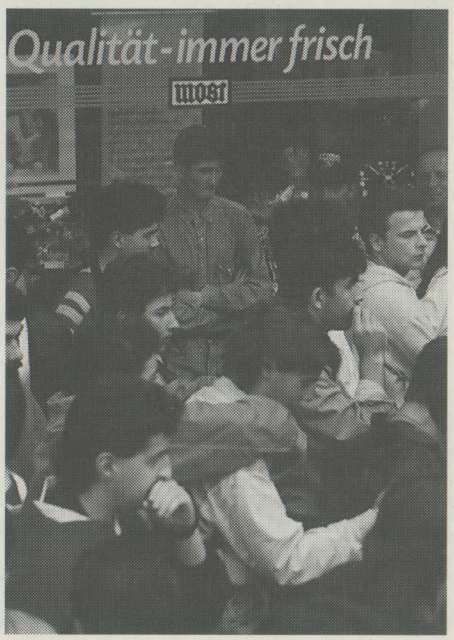
nach Solingen gab es meistens zwei grundverschiedene Arten von Aktionen: die Mobilisierung der deutschen Linken und Antifaschisten mit ihren Bündnispartnern aus der Türkei – Demonstrationen, die das gewohnte Bild boten – und Aktionen, die von den türkischen Jugendlichen getragen wurden, ohne klare organisatorische Strukturen oder eindeutigem ideologischen Ausdruck, mit unüberlegten und teilweise blinden Aktionen, aber mit einem erfrischenden Selbstbewußtsein. Bei diesen Aktionen stand die Linke am Rand, lief mit, merkte, daß sie sich hier in einer fremden Welt bewegte. Dieses Defizit konnten auch ihre Kontakte zur befreundeten Linken aus der Türkei nicht aufheben. Vielleicht sprachlich – aber nicht vom Verständnis. Denn die türkisch sprechende Linke stand dieser Bewegung und dieser Generation fast genauso fremd gegenüber. In den ersten Tagen war immer wieder der pauschale Kommentar »das sind alles Faschisten« oder »von den Faschisten Verführte« zu hören. Auch sie wandten ihre eigene Unfähigkeit, sich in dieser Generation sozial zu verankern, gegen deren offenes politisches Auftreten. (Was Kürkçü über die veraltete Sprache der Linken in der Türkei und ihre fehlende Verankerung sagt, trifft auf die Verhältnisse hier genauso zu; siehe Seite 35



in diesem Heft.) Der Versuch, sich von hier genauere Aufklärung zu besorgen, endete oft damit, nun selber diese Brille der türkischen Linken aufzusetzen. Einen Extremfall bildeten die Stellungnahmen der *Autonomen Infogruppe Solingen*, die schon am Pfingstmontag die faschistischen türkischen Gruppen für alle Randale verantwortlich machte. Konnte dies noch als Panikreaktion gegenüber der örtlichen Presse gesehen werden, die den Autonomen die Randale in die Schuhe schob, so sah die längere Erklärung (in Interim 246) eine gezielte Strategie am Werk, bei der Bullen (durch Nichteingreifen) und türkische Faschisten (durch Randale) gemeinsam einen »Notstand« geschaffen hätten, um das Thema zu entpolitisieren. Für das Politikverständnis deutscher Antifaschisten mag das zutreffen, für die es einen politischen Erfolg bedeutet, wenn die liberale Öffentlichkeit über das Verbrennen von Menschen ihre Tränen ausschüttet. Für die hier lebenden Immigranten war es sehr viel politischer, daß sie ihre Handlungsfähigkeit und ihre eigene Kraft ausdrücken konnten. (Die bisher ausführlichste und mit vorschnellen Wertungen zurückhaltende Darstellung der Abläufe in Solingen haben wir in der *Arbeiterpolitik 3/93* gefunden – allerdings ist auch hier der politische Maßstab eher die Bündnisfähigkeit mit der ÖTV als die Bedeutung für die handelnden Subjekte.)

Wenn wir uns gegen pauschale Beurteilungen dieser Bewegung wenden und nach den Hintergründen fragen, dann wollen wir damit die Gefahr einer nationalistischen und religiösen Entwicklung in diesem Aufbruch nicht verharmlosen oder entschuldigen. Wir finden es in jeder Situation zum Kotzen, wenn sich Interessen als »nationale« oder »rassische« Besonderheit ausdrücken. Durch den regelrechten Krieg gegen die kurdische Bevölkerung steht die türkische Fahne aktuell für eine besondere Grausamkeit, die auch von vielen hierlebenden türkischen Menschen hingenommen oder gutgeheißen wird. Kurz nach Solingen wurde dieser türkische Nationalismus gegen die europaweiten Aktionen der Kurden mobilisiert. Das Massaker der islamischen Kräfte in Sivas, das vom türkischen Staat geduldet bzw. gefördert wurde, findet auch hier Zustimmung.

Auf der anderen Seite können die Religion oder der türkische Nationalismus auf die gesamten sozialen Ansprüche und Forderungen, die nach Solingen mit offener Wut ausgebrochen sind, keine Antworten geben. Dieselben Jugendlichen, die »Türkei! Türkei!« rufend durch die Straßen gezogen sind, fechten tägliche Konflikte mit ihren Eltern aus, die für sie die traditionellen Werte eben dieser »Türkei« repräsentieren. Das ist keine Garantie dafür, daß sich die vorhandene Tendenz der nationalistischen »Barbarei« nicht durchsetzen kann. Aber nur die tatsächlichen Widersprüchlichkeiten bieten uns Möglichkeiten einzugreifen...



Die Wut der Jugendlichen

Die Morde in Solingen haben die aufgestaute Wut der in der BRD lebenden türkischen Bevölkerung explodieren lassen. Mit einer Militanz und Heftigkeit, die für die deutsche Gesellschaft eine neue Qualität darstellt. Ohne das Bündnis mit dem von deutscher Seite mobilisierten Antirassismus und Antifaschismus zu suchen, gingen sie auf die Straße, dokumentierten ihre Wut in eingeschlagenen Fensterscheiben und blockierten Autobahnen. Was hatten ihnen auch jahrelange antirassistische Bekenntnisse und Lichterketten gebracht? Jetzt bezogen sie sich auf sich selbst, suchten die Stärke in ihrer eigenen Gruppe – und damit taucht das Problem des Nationalismus auf. Die folgenden Bemerkungen verstehen sich als Anstöße zu einer notwendigen Diskussion.

Die türkische Fahne – Selbstverteidigung oder Nationalismus?

»Die Türken« sind in der Sprache der Neofaschisten zum Stereotyp für die Objekte ihrer Gewalt geworden – auch wenn sich die tatsächliche Gewalt nicht einmal an der ausländischen Herkunft orientiert, sondern genauso Obdachlose oder Behinderte trifft. Von den deutschen Jugendlichen mit türkischem Paß wird die ständig erfahrene Erniedrigung als »Türke« in einem Akt der Selbstbehauptung und Verteidigung ihrer Würde umgedreht: sie identifizieren sich als »Türken«, halten stolz die Fahne hoch, die sie als »Türken« identifizierbar macht. *»Ich trage die Fahne, damit die Nazis sie sehen können. Hier bin ich, sie sollen nur kommen ...«* Argumente aus Diskussionen am Rande von Demonstrationen, bei denen das Flaggetragen zur politischen Gretchenfrage stilisiert wurde.

Ein Sozialarbeiter, der – selber Kurde – seit zehn Jahren mit Jugendlichen aus der Türkei arbeitet, umreißt die Dimensionen der täglichen Erniedrigung: *»Sie fühlen, daß sie jahrelang unterdrückt und nicht beachtet wurden, daß sie keine gleichen Rechte haben, daß man sie ständig spüren läßt, 'eigentlich gehörst du nicht hierhin'. Du mußt eine Aufenthaltserlaubnis haben, du mußt ein Visum beantragen, wenn du nach Frankreich, oder Italien fahren willst. Auf der Straße oder beim Einkaufen erlebst du, wie deine Mutter von den deutschen Verkäuferinnen in diesem gebrochenen Deutsch angeschrien wird. Oder wenn dein Vater im Geschäft eine Jacke anprobieren will, dann kommt der Verkäufer und anstatt zu fragen 'Guten Tag mein Herr, kann ich ihnen weiterhelfen', sagt er 'Finger weg, nix. Du kaufen wollen, jetzt sagen mir und ich zeigen dir'. Das staut sich auf. Irgendwann ist die Grundlage da, zu sagen, 'Scheiße, ich bin stolz darauf, anders zu sein, daß ich schwarz bin, daß ich Türke bin oder daß ich Kurde bin'.« (H.S.)*

Der Bezug auf ihre eigene Nationalität, der Stolz auf ihre Besonderheiten ist für Minderheiten eine Möglichkeit, Handlungsfähigkeit und Stärke zu entwickeln – und andere Möglichkeiten hat ihnen heute niemand zu bieten. Auf diese Stärke konnten sich daher auch andere Gruppen beziehen, die mit dem türkischen Nationalismus nichts am Hut haben. Weil hier endlich einmal der täglichen rassistischen Gewalt etwas entgegengesetzt wurde, war es für sie unwichtig, unter welchen Symbolen dieses geschah – bzw. diese Symbole wurden damit zu denen des Widerstandes. Als die Jugendlichen am Tag der Trauerfeier die Venloer Straße entglasten und mit ihren Fahnen durch Ehrenfeld demonstrierten, schlossen sich spontan andere an oder zeigten offene Sympathie – Roma, Schwarze, Marokkaner. In einen wütenden Leserbrief an die taz-Hamburg, die sich über die Anwesenheit der türkischen Flagge auf einem Konzert von Living Colour aufgeregt hatte, schreibt ein Palästinenser: *»Ich weiß nicht, wie man nicht erkennen kann, daß die türkische Flagge ... mehr ein Symbol des Widerstandes als ein Symbol von Nationalismus ist. Seit Jahrzehnten werden Ausländer von Deutschen wie Scheiße behandelt. ... Macht die Augen auf! Ausländische Jugendliche tragen auch Malcolm X-Zeichen und sind nicht unbedingt schwarz. ... Es ist alles nur ein Symbol des Widerstandes gegen Unterdrückung. Und Unterdrückung gibt es hier genug.«* (11.6.93)

Die Geschichte eines sozialen Aufbruchs

Um die Widersprüchlichkeit zwischen sozialer Revolte und nationalistischer Orientierung verstehen zu können, genügt nicht der oberflächliche Blick auf die heutigen Ereignisse. Jugendliche der zweiten und dritten Generation schließen sich seit Jahren in Banden zusammen, zum Autoknacken, zur Selbstverteidigung, um sich ihre Räume in Jugendzentren oder den Zutritt zu Discos zu erobern. *»Unbemerkt von der Öffentlichkeit haben diese Gruppen das Erstarken der Boneheads (rassistischer Flügel der Skinheadbewegung und die Straßenkampfversion Zimmermannscher 'Ausländerpolitik') in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verhindert. Mit entschlossener Militanz hielten sie den Borsigplatz in Dortmund, Berlin-Wedding oder das Frankfurter Gallusviertel, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, 'skinhead- und nazifrei'. Ohne feste Organisationsstruktur, ohne politisches Sprachrohr, nur lose miteinander verbunden, verhinderte die Wachsamkeit dieser Gruppen den Durchmarsch militanter rechter Szenen. In Einwandererstädten können diese 'autonomen', überparteilichen Selbstschutztruppen innerhalb kürzester Zeit mühelos 500, 1000 Streetfighter mobilisieren.« (»Die Angst vorm Spartakusaufstand« von Seidel-Pielen in der taz v. 4.6.93)*

In Köln traten diese Gruppen oder Banden

1986 in Erscheinung, als etwa 600 mit Baseballschlägern bewaffnete Jugendliche aus der Türkei in der Stadt anläßlich eines geplanten Skin-Head-Treffens demonstrierten. In den folgenden Jahren traten sie – weniger spektakulär – immer wieder auf: bei Konflikten um Jugendzentren, Veranstaltungen der neofaschistischen Organisationen oder nach rechten Anschlägen.

Diese Entwicklung war nicht nur eine Reaktion auf die wachsende Gewalt gegen AusländerInnen, sondern auch Ausdruck der neuen Ansprüche der zweiten und dritten Generation. Die ersten ZuwanderInnen, die in der Türkei aufgewachsen waren und ihre familiären Beziehungen dort hatten, bezogen ihre Situation in Deutschland auf die Lebensverhältnisse in der Türkei. Sie nahmen Erniedrigung und Diskriminierung hin, weil sie dafür durch eine materielle Besserstellung im Vergleich zu den Lebensbedingungen in der Türkei entschädigt wurden. Obwohl sie seit Jahren hier lebten, blieb die Vorstellung der Rückkehr und die damit verbundene Hoffnung auf einen sozialen Aufstieg in ihrem Land lebendig. Aber ihre Kinder wuchsen hier auf, sie kannten die Türkei höchstens als Urlaubsland. Für sie war die hier erfahrene Zurückstellung viel schmerzhafter. Sie messen ihre Lebenssituation nicht an den Verhältnissen in der Türkei, sondern an denen hier, am Leben ihrer deutschen Freunde und Nachbarn. Ihre Revolte ist das Aufbegehren gegen ihre Stellung als Underdogs und Subproletariat in dieser Gesellschaft, immer noch verdammt dazu, die Scheißjobs und Drecksarbeit zu machen.

Diesen Wandel hat die türkische Linke nicht mitgemacht. In ihrer Orientierung an den Verhältnissen in der Türkei hat sie diese neue Entwicklung nicht verstanden und kann heute die Bedürfnisse ihrer Jugendlichen nicht formulieren. *»Am Anfang hatte die Linke natürlich versucht, diese türkischen oder kurdischen Jugendlichen zu mobilisieren, zu politisieren. Aber sie haben nicht bemerkt, wie die Wege auseinandergingen. Die einen blieben immer noch an der Türkei orientiert, die neue Generation hat sich in dieser Welt hier definiert.« (H.S.)*

Das nationalistische Ventil

Umso verrückter erscheint es, daß sich diese Ansprüche in den letzten Jahren verstärkt in einer nationalistischen Haltung oder einem Rückbezug auf religiöse Werte ausdrücken – wobei es weniger um die Religion als solche geht, als um bestimmte Rituale, über die eine Minderheit ihre Identität definiert. *»Für die Jugendlichen, die hier leben, ist die Türkei der Traum vom gelobten Land. Irgendwie ist dieser Traum bei ihnen noch da, eines Tages zurückzugehen. Mein Vater hat sich hier kaputtgeschuftet und immer gedacht, irgendwann hat er soviel zusammen, daß er zurückgeht und da ist dann alles in Ordnung. Für die Jugendlichen lag darin eine doppelte Unterdrückung: nicht nur, was die Gesellschaft hier mit Ausländern macht, dazu noch der Druck des Vaters, eine gute Ausbildung zu machen, auf vieles zu verzichten, um eines Tages zurückzugehen. Obwohl die Jugendlichen selber sagen, daß sie es dort nicht länger als sechs Wochen aushalten würden, hat sich bei ihnen dieses Bild der Türkei als gelobtes Land geprägt. Und dann sehen sie: da ist gar nichts in Ordnung, diese Kurden müssen ausgerechnet jetzt meinen Traum kaputt machen.« (H.S.)*

Vor diesem Hintergrund sehen sie jeden Tag die Bilder des türkischen Fernsehens, lesen sie die nationalistischen Parolen der türkischen Presse. Sie entwickeln einen buchstäblich verrückten Bezug auf die Türkei, weil sie darin den einzigen Ausweg aus der erniedrigten und angesichts der Morde ohnmächtigen Situation sehen. Hier wird ihnen versprochen, daß der Bezug auf die Nation oder ihre religiöse Tradition ihnen genug Stärke geben wird. »Die Türkei ist das Größte«, »Wir sind alle Soldaten, für die Faschisten sind wir genug« – und wenn das alles nichts helfen sollte, ist wenigsten Gott groß, »Allahu akbar«. Seit Jahren versucht der türkische Staat die sozialen Spannungen innerhalb der Türkei in nationalistische oder religiöse Bewegungen umzubiegen – sei es an der Frage der türkischen Minderheit in Bulgarien, dem Krieg gegen die Kurden oder den Ansprüchen auf Aserbeidschan. Nach 1980 hat der sogenannte laizistische türkische Staat die Mobilisierung des Islams gefördert, um die sozialen Konflikte kontrollieren zu können. Auch in der BRD: die Türkisch-Islamische Union der religiösen Einrichtungen (DITIB), in deren Kölner Moschee die Trauerfeier für die Opfer von Solingen stattfand, wurde 1982 mit Unterstützung der türkischen Religionsbehörde gegründet. In ihrem Beirat sitzen Vertreter des türkischen Konsulats. In der offiziellen staatlichen Propaganda für Nation und Islam finden kleine faschistische Gruppen wie die Grauen Wölfe oder religiöse Sekten ihren Nährboden. Der Mord von 36 Künstlern und Schriftstellern durch eine aufgebrachte Menge in Sivas – unmittelbar nach dem Moscheebesuch – ist nur eine Zuspitzung dieser Entwicklung. *»Die Brandstifter sitzen in Ankara«*, kommentierte treffend die linke türkische Presse.

Die hier lebenden Jugendlichen sind anfällig für diese Propaganda und ihre Radikalität, weil sich die soziale Sprengkraft ihrer Ansprüche in den friedfertigen Diskursen über eine multikulturelle Gesellschaft oder den leeren Sprüchen von der Völkerfreundschaft nicht wiederfindt. Es ist auch unser Problem, als Linke, Antirassisten oder was auch immer, daß wir den unaufschiebbaren Bedürfnissen diesen Jugendlichen nichts zu bieten haben, daß wir selber unsere Träume von einer anderen Gesellschaft aufgeben haben und uns dann wundern, wenn sich ihre Radikalität nicht mit unseren ideologischen Kriterien deckt. *»Ich meine, die Linke sollte sich von Grund auf überlegen, was sie in Bezug auf die Entwicklungen hier und heute unternehmen will. Das ist ihr Problem. Die Jugendlichen werden nicht warten und gucken, was die Linke sagt, sondern sie werden auf die Straße gehen und dann sind sie mit denen da, die da sind. Zeigst du dort die Radikalität, hast du dort Vorschläge, dann können sie sich damit identifizieren. Im Moment ist es vor allem wichtig, daß wir da sind und mit ihnen reden, auch in solchen spannungsvollen Situationen wie bei diesen Demonstrationen. Daß sie jetzt auf die Straße gehen, müssen wir als eine Chance sehen, als eine Herausforderung – auch um zu sehen, was wir bei uns selber ändern müssen.« (H.S.)*

Wir sind durch die Grenzen durchgekommen, wir werden auch durch diese Sperre kommen.«

Für den 2. Juni, zwei Tage nach den Solinger Morden, hatte das türkische Volkshaus in Hamburg-St.Pauli zu einer Kundgebung auf dem Rathausmarkt aufgerufen. Das sind unabhängige linke Türken aus der zweiten Generation, die von den ML-Organisationen nichts wissen wollen. Außerdem hatten sie alle türkischen Läden aufgerufen, einen Tag dicht zu machen, bzw. die türkischen ArbeiterInnen, nicht zur Arbeit zu gehen.

Wir dokumentieren den Augenzeugenbericht eines deutschen Teilnehmers und ein Interview mit einem türkischen Aktivisten der Bewegung aus der zweiten Generation.

Um 12 Uhr auf der Kundgebung waren sicher sieben- bis achttausend DemonstrantInnen. Die Stimmung war ziemlich aggressiv, in Reden wurde zum Widerstand gegen Nazis und gegen die Regierung aufgerufen. Aus verschiedenen Betrieben waren Leute während der Mittagspause gekommen, um sich der Kundgebung anzuschließen. Nach einer Weile ging eine Demo zur Ausländerbehörde los. Etwa die Hälfte der Kundgebungsteilnehmer ging mit, mehr als 80 Prozent Ausländer, hauptsächlich türkische SchülerInnen zwischen 12 und 18. Die einzigen drei türkischen Fahnen wurden von Schülern getragen, die aber keine nationalistischen Parolen, sondern die der anderen mitriefen. Ansonsten gab es noch eine bosnische Fahne.

Die Stimmung war ziemlich aufgeheizt, viele Parolen auf türkisch und auf deutsch: »Nazis raus«, »Wir wollen keine Nazischweine.« Statt der blöden Autonomen-Parole »Nazis vertreiben – Ausländer bleiben«, hieß es jetzt von den handelnden Subjekten selbst: »Nazis vertreiben – wir werden bleiben«. Die erste Bullenkette, die sich sehen ließ, um den Verkehr zu regeln, wurde mit einem Steinhagel eingedeckt. Wie bei einem Lawineneffekt, fingen plötzlich 12-14jährige an, Steine auf alles zu schmeißen, was sich als Ziel anbot. Der Demoleitung gelang es dann, die Situation zu beruhigen. Vor der Ausländerbehörde ein riesiges Bullenaufgebot und in 50 m Entfernung Absperrgitter. Auch hier stand es kurz vor der Eskalation. Kurz darauf – in einer Straße, wo es eigentlich keine Angriffsziele gibt, ging's dann los: Partyservice, Druckerei, Büroräume, Telefonzellen, parkende Autos wurden zerdeppert. Ein türkischer Kollege von mir, der ein paar 16jährige aufhalten wollte, bekam fäusteballend die Antwort: »Wie viele von uns sollen sie noch umbringen?«, worauf ihm dann kein Argument mehr einfiel.

Als die Demo schon auf dem Weg zur Abschlußkundgebung in St.Pauli war, fingen die Bullen mit Provokationen an: Spalier zu beiden Seiten, einzelne Leute vom Rand der Demo abgegriffen. Um nur mal die Stimmung unter den türkischen SchülerInnen zu schildern, ein kurzes Beispiel: ein ca. 14jähriges Mädchen springt ins Gebüsch, kommt mit einem Riesen-Wackerstein zurück und schleudert in Richtung Bullen. Sie trifft einen älteren Demonstranten in den Rücken. Der beschwert sich. Sie steckt ganz verlegen die Finger zwischen die Lippen und grinst: »Oh, Entschuldigung!« Und wieder rein ins Gebüsch, den nächsten Stein rausgeschleppt und auf die Bullen geschmissen. Einige dieser

Mädchen wurden später festgenommen, indem sich 10 Bullen auf sie stürzten.

Aus Protest gegen die Festnahmen und das Spalier sollte eine Sitzblockade am Dammtor gemacht werden. Dummerweise wurde dies über Lautsprecherwagen auf deutsch und nicht auf türkisch durchgesagt (was gereicht hätte, da ja fast nur Türken da waren). Kurz darauf stellte sich uns am Fernsehturm eine Bullenkette in den Weg. Als die Bullen nach mehrmaliger Aufforderung die Straße nicht freimachten, kam vom Lautsprecherwagen die Durchsage: *»Wenn ihr Ärger vermeiden wollt, gebt die Straße frei, wenn nicht, kriegt ihr Ärger. Wir sind durch die Grenzen durchgekommen, wir werden auch durch diese Sperre kommen.«*

Dies war das Startsignal und es folgte ein kurzer heftiger Angriff der Demo auf die Bullenkette. Sie schlugen zurück, bekamen aber so auf die Mütze, daß sie zunächst zurückweichen mußten. Doch leider bekamen sie Verstärkung und trieben uns die Karolinenstraße runter zur Feldstraße. Die Demo war in zwei Teile gespalten, eine Demoleitung gab es nicht mehr. Und so gings dann hin und her, auf unkoordinierte Angriffe folgten ebenso panische Fluchtbewegungen. In sicherem Abstand von den Bullen wurde dann so ziemlich alles demoliert, was zerbrechlich ist.

Die türkischen Kids tobten sich an den Ampelanlagen und Verkehrskameras aus. Die Bullen trieben uns mit Wasserwerfern ins Schanzenviertel. Inzwischen hatten auch die Autonomen mitgekriegt, daß was los war und mischten mit. Es war halt das übliche Heimspiel. Das ganze Viertel war auf den Beinen. Leider häuften sich die Festnahmen und so langsam ebbte das ganze dann ab. Alles in allem waren wir 7-8 Stunden auf den Beinen und ganz schön fertig.

Im Fernsehen kam die völlige Desinformation: *»Krawalle nach friedlicher Demo von türkischen Rechtsextremisten und deutschen Autonomen angezettelt«*. Was ich erlebt habe, war ein neues Selbstbewußtsein türkischer Jugendlicher, wie ich es so bisher jedenfalls noch nicht mitbekommen hatte.

Interview mit einem jungen Einwanderer aus der zweiten Generation in Hamburg

Erzähl mal was zu dieser breiten Bewegung, die im Lauf des letzten Jahres entstanden ist.

Solingen war eigentlich der Höhepunkt des Jahres. Vor Mölln hatten wir zum Beispiel wenig Hoffnung gehabt, daß sich was bewegen würde. Wir haben gedacht, es würde sich dann was bewegen, wenn die Jugendlichen selbst und hart betroffen wären. Und wir hatten eigentlich nicht damit gerechnet, daß es so große Ausmaße annimmt, daß so viele Leute sich betroffen fühlen.

Für uns war klar, daß einfach mit intellektuellen Ansprüchen bei den Jugendlichen nichts zu machen war. Und wir haben gedacht, wir können mit den Jugendlichen zusammenkommen, wenn sie von selbst auf die Straße gehen. Das ist passiert.

Im Vergleich zu früher haben vor allem die Jugendlichen gemerkt, daß der Kampf auf der Straße geführt werden muß. Und natürlich nicht nur mit »friedlichen« Mitteln. Neu ist auch das starke Gefühl, daß man Druck erzeugen kann.

Bis jetzt hatten die Einwanderer eigentlich keine radikale Politik betrieben. In der Zeit nach dem Mord an Ramazan Avci war die erste Generation auf der Straße mit Forderungen wie Wahlrecht und so. Daraus hat sich der Dachverband türkischer Einwanderer (TGB) gebildet, der Sachen wie die doppelte Staatsbürgerschaft fordert und linke Gruppen ausschließt.

Die erste Generation ist immer davon ausgegangen, daß sie irgendwann zurückkehren würde. Und die Verhältnisse hier haben sie immer mit ihren Heimatländern verglichen: »Hier lebe ich immerhin besser als in meinem Heimatland, also habe ich auch keinen Anspruch, mehr zu verlangen, als ich kriege.«

Die Jugendlichen betrachten die BRD natürlich unter einem ganz andereren Blickwinkel als die erste Generation. Sie sind hier aufgewachsen und vergleichen sich mit deutschen Jugendlichen: »Die können sich frei bewegen, wieso soll ich das nicht auch?« Und dadurch haben sie ihre Dynamik entwickelt.

Es gab auch immer kleine Gruppierungen, die sogenannten Banden. Aber politisierte Jugendgruppen gab es wenig, und die Banden haben sich wieder aufgelöst, wenn die Leute älter wurden – sie haben geheiratet oder wurden Professionelle. Oder sie konnten dem Druck der Bullen nicht widerstehen. Trotzdem gibt es einige Gruppen wie Antifasist Gençlik in Berlin, die seit Jahren auf der Straße kämpfen.

Außerdem gab es wenig Vertrauen zwischen den Gruppen, auch wegen diesen kapitalistischen Einzelkämpferideologien.

Das Neue war diesmal, daß die Jugendlichen gemeinsam mit anderen, die sie überhaupt nicht kannten, eine Aktion gemacht haben. Sie haben voneinander gesehen, daß es zusammen geht, ohne daß sie sich erstmal vorher getroffen haben, zum Beispiel am 2. Juni in Hamburg, wo sie sich eine stundenlange Straßenschlacht mit den Bullen geliefert haben. Sie waren selber ganz beeindruckt von den Schlagzeilen am nächsten Tag wie »Sturm der Gewalt«.

Aber auch in Solingen: Es kamen viele Jugendliche aus verschiedenen Städten und haben gemeinsame Sachen gemacht. Mir hat das ein Gefühl der Stärke gegeben. Ich hatte früher gedacht, daß die Jugendlichen mehr materiell orientiert leben, aber da habe ich gesehen, daß das nicht ganz stimmt. Wenn es darauf ankommt, greifen sie auch den Konsum an.

Wir haben natürlich auch Erfahrungen gesammelt. Problematisch war, daß die Jugendlichen eher spontane Strukturen hatten: Zum Beispiel: »Da gibt's ne Nazikneipe, da gehen wir alle hin.« Die sind zum Teil mit 150 Leuten ganz offen irgendwo hinmarschiert und haben da angegriffen. Sie haben sogar unterwegs die Bullen nach dem Weg gefragt. Solche Strukturen.

Oder einmal waren wir mit lauter Jugendlichen zusammen gekommen, und alle fragten, was wir machen können. Ich sagte, wir können jetzt nichts machen, weil hier nur Zivis rumlaufen, und wenn wir was machen würden, würde das zu großen Verlusten führen. Dann kam auf einmal eine Nachricht, daß irgendwo türkische Jugendliche angegriffen worden waren, alle sind losmarschiert, und nachher gab es viele Verhaftungen.

Aber sie haben die Erfahrung, daß die Strukturen anders sein müssen. Und ich habe in der letzten Zeit oft mitgekriegt, daß die Strukturen auch anders werden, daß es ein Interesse gibt an Treffen, an Ideen wie Telefonketten, Selbstverteidigungskomitees usw.

Wer gehört bei dieser Gemeinsamkeit, die da zu spüren war, dazu? Ich hab da Unterschiedliches gehört.

Die meisten waren türkische und kurdische Jugendliche, außerdem aus Ex-Jugoslawien, aus Marokko und alle möglichen anderen. Aber vor allem die Jugendlichen, die nicht zur EG gehören. Die Zusammensetzung der türkischen Jugendlichen war ziemlich gemischt: Die meisten waren weder von den Linken noch von den Rechten beeinflußt. Die Linken haben sich vorher eigentlich nie um sie gekümmert. Sie haben nur davon geredet, daß sie die Jugendlichen gewinnen müssen, aber sie sind nicht auf sie zugegangen.

Während die Fundamentalisten – die Milli Görüşçüler – gut organisiert waren. In Solingen z.B. haben sie praktisch alles in der Hand gehabt.

Wir sind gleich am Samstag mit ein paar Leuten hingefahren, und es war ein Bild des Chaos. Die Straßen waren total besetzt. Die türkischen Faschisten und die Fundamentalisten waren auf der Straße bei den Jugendlichen, und die türkische Linke hockte unter sich in diesem Verein. Sie haben sich selber isoliert, indem sie die Jugendlichen als Faschisten bezeichneten. Wenn sie auch auf der Straße gewesen wären...

Die türkische Linke hat sich in Solingen auf die deutsche Linke fixiert und immer erwartet, daß man alles mit denen gemeinsam machen kann. Und wie ich beobachtet habe, heißt ge-

meinsam machen: »Was sagen Deutsche? Danach richten wir uns. Hauptsache, wir können auch einen Redebeitrag bei der Großdemo halten.«

Ich hatte das Gefühl, daß die deutsche Linke auf die türkische Linke guckte...

Die Immigranten waren die Subjekte dieses Kampfes, und eigentlich hätte die Linke eine wichtige Rolle spielen müssen, das heißt eine Orientierung entwickeln, aber das haben sie nicht.

Die türkische Linke hat sich in die Rassismus-Diskussion nach den Deutschen eingeschaltet. Für sie ging es bis vor zwei, drei Jahren immer nur um die Revolution in der Türkei – und auch jetzt ist das noch der zentrale Punkt. Und sie haben auch die Immigranten hier als revolutionäre Objekte für die Türkei gesehen. Dadurch haben sie sich selbst fertiggemacht. Vor allem die zweite und dritte Generation haben überhaupt kein Interesse an ihnen. Sie können sich mit der Revolution in der Türkei nicht identifizieren, weil sie hier aufgewachsen sind.

Aber es gibt natürlich bei manchen türkischen Jugendlichen den Widerspruch, daß sie immer noch eine Verbindung zur Heimat haben und zum Beispiel der Konflikt zwischen der Türkei und Kurdistan hier weitergeht. Viele Jugendliche wollen diesen Konflikt unter sich nicht haben, aber das ist ein Zeichen, daß er schon da ist.

Wie gehen denn die Jugendlichen mit Führern um?

Führer ist zur Zeit der, der als erstes die Initiative ergreift. Aber die Jugendlichen zeigen keinen großen Respekt oder Unterordnung. Außerdem kennen sie ja die Führer. Ich persönlich habe auch viele türkische linke Organisationen kennengelernt, aber nie das Interesse gehabt, in die Struktur hineinzugehen, weil du da als Mitglied wirklich keinen großen Spielraum hast. Das kollektive Bewußtsein steht im Vordergrund. Und wenn die Jugendlichen sich weiter politisieren, wird es keine Führer geben.

Wie sehen die Jugendlichen sich selbst? Ich hab das Gefühl, es ist was Neues, daß es jetzt auch eine theoretische Diskussion über Rassismus unter den jugendlichen Immigranten gibt und den Versuch, auch theoretisch die eigene Rolle hier zu bestimmen.

Ich würde sagen, der Diskussionsstand ist ganz unterschiedlich. Wir haben schon lange damit angefangen. Früher haben wir immer gesagt, wir müssen die Vorurteile zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen abbauen. Und danach haben wir festgestellt,

daß diese Vorurteile eine Dynamik haben, die sich kaum durchbrechen läßt, schon gar nicht mit Argumenten. Das war bei mir so vor vier, fünf Jahren. Und seit zwei, drei Jahren haben wir angefangen, uns auch mit der deutschen Linken auseinanderzusetzen. Vorher hatten wir eine Zeitlang versucht, was mit deutschen Autonomen zusammen zu machen, aber wir haben gesehen, daß wir eigene Wege gehen müssen.

Für die meisten Jugendlichen ist Rassismus kaum eine theoretische Diskussion, sondern ein Alltagserlebnis – Diskriminierung auf der Straße oder in der Schule oder überall. Die meisten nehmen es auf dieser einfachen Ebene wahr, ohne politischen Sinn. Aber das hat sich auch geändert.

Die Jugendlichen erleben ja in jedem Bereich Konflikte: in der Gesellschaft, in der Familie... Die Werte der türkischen Familie oder Gemeinschaft und die Werte der deutschen Gesellschaft passen überhaupt nicht zusammen. In dieser Konfrontation wachsen die Jugendlichen auf. Das Wichtigste ist natürlich, daß die Jugendlichen aus gesellschaftlichen Lebensbereichen ausgeschlossen werden. Nicht total ausgeschlossen, aber sie erleben ständig, daß sie immer benachteiligt werden. Sie sehen, daß es hier eine soziale Aufstiegsmöglichkeit gibt, und das kann nur über Beruf lernen oder so passieren. Aber das Alltagserlebnis ist, daß sie beim Versuch, aufzusteigen, scheitern. Das ist so ein Teufelskreis. Ich hab zum Beispiel ständig versucht, was auf die Beine zu stellen, aber es wurde nicht anerkannt, es reichte immer nicht aus.

Die meisten sehen, daß das Zusammenleben weder mit der Gesellschaft noch mit der Familie möglich ist und ziehen sich von beidem zurück. Dann gibt's welche, die sich auf die Seite der Mehrheitsgesellschaft schlagen und sagen: »Wenn ich mit den anderen konkurriere und etwas auf die Beine bringe, dann werde ich auch anerkannt.« Andere, die extrem von der deutschen Gesellschaft zurückgestoßen werden, greifen auf die Gemeinschaft zurück. Und da spielen zur Zeit der türkische Nationalismus und der islamische Fundamentalismus eine große Rolle und bieten sich ihnen an.

Die Jugendlichen, die sich zurückziehen, versuchen eine eigene Kultur zu entwickeln. Sie distanzieren sich von beiden Kulturen, aber sie nehmen auch die schönen Seiten dieser Mentalitäten auf, sind also recht offen der Gesellschaft gegenüber. Diese Jugendlichen haben eine Zukunft, sie entwickeln ihre eigene Kultur. Dafür gibt es ja auch genügend Beispiele. Zum Beispiel waren die Kinder der Schwarzen in England Mitte der 70er Jahre eine ziemlich starke politische Macht gegenüber dem Staat und der Polizei. Sie haben den Kampf gegen Rassismus an vorderster Stelle geführt.

Viele dieser Probleme sind ja nicht nur Probleme von ausländischen Jugendlichen. Und von den sogenannten Banden sind ja auch viele sehr multinational. Bei den WILHELMSBURGER TÜRKENBOYS *waren doch früher Jugendliche vieler Nationalitäten bis hin zu Deutschen dabei, oder?*

Ich glaube, das ist nicht mehr so wie früher. '86 gab es mal die »Bomber«. Das war ein Zusammenschluß von ausländischen und deutschen Jugendlichen. Die brachten manchmal bis zu 400 auf die Straße. Aber ich glaube, die Zeiten sind vorbei, weil die deutschen Jugendlichen ziemlich geprägt sind von Nationalismus oder Rassismus. Die Wirklich-

keit läßt es nicht zu, daß die deutschen und ausländischen Jugendlichen als Gleiche zusammenkommen.

Jetzt bildet sich eine eigene Identität, und zwar als Reaktion auf die Ausgrenzung. Ohne Vorbild. Also nicht: »Wir wollen so und so sein.« Das ist ein Prozeß, bei dem wir selber nicht genau wissen, worauf er hinausläuft.

Du hast gerade von den Jugendlichen in England in den 70er Jahren geredet. Und wie ist es mit den amerikanischen Schwarzen? Sind die Vorbilder?

Ich glaube, für die meisten nicht. Viele haben jetzt zwar ein bißchen von Malcolm X mitgekriegt, als der gerade aktuell war. Aber sie übernehmen sowieso meistens die Kultur, die aus Amerika oder England kommt. Ich glaub nicht, daß sie von der Geschichte dieser Länder viel wissen. Ich oder diejenigen aus der zweiten und dritten Generation, die politisch tätig sind, wir versuchen natürlich, Erfahrungen aus Amerika, England oder Frankreich mitzukriegen. Mich interessiert zum Beispiel, wie die Jugendlichen in England diese Kraft gekriegt haben. Nicht im Sinne von Vorbild, weil die Verhältnisse in England und in Deutschland unterschiedlich sind. Die zweite Generation in England konnte auch von ihren Eltern was lernen. Die Selbstorganisierung der Immigranten oder Schwarzen in England hat ja schon in den 50er Jahren angefangen, in der ersten Generation, anders als hier.

Aber hier gab es doch zum Beispiel '73 den großen Streik bei Ford, der überall auch Türkenstreik genannt wurde. In den Zeitungen damals gab es Schlagzeilen wie: »Übernehmen Gastarbeiter die Macht?«

Da ging's wahrscheinlich um mehr Geld, um bessere Bedingungen, aber nicht um die Forderung, auch als ein Teil der Gesellschaft mit allen Rechten akzeptiert zu werden. Das war wahrscheinlich nicht so ein Kampf. Mein Vater arbeitet in einer Autofabrik, und er hat auch ziemlich oft gestreikt. Das finde ich auch ganz normal. Aber da geht's um Brot, erstmal. Mein Vater denkt z.B. immer noch an Rückkehr in die Türkei und will von Staatsbürgerschaft und Wahlrecht und so nicht viel wissen.

Die meisten Jugendlichen arbeiten ja wahrscheinlich nicht, oder?

Die meisten sind noch Schüler. Aber ich denke, die Eigendynamik der zweiten oder dritten Generation am Arbeitsplatz wird wesentlich stärker sein als die der ersten Generation. Das wird sogar in die Richtung gehen, daß sie sich auch in den Betrieben selbst organisieren werden, als MigrantInnen. Die erste Generation hatte eigentlich nie so richtig was zu sagen. Sie haben viele Streiks mitgemacht, aber diese Streiks wurden von den Deutschen geführt.

Es gibt ja Betriebe, wo türkische Linke im Betriebsrat die Mehrheit haben.

Ich hab ein paar Mal erlebt, daß genau die Leute als Vertrauensleute oder Betriebsrat gewählt wurden, die zu den Vorstellungen der Gewerkschaft paßten. Karahasan wurde z.B. gerade als Ausländer in den IG Metall-Vorstand gewählt, um die Leute etwas zu beruhigen. Er spielt da eine Alibirolle.

Glaubst du, die Selbstorganisation der Immigranten könnte der Motor für eine weitergehende gesellschaftliche Veränderung sein?

Selbstorganisierung heißt erstmal nichts anderes, als ein eigenes Bewußtsein zu haben und die eigenen Interessen zu vertreten. Wenn man sagt, ich möchte nicht unterdrückt werden, aber es ist mir egal, wenn die anderen unterdrückt werden, dann hat das natürlich keine langfristige Dynamik. Deshalb müssen wir Immigranten unseren Standpunkt auf der Welt festlegen: Wer sind wir denn hier überhaupt? Was heißt das: nur Einwanderer? Worum geht es uns überhaupt? Haben wir keine anderen Vorstellungen oder Utopien als hier Geld zu verdienen und besser zu leben? Mir geht es nicht drum, mehr Privilegien für mich oder eine bestimmte Gruppe zu haben, sondern mir geht es drum, diese Privilegien überhaupt abzuschaffen. Und wenn du deine Orientierung so festlegst, dann hast du die Möglichkeit, mit einer großen Breite gemeinsam was zu machen. Wir haben z.B. in diesem Sommer die Aktion der Roma und Sinti in Neuengamme unterstützt, und wir haben festgestellt, daß wir ziemlich viele Gemeinsamkeiten haben, auch mit Flüchtlingen. Bei der Einwanderung gibt es eigentlich keine großen Unterschiede. Der Unterschied zwischen einem Flüchtling und mir ist, daß er illegal über die Grenze nach Deutschland gekommen ist und ich mit Ausweis. Der Grund, warum wir hier sind, ist derselbe, nämlich daß wir besser leben wollten.

Könnten politisch »schwarze« Kämpfe eine Vorreiterrolle für die Revolution spielen?

Diese Utopie nach Sozialismus ist bei vielen Menschen nicht mehr da, sogar bei den Intellektuellen, bei den Linken. Ich glaube schon, daß es Kämpfe geben wird, aber weniger ideologische wie bisher, sondern eher sozialrevolutionär. Die Kämpfe hängen auch von den Widersprüchen in der Gesellschaft ab. Für die Immigranten ist der Widerspruch erstmal, daß sie diskriminiert werden.

Ehrlich gesagt hat es die Diskussion um die Einwanderung, um den Rassismus, um die Jugendlichen vorher nicht so gegeben. Aber in der letzten Zeit schreiben alle linken Kreise irgendwas über die jugendlichen Immigranten. Sie haben sozusagen ein neues revolutionäres Objekt entdeckt. Das waren vor kurzem noch die Flüchtlinge. Und jetzt auf einmal sind es die ausländischen Jugendlichen geworden. Diese Vorgehensweise finde ich natürlich falsch, und sie ist auch zum Scheitern verurteilt. Die Jugendlichen sind nicht als Wegweiser auf die Straße gegangen, sondern aus eigenen Dynamiken, eigenen Vorstellungen, einem eigenen Interesse. Und das wird, glaube ich, auch so bleiben.

Opel-Bochum

Streik

gegen »Initiative Standortsicherung«

Die Automobilindustrie hat die Krise ihrer Branche und den Rückgang der Absatzzahlen von Anfang an begrüßt – als einmalige Gelegenheit, die Produktion grundlegend umzustrukturieren. An der Oberfläche wird ein Szenario des Wirtschaftskriegs und der gnadenlosen internationalen Konkurrenz gezeichnet. »Bedrohung durch die Japaner«, »niedrigere Produktionskosten im Osten« oder das hochgespielte Drama zwischen VW und Opel um Lopez und die Geheimnisse eines Kleinwagens dienen dazu, die Belegschaften auf »ihre« Firmen einzuschwören, zu mehr Arbeit und Verzicht auf traditionelle Rechte zu bewegen. Neben der »verschärften Konkurrenz« zwischen den Automultis werden auch die Arbeiter der verschiedenen Werke innerhalb der Konzerne gegeneinander ausgespielt. Zum Beispiel wird den Opel-Arbeitern in Bochum ständig unter die Nase gerieben, um wieviel geringer der Krankenstand in Kaiserslautern sei – wo der Betriebsrat zugestimmt hatte, daß kranke Kollegen zu Hause »besucht« werden dürfen!

Die ganze »Konkurrenz«, der »Wirtschaftskrieg« – ob mit oder ohne »Spionagefälle« – dient also nur dazu, die Ausbeutung der ArbeiterInnen voranzutreiben. Die Konkurrenz ist nur die *Form*, in der die einzelnen, verfeindeten Unternehmer ihr *gemeinsames* Ziel durchsetzen: aus der Arbeiterklasse mehr Profit herauszupressen und mit ihrem Widerstand fertig zu werden.

Im Moment sind es vor allem die Betriebsräte in den Autokonzernen, die das Spiel der Konkurrenz mittragen und in den Betrieben gegen die ArbeiterInnen durchschlagen lassen. Es ist nichts neues, daß Betriebsräte vertrauensvoll mit dem Unternehmer kooperieren und die Aufgabe haben, die Produktivität abzusichern. Einige kürzlich abgeschlossene Betriebsvereinbarungen bei Mercedes Benz und bei Opel-Kaiserslautern gehen darüber aber noch hinaus, weil sie sogar geltende Tarifverträge aushebeln. In den Werken Gaggenau und Wörth wurden im Frühjahr mit der Drohung einer möglichen Produktionsverlagerung Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, in denen sich die Betriebsräte auf Maßnahmen verpflichten lassen, die die Kosten um insgesamt 30 Prozent senken sollen. Dazu gehört u.a. die Einführung von Gruppenarbeit, Abschaffung gemeinsamer Pausen und Pausendurchlauf, Überprüfung der Vorgabezeiten, Abschaffung von Bestandteilen des Leistungslohns, Flexibilisierung der Arbeitszeit. Für das geplante neue Motorenwerk von Mercedes in Untertürkheim wurde bereits jetzt eine Betriebsvereinbarung geschlossen, die die späteren Arbeitsbedingungen dort festlegt: unter anderem der flexible Gebrauch von Dreischicht- und Nachtarbeit durch den Unternehmer, Wegfall von Erholzeiten, indem diese mit angeblich »erholungswirksamen Tätigkeiten« verrechnet werden, und ein neues Entlohnungssystem, das willkürliche Prämien ermöglicht. Im Wettbewerb um ein neues Motorenwerk von Opel unterzeichnete der Betriebsrat von Kaiserslautern eine Vereinbarung, die eine wöchentliche Maschinennutzung von 120 Stunden, Schichtwechsel ohne Produktionsunterbrechung und den Samstag als Regelarbeitstag für Instandhaltungsarbeiten vorsieht. Das neue Werk in Kaiserslautern wird übrigens wie das Opel-Werk in Eisenach nicht mehr zum Gesamtkonzern gehören, sondern als formal selbständiges Tochterunternehmen geführt. Die Vereinbarung von Kaiserslautern wurde vom Kanzler Kohl ausdrücklich als ein Zeichen für das Umdenken bei den Tarifparteien gewürdigt und er lobte die Zugeständnisse des Betriebsrates.

Was sich in diesen neuen Vereinbarungen rechtlich niederschlägt, erleben die ArbeiterInnen in den Automobilfabriken schon heute. Mit dem Argument der Krise, dem Einsatz von Kurzarbeit und Abfindungsprogrammen wurde der Druck enorm verschärft. Im Frühjahr begründeten Mercedes und Ford die Kurzarbeit mit dem stark gesunkenen Krankenstand: es seien einfach zuviele Leute in der Produktion anwesend. In Bochum hat jetzt Opel mit dem gleichen Argument weitere Kurzarbeit angekündigt.

Angesichts dieser Entwicklung, der sich bisher noch kein breiter Widerstand entgegenstellt, horchten wir auf, als es bei Opel in Rüsselsheim und Bochum zu kleinen, wilden Streikaktionen kam, die durch eine Aushang der Geschäftsleitung ausgelöst wurden. Noch fühlen sich die ArbeiterInnen bei Opel allerdings isoliert. Ihnen ist klar, daß sie nur in koordinierten Aktionen von allen Autobuden – und mit internationalen Kontakten – den Angriffen der Unternehmer etwas entgegensetzen können.

Interview mit zwei Arbeitern von Opel-Bochum
(Anfang September):

Am Mittwoch, den 30. Juni hängte die Geschäftsleitung in den Opel-Werken einen Zettel »Initiative zur Standortsicherung« aus, in dem die Aufkündigung von drei Betriebsvereinbarungen angekündigt wurde: Lohnvereinbarung, damit Tariflohnerhöhungen auf übertarifliche Löhne angerechnet werden können, besondere Kuren für Lackspritzer und Zuschußregelung Kurzarbeit. Ein weiterer Gesprächspunkt sei der übertarifliche Anteil des Weihnachtsgeldes. Das war der Auslöser für die Aktionen?

A: Das war überhaupt die erste Information von diesem Vorhaben, das hatten die an den Schwarzen Brettern ausgehängt. Es hatte vorher überhaupt keine Informationen dazu gegeben, auch nicht als Gerüchte. Auch der Betriebsrat hatte vorher keine Informationen gehabt. Normalerweise werden solche Sachen vorher mit der Betriebsratsspitze ein bißchen besprochen, das war früher immer die Regel. Das war jetzt auch für die eine totale Überraschung. Es gab dann am selben Tag eine Betriebsratsversammlung, wo überlegt wurde, sofort konkret was zu machen. Die erste Idee war, den Donnerstag drauf einen Streik auszurufen, natürlich unter einem anderen Begriff, z.B. einen Marsch zur Ortsverwaltung der IGM zu machen. Die Leute, die vorsichtiger waren, argumentierten, daß man gar nicht wüßte, ob die Belegschaft dann dahinter stünde. Das wurde ziemlich kontrovers im Betriebsrat diskutiert, aber überhaupt kein Beschluß gefaßt. Es wurde dann nur für den Donnerstag, also den folgenden Tag, eine Infostunde für die Vertrauensleute einberufen. Und bevor diese Infostunde stattfand, war aus Rüsselsheim per Telefax die Information gekommen, daß da wegen den Lackspritzerkuren eine spontane Arbeitsniederlegung stattgefunden hatte. Das ist auf der Infostunde verteilt worden. Dort wurde dann diskutiert, wir müssen spontan noch heute was machen, wir können nicht warten. Das war schon so gegen 9 Uhr. Man kam dann zu dem Ergebnis, wir rufen die Belegschaft auf, sich um halb elf vor dem Verwaltungshauptgebäude zu treffen. Die Infostunde wurde daraufhin abgebrochen, damit in der Belegschaft mobilisiert werden konnte.

B: Man muß dazu sagen, um halb elf ist die große Pause, da sind die Leute eh schon weg von der Arbeit. Aber es war von Anfang an beabsichtigt, die Aktion über die Mittagspause hinauszuziehen, das hat ja dann auch doppelt so lange wie die Pause gedauert. Gleichzeitig war zufällig der frühere Produktionschef von Opel, der Enderle, der jetzt in Zürich für GM-Europa zuständig ist, im Werk. Da ergab sich das gut, so eine Aktion zu machen.

A: Da waren sicher so drei- bis viertausend Leute draußen, die Wiese war voll. Da waren weit über fünfzig Prozent der anwesenden B-Schicht draußen. Eine Mordsstimmung, herrliches Wetter, es wurden Erinnerungen wach bei den älteren Leuten, die schon seit Jahrzehnten beim Opel schaffen. Denn an genau dem gleichen Platz unter den gleichen Wetterbedingungen, schöne heiße Sonne, ist 1970 das Weihnachtsgeld in einem spontanen Arbeitskampf, praktisch gegen den Willen der IG-Metall erkämpft worden. Das ging damals über drei Tage. Dieser 13. Monatslohn ist damals erstreikt worden. Und plötzlich war die Verbindung da: Da wollen sie uns jetzt wieder dran. Wir lassen uns doch nicht nehmen, was wir uns erstreikt haben. Für andere Teile der Belegschaft – in den letzten Jahren sind eine ganze Reihe junge Leute neueingestellt worden – war das eine vollkommen neue Erfahrung, so eine Art von Auseinandersetzung.

Wie haben sich die Leute bei der Versammlung verhalten?

B: Die haben Sprüche gerufen, die wollten den Enderle da runter holen, weil er erst nicht reden wollte. Dann haben wir noch gestichelt: »Dann gehen wir am besten rauf und holen ihn selber runter!« Obwohl das egal war, ob der jetzt redet oder nicht. Insgesamt waren auch die Jüngeren sehr lebendig dabei.

A: Der Enderle mußte dann ja reden, denn die hatten Angst, daß wir sonst in das Verwaltungsgebäude reingehen. Damit hatten sie 1970 nämlich auch schon ihre Erfahrungen. Damals hatten wir die Angestellten da alle rausgeholt. Oder als vor ein paar Jahren die Polsterei ausgelagert wurde, da sind sie mit den ganzen Frauen, teilweise aus der Auspuffbiegerei, in Blaumännern und mit ihren drekkigen Schuhen ins Sitzungszimmer vom Vorstand rein. Die haben uns beschworen rauszugehen, das sah alles aus wie die Sau, alles drekkig voll Öl.

Der Enderle hat dann mit drei, vier Sätzen versucht, die Wogen etwas zu glätten, mit den Argumenten, die auf diesem ausgehängten Papierchen standen. Es ginge um die Standortsicherung und um unsere Existenz, er würde von den Maßnahmen auch keine Abstriche machen, und Krise usw.. Aber der kam kaum zu Wort, ständig wirklich gute Zwischenrufe, teilweise wurde er niedergebuht. Der war dann nach einer Minute fertig und ist mit hochrotem Kopf zurück ins Verwaltungsgebäude.

Die Folge war, daß bei uns eine totale Begeisterung war. Erstmal durch dieses Erleben, und jeder guckte mal oben auf die Uhr, elf Uhr. Da hatten alle das Gefühl, hoffentlich ist jetzt nicht Schluß. Das muß in die Arbeitszeit reingehen, damit das spürbar wird. Das wurde auch durch Zwischenrufe deutlich gemacht: »Das ist nur der Anfang!« »Wenn ihr uns so an den Kragen wollt, dann versprechen wir euch nen heißen Herbst!«

B: Etwa vier, fünf Wochen vorher war auch so eine Blitzaktion vom Betriebsrat beschlossen worden, und alle raus und zum Betriebsrat, informieren über die Karenztage. Da hat der Breuer [BR-Vorsitzender] so'n paar Worte geredet. Das war etwa eine Viertelstunde, die hat Opel nicht bezahlt und vorm Arbeitsgericht auch Recht gekriegt. Aber jetzt, wo wir eine halbe Stunde überzogen haben, da haben sie es sich nicht getraut, irgendwas dagegen zu machen. Die haben sie ohne weiteres bezahlt.

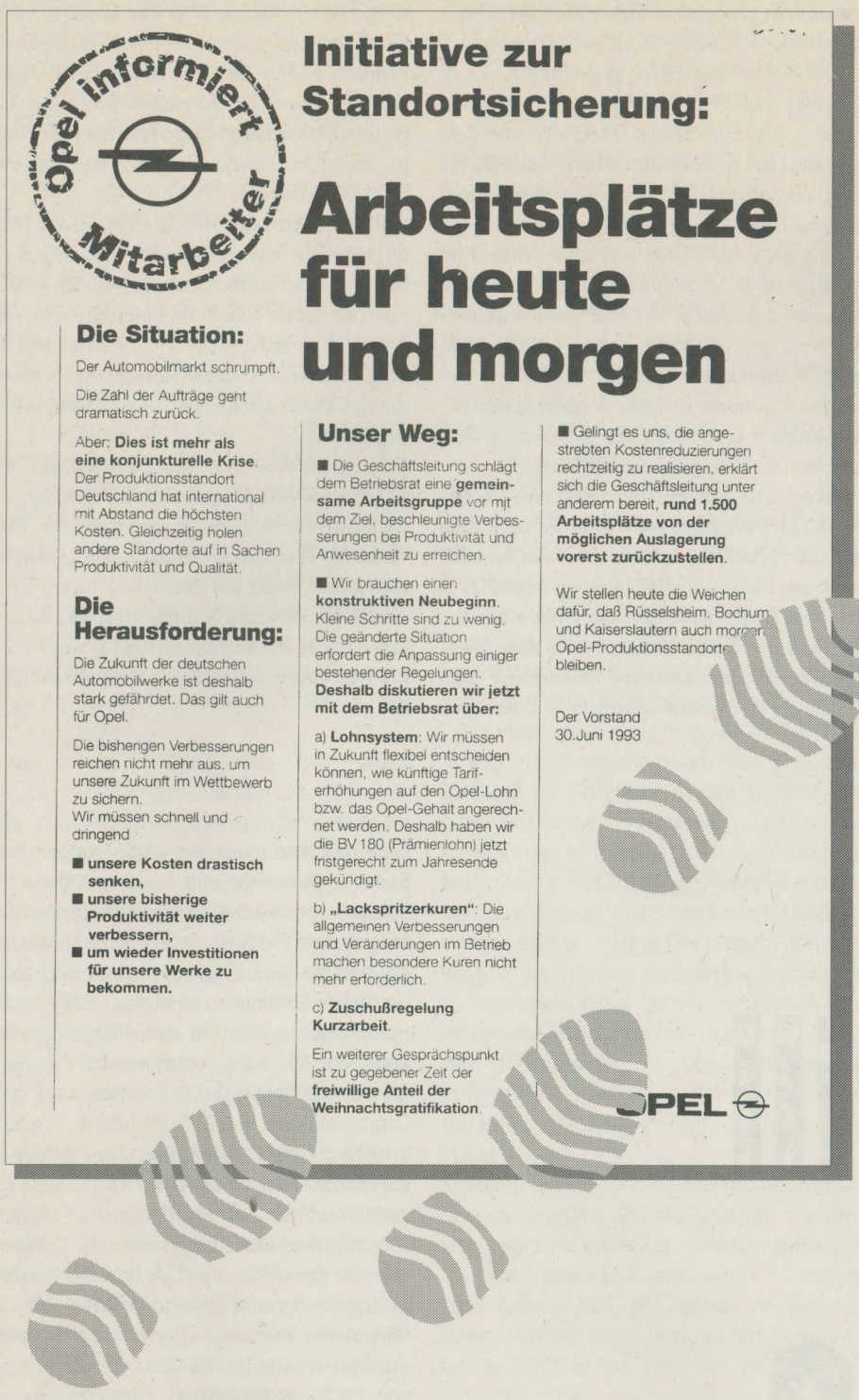
A: Vor der Pause waren sie natürlich rumgelaufen und hatten versucht die Leute einzuschüchtern. »Was ihr da macht ist illegal, und wenn ihr hierbleibt, kriegt ihr das bezahlt.« Aber die Methode kennt schon jeder aus der Vergangenheit, und ob da einer mit draußen war oder nicht, das hat dann keiner bezahlt bekommen.

Wir sind dann, nachdem die Arbeit wieder aufgenommen worden war, sofort in die Hallen und ein bißchen rumgelaufen. Die Stimmung der Leute, die von draußen reinkamen, war unheimlich gut. Die hatten so ein starkes Wir-Gefühl, jetzt haben wir es denen wirklich mal gezeigt, das war keine formelle Sache, das war eine spontane Sache, die wir selbst gestaltet haben.

War das früher nicht so gewesen?

Bei früheren Aktionen hatte es schon immer eine Kritik gegeben. Bei diesen Solidaritätsaktionen mit Rheinhausen oder jetzt bei der Sache mit den Karenztagen, da kam die Kritik, daß das zu abgelatscht sei: Warnstreik, kurze Latschdemo, und dann war wieder Feierabend. Die Aktion jetzt hatte vom Bewußtsein der Leute her eine ganz andere Qualität. Da gab es so einen Stolz: »Wir haben das selbst organisiert.« Gar nicht lang, es war ja höchstens eine Stunde Vorbereitung. Das ist spontan gewachsen, und jeder guckte, wie das überhaupt möglich ist, in so kurzer Zeit tausende von Leuten rauszukriegen.

Als die Vertrauensleute und ihr vor der Aktion rumgelaufen seid, um für die Aktion zu mobilisieren, worüber haben sich die Leute am meisten aufgeregt?



Opel informiert Mitarbeiter

Initiative zur Standortsicherung:

Arbeitsplätze für heute und morgen

Die Situation:

Der Automobilmarkt schrumpft.

Die Zahl der Aufträge geht dramatisch zurück.

Aber: **Dies ist mehr als eine konjunkturelle Krise.** Der Produktionsstandort Deutschland hat international mit Abstand die höchsten Kosten. Gleichzeitig holen andere Standorte auf in Sachen Produktivität und Qualität.

Die Herausforderung:

Die Zukunft der deutschen Automobilwerke ist deshalb stark gefährdet. Das gilt auch für Opel.

Die bisherigen Verbesserungen reichen nicht mehr aus, um unsere Zukunft im Wettbewerb zu sichern.
Wir müssen schnell und dringend

- **unsere Kosten drastisch senken,**
- **unsere bisherige Produktivität weiter verbessern,**
- **um wieder Investitionen für unsere Werke zu bekommen.**

Unser Weg:

■ Die Geschäftsleitung schlägt dem Betriebsrat eine **gemeinsame Arbeitsgruppe** vor mit dem Ziel, beschleunigte Verbesserungen bei Produktivität und Anwesenheit zu erreichen.

■ Wir brauchen einen **konstruktiven Neubeginn.** Kleine Schritte sind zu wenig. Die geänderte Situation erfordert die Anpassung einiger bestehender Regelungen. **Deshalb diskutieren wir jetzt mit dem Betriebsrat über:**

a) **Lohnsystem**: Wir müssen in Zukunft flexibel entscheiden können, wie künftige Tariferhöhungen auf den Opel-Lohn bzw. das Opel-Gehalt angerechnet werden. Deshalb haben wir die BV 180 (Prämienlohn) jetzt fristgerecht zum Jahresende gekündigt.

b) **„Lackspritzerkuren"**: Die allgemeinen Verbesserungen und Veränderungen im Betrieb machen besondere Kuren nicht mehr erforderlich.

c) **Zuschußregelung Kurzarbeit.**

Ein weiterer Gesprächspunkt ist zu gegebener Zeit der **freiwillige Anteil der Weihnachtsgratifikation.**

■ Gelingt es uns, die angestrebten Kostenreduzierungen rechtzeitig zu realisieren, erklärt sich die Geschäftsleitung unter anderem bereit, **rund 1.500 Arbeitsplätze von der möglichen Auslagerung vorerst zurückzustellen.**

Wir stellen heute die Weichen dafür, daß Rüsselsheim, Bochum und Kaiserslautern auch morgen Opel-Produktionsstandorte bleiben.

Der Vorstand
30.Juni 1993

OPEL

Bei den Älteren in der Belegschaft war immer der erste Punkt: die wollen uns ans Weihnachtsgeld, das haben die uns ja nicht geschenkt, das haben wir uns geholt, das lassen wir uns auch nicht wieder nehmen. Und es gab auch viel Diskussion, was jetzt gesamtpolitisch passiert, wie sie versuchen, uns zu schröpfen, was auf Betriebsebene genauso greift. Wo dann keiner eine Perspektive hat, wie können wir politisch, gesamtgesellschaftlich damit umgehen, aber hier haben wir wirklich Möglichkeiten, parallel dazu betrieblich gegen diese gleichen Mechanismen anzugehen.

B: Der Breuer hat auf der Betriebsversammlung danach das auch auf diese gesamtgesellschaftliche Ebene gebracht: in Bezug auf die Karenztage, »Ihr könnt einen »heißen Herbst« erwarten«, in Richtung Geschäftsleitung. Und er hat sogar vom »Generalstreik« gesprochen. Und: »Überall wird gesagt, wir sollen länger arbeiten, bis 65 oder bis 70. Aber ihr seid noch nichtmal in der Lage, uns fünf Tage in der Woche zu beschäftigen. Was wollt ihr denn eigentlich, warum sollen wir denn länger arbeiten.« Also eigentlich ganz gute Sachen.

Und wie war das bei den jüngeren Leuten, war bei denen auch gleich Empörung da?

B: Ja, ja. Und die hatten auch Spaß, du merkst, das kommt aus dem Bauch, das ist nicht nur ne Überlegung.

A: 14 Tage später war eine Belegschaftsversammlung, die war so voll wie noch nie in der letzten Zeit. Im Mittelpunkt standen die Planungen von Opel. Auf der Tagesordnung stand auch ein Redebeitrag von diesem Arbeitsdirektor. Der versuchte, die Sachen von Opel zu verteidigen. Das erinnerte an den Streiktag, der kam kaum zu Wort, wurde ausgebuht, und war dann total verunsichert. Teilweise haben die Leute auch gelacht, weil er so hilflos da vorn wirkte. Da vorn saß ja auch die Geschäftsleitung, und der wurde in zig Redebeiträgen deutlich gemacht: »Das war nur der Anfang, laßt eure Finger davon.«

Im Zusammenhang damit ist auch zu sehen: Es sind tausende von Arbeitsplätzen abgebaut worden, aber die ziehen deswegen kein Auto weniger. In der Produktion, vor allem an den Bändern ist der körperliche Streß und auch der psychische Streß total angestiegen. Daraus stammt auch so eine natürliche Wut. Die Leute gehen heute noch ein Stück mehr kaputt nach Hause als vor vier, fünf Jahren. Das ist dann alles zusammengekommen.

Die Erwartung ist jetzt, was passiert weiter. Nach der Betriebsversammlung kamen die Werksferien. Jetzt sind wir gerade die dritte Woche wieder im Betrieb. Jetzt versuchen sie die Leute einzeln zu beackern. Da wird ihnen immer Kaiserslautern vorgehalten, also wie kooperativ ein Betriebsrat sein kann. Die versuchen so, in den Abteilungen die Front aufzubröseln. Da haben wir als Gewerkschafter im Betrieb die Aufgabe, den Leuten die Ängste zu nehmen, bis hin zu einer Folgeaktion, wo unheimlich drauf gewartet wird.

Da hat keiner die Hoffnung, daß sich jetzt auf Verhandlungsebene die Sache wieder erledigt. Im Moment wird überhaupt nicht verhandelt. In Kürze ist eine außerordentliche Gesamtbetriebsratskonferenz in Berlin. In Bochum herrscht da auch auf Seiten des Betriebsrates die Angst vor, daß die Leute aus Kaiserslautern da mitspielen, und man weiß nicht wie die in Rüsselsheim sich verhalten werden...

Was will die UNO in Somalia?

Der folgende Text wurde Ende Juli in Freiburg als Flugblatt verteilt. Der Aufruf, eine Anti-UNO Gruppe zu bilden, fand leider wenig Resonanz. Dies hängt aber in erster Linie mit dem Gefühl der Machtlosigkeit zusammen, dem Nicht-wissen, wie wir gegen diesen Krieg Widerstand organisieren können. Aber auch der »Krisenangriff« hier in der BRD macht es schwierig, den Kopf und die Zeit für andere Brennpunkte in dieser kapitalistischen Welt frei zu haben. Auch das ist eine Absicht von Krisenpolitik.

Hatten sich die Medien während des Einsatzes der USA im Irak noch Mühe gegeben, uns einen »sauberen Krieg« zu präsentieren, so wird das im Falle Somalias scheinbar gar nicht mehr für notwendig angesehen. Schüsse und Folterungen gegen die somalische Bevölkerung flimmern über die Bildschirme. Die neueste Schweinerei sind mehr als 100 Tote bei dem Massaker am 10. September in Mogadischu. Die Medien kritisieren die Intervention in Somalia – die UNO verliere dadurch ihre »Unschuld« – und bauen Aidid gleichzeitig zu einem »Mini-Saddam« auf, der zur Rechenschaft gezogen werden muß, um die Verlängerung der Intervention zu legitimieren.

Die (kurze) Bewegung gegen den Krieg im Irak, wo vor allen zuerst Jugendliche auf die Straßen gegangen waren, hatte sich von dem Vorwurf des Antisemitismus erpressen lassen. Im Falle Somalias wurde viel über den »humanitären Charakter« der Intervention geredet. Kritik an der UNO gehört inzwischen zum guten Ton, es hat sich herumgesprochen, daß sie nach dem Zerfall der »realsozialistischen« Variante des Kapitalismus verstärkt die Rolle des »Weltpolizisten« spielt. Obwohl in der »Konkret« immer noch der Verlust des antifaschistischen Ursprungs der UNO nach dem zweiten Weltkrieg bejammert wird.

Aber viele Fragen sind uns noch unklar, weswegen uns für diese Nummer auch kein genauerer Artikel zur Intervention in Somalia, bzw. zur Rolle der UNO gelungen ist: Hängt die neue Rolle der UNO mit einer Krise des Modells der Nationalstaaten nach dem Wegfall des »Realsozialismus« zusammen? Und gegen welche Entwicklungen richten sich dann die Interventionen der UNO? Wie funktionieren die Clans, über die soviel geredet wird, wen und was vertreten sie? Diese Clans kritiklos einfach als »ursprüngliche« Organisierung der somalischen Bevölkerung zu betrachten, ist sicher genauso falsch wie die Propaganda von den »hausierenden Banden« und den »Warlords«.

Eine Diskussion über die genaueren Hintergründe ist notwendig, aber dies ist sicherlich nicht die letzte Schweinerei der UNO, nicht der letzte Krieg, der unter humanitärem Mäntelchen stattfinden wird. Es ist ein Unding, daß »die Linke« monatelang braucht, um sich zu entscheiden, ob und warum sie nun dagegen ist.

Mit dem Abdruck dieses Flugblattes, das sicher noch viele Fragen offen läßt, wollen wir euch auffordern, euch bei uns zu melden. Entweder bei einer der Wildcatadressen (vorne im Heft), oder unter der Nummer, die am Ende des Flugblatts steht. Schreibt uns, was ihr diskutiert, was ihr an Material habt, welche Initiativen gegen diesen Krieg es in euren Städten gibt!

Feuergefechte zwischen UNO-Truppen und Somalis. Amerikanische und pakistanische Soldaten beschießen unbewaffnete DemonstrantInnen. Somalis jagen Kollaborateure. Ein blutiger Guerillakrieg, in dem jetzt auch deutsche Soldaten teilnehmen sollen. Sie marschieren nicht, um den Hunger zu bekämpfen, denn die Hauptursache des Hungers ist die Politik der G-7 Länder und ihrer Organisationen, wie IWF, Weltbank, UNO...

»Einem Land nur deswegen Hungerhilfe zu gewähren, weil sie dort verhungern, ist ein ziemlich schwacher Grund.« (Henry Kissinger)

Schon ein kurzer Blick hinter die Kulissen, die uns die UNO, die USA und die Medien präsentieren, um die geeignete Bühne für ihre militärische Invasion in Somalia aufzubauen, eröffnet ein viel heimtückischeres Bild dieser angeblich »humanitären Mission«. Es ist höchste Zeit, die zynische Maxime Henry Kissingers ernstzunehmen. Ernstzunehmen als einen Ausdruck der Politik der USA, der UNO, der BRD.... Damit wir endlich aufhören, den Lügen zu glauben, die uns vorgesetzt werden. Damit die Kriege, das Morden durchgeführt werden können, setzen sie auf das trojanische Pferd unserer plötzlich heftig werdenden Moral. Auch viele Angestellte verschiedener Hilfsorganisationen haben den Einmarsch, die Militäraktionen verdammt. Ihre Arbeit sei schwieriger geworden. Statt die Verteilung der Nahrungsmittel so zu organisieren, daß die Bevölkerung ihre eigenen Strukturen auf-

bauen können, sind die Leute jetzt von den UNO-Truppen abhängig. Der angebliche Raub der Lebensmittellieferungen war der direkte Grund für die Invasion. Alle Hilfsorganisationen bestätigen aber, daß die Verluste nicht höher waren, als dies bei ähnlichen Einsätzen der Fall ist.

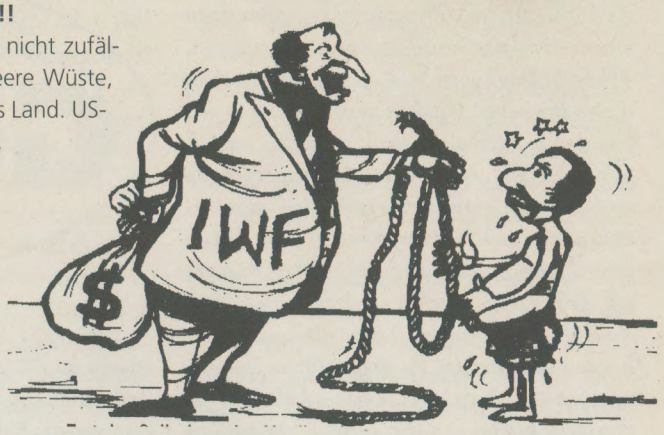
»Chaos und willkürliche Gewalt«, »das ganze Land verhungert zwischen den rivalisierenden Banden«....das sind die *»Tatsachen«*, die uns seit Monaten präsentiert werden. Aber obwohl in bestimmten Teilen Somalias die Versorgungslage verzweifelt war/ist, hat dies nie für das ganze Land gegolten. Diese Situation traf und trifft hauptsächlich auf die Gebiete um Mogadischu, den Südwesten des Landes zu. Es ist kein Zufall, daß dies die Gebiete sind, wo durch die Politik des IWF und der USA, die alten Strukturen zerstört worden sind. Die Landwirtschaft Somalias wurde früher durch eine Viehwirtschaft bestimmt. Sie wurde durch eine exportorientierte Produktion von z.B. Bananen ersetzt. Das ermöglicht es zwar, die Zinsen der Schulden beim IWF zu zahlen, kann aber den Hunger nicht vertreiben.

Das Ziel der IWF-Maßnahmen ist vor allem das Land. Früher gehörte das Land den Dörfern – aber nur das Privateigentum des Landes ist für den Kapitalismus akzeptabel. Das Land bekam Zäune, und traditionelle Rechte auf Nutzung, Zugang und Beweidung sind verschwunden. *»(...) es ist das Privateigentum an Grund und Kapital, woraus das Kapital entsteht«* (The Economist). Die Strukturen, mit denen die Menschen jahrhundertelang ihr Leben organisiert haben, müssen zerstört werden. Aus dieser Zerstörung entspringt der Hunger.

Auch Rassismus dient als Schmiermittel für die Invasion. Im Fernsehen müssen wir sehen, wie deutsche Soldaten den »authentischen Ernstfall« üben, indem bettelnde, stotternde »Somalis« auf dem Truppenübungsplatz vorgeführt werden. Ständig ist von »Kriegsherren«, »verrückten Hunden« oder von »Banditen« die Rede. Angesichts der Tatsache, AfrikanerInnen entweder als hilflose Opfer von Korruption oder Naturkatastrophen zu sehen oder als VerfechterInnen antiker Kämpfe um Stammeszugehörigkeiten, muß der Widerstand von AfrikanerInnen gegen die kapitalistische Disziplin betont werden. In Wirklichkeit werden Kämpfe geführt, von den Feldern bis zu den Märkten, Fabriken und Schulen. Ihr Ziel ist nicht die Konservierung einer mythischen Vergangenheit, sondern die Neudefinition dessen, was Entwicklung für das Proletariat bedeutet: Zugang zu dem Reichtum, der international produziert wird, aber nicht zu dem Preis und den Bedingungen, die das Kapital setzt.

Die UNO-Verbündeten sind in ihrem eigenen Interesse da!!

Diese Zerstörung geschieht nicht zufällig. Somalia ist heute keine leere Wüste, sondern ein öl- und gasreiches Land. US-Firmen – Conoco, Amoco, Chevron, Philipps – hatten Konzessionen von der früheren Regierung erhalten, um Zweidrittel dieser somalischen Ressourcen auszubeuten. Der US-Einmarsch fand statt, um diese vom Bürgerkrieg bedrohten Rechte durchzusetzen. Die-UNO Truppen werden nicht gehen, bevor diese Rechte gesichert sind. Das Conoco-Gelände in Somalia, war die erste Basis für die US-Truppen. Der Conoco-Boss in Mogadischu war eine Zeit lang auch US-Botschafter.



Erst das Seil, dann den Kredit – klettern oder hängen!

Aber dieses Öl benötigt auch eine billige Arbeitskraft, die es aus dem Boden holt, bearbeitet, transportiert. Es geht also auch um die Schaffung einer abhängigen Arbeitskraft, die keine Alternative mehr hat, als für die multinationalen Konzerne zu arbeiten. Ein kurzer Blick auf die Realitäten in den Ländern, die schon seit langem Erdöl fördern, Saudi-Arabien oder der Irak, zeigt, was dies bedeutet. Millionen von ArbeiterInnen, meist MigrantInnen aus umliegenden, »ärmeren« Ländern, werden dort »rund ums Öl« ausgebeutet. Dabei sind die Arbeiter, die »direkt« mit dem Öl zu tun haben, noch der kleinere Teil. Millionen von Arbeiterinnen landen unter miesesten Bedingungen in den entstehenden »Dienstleistungsjobs«, in den Küchen, den Unterkünften, den Kneipen, als Hausangestellte...

Außerdem soll Somalia eine große Giftmülldeponie werden. Die italienischen Truppen verteidigen die Interessen italienischer Firmen, die zwei Verbrennungsanlagen fast fertiggestellt haben. 550 000 Tonnen an europäischem Giftmüll sollen dort pro Jahr verbrannt werden, mit einem Profit von vier bis sechs Millionen Dollar.

Natürlich setzten und setzen die Somalis den Versuchen, Giftmüll dort zu lagern, ihre Strukturen zu zerstören, Widerstand entgegen. Dieser Widerstand der letzten eineinhalb Jahrzehnte veranlasste die Regierung der USA dazu, den Diktator Siad Barre zu bewaffnen. Der Diktator war bereit, unter der Kontrolle des IWF zu regieren. Das bedeutete, daß er Hunderttausende umbrachte oder vertrieb.

Für die USA und die UNO ist Somalia aber auch ein strategisch wichtiges Land. Vom Horn Afrikas läßt sich der Eingang zum Roten Meer kontrollieren, die meistbefahrene Schiffahrtsstraße für Erdöl.

Die UNO ist ein Instrument des Imperialismus

Seit dem Ende des »Ostblocks« herrscht ein neuer Konsens im Weltkapitalismus. Die staatskapitalistische Variante gibt es nicht mehr, die Sozialdemokratie steckt überall in der Krise. Jetzt existiert eine neue Einheit, die Einheit der »freien Marktwirtschaft«, der Großmächte und ihrer Lakaien. Die UNO soll jetzt überall als Instrument dieses Konsens eingesetzt werden.

Die UNO ist nicht die Organisation der Menschen oder Völker dieser Welt, die UNO ist die Versammlung der Herrschenden dieser Welt. Sie ist der politische und militärische Arm der Industrienationen. UNICEF und die anderen anscheinend karitativen Organisationen sind inzwischen fast irrelevant. Aber die Glaubwürdigkeit der UNO und die Hoffnung der Menschen auf Frieden werden ausgenutzt, um den Einsatz der UNO Truppen zu rechtfertigen. Unter der Fahne der UNO erfüllt die BRD die ihrer wirtschaftlichen Macht entsprechende Rolle, das Recht andere Länder zu beherrschen.

Das Verfassungstheater nähert sich seinem Ende, deutsche Soldaten sind in Somalia, was können wir tun...?

- **Die Realitäten des Krieges und die Funktion der UNO in Somalia weiterverbreiten!**
- **Unterstützt die Angriffe der Guerilla auf die UNO Truppen!**
- **Unterstützt den Widerstand gegen die Neuauflage des Kolonialismus der Menschen in Afrika!**
- **BRD – und alle anderen ausländischen Soldaten: Raus aus Somalia!**

Wird es höchste Zeit für eine ANTI-UNO Gruppe? – Falls Interesse, Kontakt Freiburg, Tel.: 0761-24416

Gelbfieber

Bei den Staatsunternehmen Post und Bahn wird die weitere Privatisierung unter dem Druck der Krise beschleunigt vorangetrieben. Arbeitsbedingungen und Arbeitsintensität in diesen Bereichen soll dem neuen Druck in den privaten Fabriken angepaßt werden. Der folgende Artikel beleuchtet die Hintergründe und Auswirkungen der ersten und nun anstehenden zweiten Postreform. Er stammt von einer Postlerin, die in einem kleinen Postamt auf dem Land arbeitet und zusammen mit KollegInnen versucht, gegen die nun anstehenden Schritte der Postkapitalisten Initiativen von der Basis aus zu entwickeln. Möglicherweise könnte es dabei auch zu Verbindungen zum Protest gegen die Schließung von Postämtern kommen, der vielerorts laut wird, seit konkrete Schließungsabsichten bekanntgeworden sind.

Falls es zu einer Verbindung mit einer Kundenbewegung kommt, wie die Autorin hofft, werden sich ähnliche Fragen stellen wie im Krankenhaus, wo die ArbeiterInnen ständig mit der Gesundheit der PatientInnen erpreßt werden. Zwar sterben Postkunden nicht gleich, wenn ihr Postamt dichtmacht oder das Porto teurer wird, aber manche RentnerInnen sitzen wohl bald wirklich in der Patsche. Trotzdem müssen die PostarbeiterInnen klarhaben, was ihre eigenen Interessen sind, um sich nicht mit den angeblichen »Kundeninteressen« unter Druck setzen zu lassen. Aber das kann eh nur über praktische Versuche und Auseinandersetzungen gehen. Und die fangen jetzt an.

Wer heute im Postdienst arbeitet, egal ob in der Paket- oder Briefzustellung, am Schalter oder im Verwaltungsdienst hängt, regelrecht in der Luft. Die gelbe Post steht vor ihrer größten Umstrukturierungsphase. Nach der *ersten Postreform 1989*, in der die Post in die drei eigenwirtschaftlichen Unternehmen Postdienst, Postbank und Telekom geteilt wurde, sollen in der *zweiten Postreform* diese öffentlich-rechtlichen Unternehmen in Aktiengesellschaften privatisiert werden.

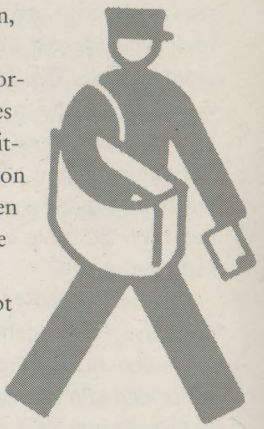
Vom Postmonopol zum Profit-Center

Ein Festhalten an den alten Strukturen kommt den Postkapitalisten nicht in die Tüte, rechnen sie doch mit einem Defizit von vier bis fünf Milliarden Mark bis zum Jahre 1996, wenn so weitergefahren wird. Der gelbe Riese schleppt eine aufwendige und veraltete Behördenstruktur mit sich rum, dessen drei Bereiche Schalter, Brief und Fracht ihre Kosten untereinander ausgleichen können. Den größten Anteil haben hierbei die Personalkosten mit 70 Prozent der Gesamtkosten. Sie sind den Pestgelben ein Dorn im Auge. Damit eine zweite Reform gelingt, mußte sich das Pestmanagement im Vorfeld für jeden dieser Bereiche ein eigenständiges Konzept ausdenken, um die Kosten rechnerisch trennen zu können und sie praktisch in den Griff zu kriegen. Jeder Bereich soll sich betriebswirtschaftlich als *Profit-Center* rechnen lassen, erst dann kann der Postdienst als Aktiengesellschaft mit Tochtergesellschaften den Kampf um Marktanteile aufnehmen. Soeben hat die Telekom angekündigt, den üblichen Finanzausgleich mit den anderen beiden Postunternehmen dieses Jahr nicht mehr vorzunehmen. Die Postkapitalisten bei gelber Post und Postbank werden den Druck auf die ArbeiterInnen mit Hinweis darauf dieses Jahr verschärfen.

Soviel zum Zukunftsszenario. Bisher haben sie aber noch mehr Probleme: So mußten sie mit neidvollem Blick zusehen, wie die private Konkurrenz – UPS, DPD und German Parcel – kräftig an Marktanteilen gewinnt und ihnen die Kunden abtrünnig macht. Der Grund für den Vorsprung der Privaten ist deren Schnelligkeit und sichere Qualität beim Transport und nicht zuletzt eine kostengünstigere Arbeitsweise im Gegensatz zu Postens. So bewegen die Postler ein Transportgut bis zu neunmal hin und her, bis es schließlich den Empfänger erreicht, während die Privaten eine Sendung angeblich höchstens zwei bis dreimal in die Hand nehmen.

Doch des Kummers der Postkapitalisten nicht genug: Sie mußten sich eingestehen, den Geschäftskunden zuwenig Aufmerksamkeit beigemessen zu haben. Obwohl mehr als dreiviertel aller Postkunden im Paket- und Briefdienst private Unternehmer sind, gab es auch ein Jahr nach der ersten Postreform weder eine Firmenkartei für registrierte Kunden noch Vertriebsprofis, die sich um diese hätten kümmern können. Dies hat sich heute zwar geändert, es fällt jedoch schwer, die verlorenen Schafe wieder in die gelben Hallen zu locken. Sorgen bereitet auch die schwesterliche Konkurrenz Telekom, die voll im Trend der Elektronisierung liegt und deren Dienste, wie Telefon und Fax den Brief immer öfter ersetzen.

Lean Cuisine à la McKinsey



Trotz all dieser Schwierigkeiten, den Postkarren aus der Misere zu ziehen, versprach Klaus Zumwinkel, der Vorstandsvorsitzende des Postdienstes (und Ex-Vorstandsvorsitzender von Quelle) schon 1990: »Ab 1996 schreiben wir im Westen schwarze Zahlen!«

Sein Erfolgsrezept heißt Abschied von der alten Verwaltungsstruktur und hin zu modernen Unternehmen. Er selbst, langjähriger McKinsey-Mitarbeiter, ließ sich von dieser amerikanischen Unternehmensberatungsfirma das Erfolgssüppchen brauen:

- Rekordinvestitionen von vier Milliarden Mark, die den *Frachtdienst* Mitte der 90er Jahre rentabel machen sollen. Mit dem Frachtdienstkonzept schlucken die Beschäftigten die 5-Tage-Pille. Ursprünglich war sogar geplant, daß statt wie bisher an sechs Tagen nur an vier Tagen gearbeitet wird, um so die tägliche Arbeitszeit auf knapp zehn Stunden zu verlängern. Die Postgewerkschaft hält es sich zugute, in Verhandlungen auf eine fünftägige Arbeitswoche gekommen zu sein. Außerdem werden mit dem Frachtdienstkonzept Anfahrtswege bis zu vier Stunden zur Erreichung der Arbeitsstelle als zumutbar angesehen.
- Automation, sprich Rationalisierung durch hochmoderne *Briefverteilanlagen*, soll den Briefdienst mit 67 Prozent Beteiligung an der gelben Umsatzbrühe lukrativ machen. Auch die Kunden kriegen hier ein Häppchen ab: Das »Briefkonzept 2000« verspricht eine einfachere Produktübersicht. Tatsächlich wird aber gerade beim Postkunden durch die *Entgelterhöhung* Saft abgezapft.
- Eine nicht unbedeutende Würze gibt das

neue *Postleidzahlensystem*, dessen Rationalisierungseffekte die überwiegend weiblichen Teilzeitkräfte durch Entlassungen in der Briefverteilung zu spüren bekamen.

- Als letzten Pfiff wandelt man dann noch zügig den defizitären Schalterdienst mit über 17 000 Postämtern und einer Milliarde Mark Minus um und greift zum neuen Vertriebskonzept. Die Süppchenkocher gehen hier auf zwei Arten vor:

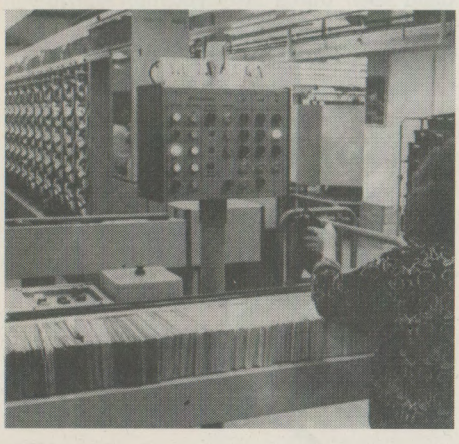
  1. Es wird behauptet, die Bevölkerung sei postalisch überversorgt. Das Postnetz soll darum gelichtet werden. Bis zu *zwei Kilometer* zur nächsten Poststube seien für jeden Postkunden *zumutbar*.

  2. Die kleineren Poststellen auf dem Lande können vorgegebene Mindestöffnungszeiten der Postkapitalisten nicht erreichen. Dies beweisen Statistiken, die rückläufige Sendungszahlen aufführen. Da sich in kleineren Orten diese Poststuben nicht mehr rechnen, wurde die *Postagentur* nach kanadischem, niederländischem und neuseeländischem Rezept kopiert und ins eigene Backbuch geklebt: In 500 Lebensmittelläden, Tankstellen oder Toto-Annahmestellen sind bereits private Geschäftsleute gefunden worden, die Postdienstleistungen im eigenen Laden anbieten wollen. So spart die Post ihre Miet- und Personalkosten.

Die Zeit arbeitet für Zumwinkel. Denn über die Hälfte der Dienste, die heute über die Postschalter angeboten werden, entfallen auf das Schwesterunternehmen *Postbank*. Und die macht keinen Hehl daraus, daß sie das teure Filialnetz künftig nur noch selektiv nutzen will. Durch die Tendenz zum unbaren Zahlungsverkehr wurden den gelben Postlern schon jetzt die Schalterzeiten gekürzt. Damit droht aber vielen Poststellen das absolute Aus.

International unter den ersten drei?

Fertig ... zur Vorbereitung des Festes der zweiten Postreform ist das Süppchen gekocht, und man kann sich zu Tische setzen und demnächst die Gewinne scheffeln.



Doch ein nationaler Sprint reicht nicht aus, um den Privaten Paroli zu bieten. Das ist den Postkapitalisten klar. Deshalb hat man mit der Gründung der »schnellsten Post der Post« (Eigenwerbung) im Januar die *Tochtergesellschaft EMS Kurierpost GmbH* ins Rennen um die weltweiten Marktanteile geschickt. Postdienstchef Zumwinkel gründete wie seine Amtskollegen in Kanada, den Niederlanden, Schweden und Frankreich ein Joint-Venture mit *TNT*, dem australischen Transportmulti (Thomas Nationwide Transport). Die Holding mit Sitz in Amsterdam plante im ersten Jahr 1,1 Milliarden Dollar Umsatz. Klaus Zumwinkel prophezeit: »Im internationalen Geschäft werden in der nächsten Zeit nur noch 3-4 Unternehmen überleben.« Und da möchte er gerne dabeisein.

Noch unterwirft das Grundgesetz die Post der bundeseigenen Verwaltung. Aber EG-Richtlinien gehen vor. Und im EG-Grünbuch steht ganz unmißverständlich, daß die Post privatisiert werden muß. Schließlich hat die EG auf dem Weltmarkt Interessen zu verteidigen. Und Deutschland als »führende Industrienation« in der EG (Zitat Zumwinkel in *Management mail*) hat weltweite Verpflichtungen, wenn's um Marktanteile geht. Die private Wirtschaft freut sich jedenfalls schon darauf, bei *Freigabe der Lizenzen für die Infopost*, die ehemalige Massendrucksache, eigene Zustelltöchter großzuziehen. Eine Horroraussicht für tausende von Briefträgern bei Postens, die dann sehen können, wo sie bleiben.

Von der Dreiteilung zum Spartenkonzept ...

Seit der Dreiteilung 1989 hat sich einiges getan. Was hat dies für uns Beschäftigte bedeutet?

In immer kürzeren Zeiträumen folgten Kontrollen, und der Leistungsdruck nahm zu. Ein paar Beispiele:

- 1991 sollte eine *Qualitätsoffensive Briefdienst* die Mitarbeiter durch ein Punktesammelsystem mit lockenden Tombolapreisen dazu motivieren, die Rückstände im Briefein- und -abgang aufzuarbeiten. Die Laufzeit der Sendungen sollte sich auf die versprochene Zauberformel E(inlieferungstag) + 1 verkürzen. Da über 80 Prozent der Briefe heute am nächsten Tag schon den Empfänger erreichen, verbuchten die Manager dies auf das Erfolgskonto dieser Aktion.
- Im Sommer 1993 ging in der Führungsetage *MADAFI* rund, das offiziell die Abkürzung von »**M**acht **D**ie **A**ufsichten **Fi**t« ist. Unter den Beschäftigten ist diese Aktion nach Bekanntgabe im Dienstunterricht nicht sonderlich ernst genommen worden, zudem der Herr Abteilungsleiter hier vor Ort keine größeren Anstalten macht, *MADAFI* umzusetzen.
- Seit etwa drei Jahren werden *Leistungszulagen* an besonders Arbeitsgeile willkürlich von der Dienststellenleitung verteilt. Alles unter dem Mantel der Verschwiegenheit versteht sich, um keine Mißgunst zu schüren.
- ÜberKrankenüberwachungsgespräche wird versucht, uns Beschäftigte in wirklich Kranke (= gut) und Blaumacher zu spalten.

Das sind nur vier Beispiele, wie die Führungselite nach 1989 versuchte, ihre *Human-Ressourcen* auszulasten und Personalkosten zu sparen. Damals wie heute können sie ihre Maßnahmen vor dem Hintergrund der Spaltung der ArbeiterInnen durch die unterschiedlichsten Beschäftigungsverhältnisse in den Gruppen der Angestellten, ArbeiterInnen und BeamtInnen durchsetzen.

Der »Urknall« wird bekanntgegeben ...

Täglich schickt die Führungsspitze aus Bonn Verfügungen an die Ämter raus, in denen Vorarbeit für die Umdefinition der gelben Post aufdiktiert wird. Im Juli dieses Jahres wurde auf diesem Weg der *Termin 1.7.1994 für die Neuorganisation des Postdienstes in die drei Sparten* – bei der Post auch als »Urknall« bezeichnet – bekanntgegeben. Per Fax wurden erstmal die Amtsvorsteher und der Verwaltungsdienst davon unterrichtet, daß ab genanntem Termin *alle Postämter mit Verwaltung bundesweit aufgelöst werden sollen.*

Zum Verständnis dieser Spartenregelung soviel: Bisher werden BriefzustellerInnen, PaketfahrerInnen und Schalterbeschäftigte von einem Postamt in ihrer Nähe personell verwaltet. Ab 1.7.94 soll es bundesweit nur noch 33 Kernämter für die Leute geben, die willkürlich ab dann der Sparte Fracht zugeordnet werden. Das heißt, daß meine Kollegen dann von dieser Zentrale ihre Anweisungen erhalten, daß heißt auch Mobilität und lange Anreisezeiten für manche(n) von ihnen zur neuen Arbeitsstelle. 33 Frachtzentren sind im Frachtdienstkonzept vorgesehen und seit langem bekannt.

Den Beschäftigten im Schalterdienst werden Führungsteams in 53 Kernämtern und ihren KollegInnen im Briefdienst 83 Kernämter die neuen Konzepte durch neue Führungsteams aufdrücken.

Das ist eigentlich nichts Neues. Durch die Presse kam schon im Sommer 1991 eine Studie von McKinsey an die Öffentlichkeit, in der ein Abbau von 70 000 Arbeitsplätzen bis 1996 empfohlen wurde.

Auf den Postämtern löste diese Ankündigung aber große Unruhe aus. Klar ist, daß die

Spartenorganisation die Personalkosten senken soll. Als erste werden wohl die am wenigsten geschützten *Teilzeitkräfte* dran glauben müssen. Wir haben schon bisher erlebt, daß die mit festen Vollzeitverträgen Beschäftigten, bzw. die BeamtInnen, bei der Kürzung der Zeiten nicht verschont wurden. Folglich wird deren Arbeitszeit mit den Arbeiten der entlassenen Teilzeitkräfte aufgefüllt werden. Zweitens gibt es Befürchtungen, daß durch die Zentralisierung der Personalverwaltung bisher noch bestehende Spielräume für uns verlorengehen. Bisher ist der Druck auf uns und die genaue Kontrollierung unserer Arbeit von Postamt zu Postamt sehr unterschiedlich. (Es ist aber auch nicht auszuschließen, daß sich durch eine weitentfernte zentrale Verwaltung für uns neue Freiräume eröffnen.)

Bisher wurde uns von oben noch nichts bekanntgegeben, was mit dem überflüssigen Personal geschehen soll. Kurz vor dieser Bekanntgabe des Termins 1.7.94 wurde den Postbeschäftigten eine *Vorruhestandsregelung ab 55 Jahren* angeboten, die dann aber aus »Kostengründen« wieder zurückgezogen wurde. Wir schätzen, daß diese Aktion nur ein *Test* war, um die Namen derer zu bekommen, die bereit wären, zu gehen. Die Namen wurden von der Personalstelle registriert und vielleicht weitergegeben. Somit haben die Chefs ein Druckmittel in der Hand, gezielt zu den Betreffenden zu sagen: »Du und Du, ihr wolltet ja gehen. Geht also, sonst machen wir euch das Leben schwer.« Schikanen vom Vertrauensarzt und Versetzungen auf unliebsame Arbeitsplätze sind nur einige Dinge, die wir befürchten.

Die Postbonzen haben nur für ihre eigenen Reihen gesorgt: Verlautet wurde, daß die Amtsvorsteher nach bestandener Eignungsprüfung in die Führungsteams der Kernämter aufgenommen werden. Für die Abteilungsleiter will man sich noch neue Aufgabenfelder ausdenken, heißt es im Fax der Generaldirektion aus Bonn. Soviel zu unserer Situation.

»...zu Unruhe bei der betroffenen Landbevölkerung«

Für den **Postkunden**, der oft genug gegen uns ausgespielt wird, bringen die neuen Konzepte erhebliche Nachteile. Die Post will ihr Filialnetz lichten. Zwar will man das neue Vertriebskonzept schmackhaft machen durch die längeren Öffnungszeiten der Postagenturen (bis zu 7 Stunden), doch werden die Nachteile verschwiegen: Erstens gibt es auf dem Lande ohnehin kaum Tante-Emma-Läden oder eine Tankstelle, in denen eine Postagentur eingerichtet werden könnte. Zweitens ist es nur eine Frage der Zeit, bis ein Lebensmittelädchen mit Postagentur zwischen Wursttheke und Tiefkühlfach vom Supermarkt der nächsten Stadt geschluckt wird. Drittens wird auch hier das Sendungsaufkommen zurückgehen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Kunde viel auf sein Sparbuch einzahlt, wenn er in den Tante-Emma-Laden geht. Gerade auf dem Land, wo die Schließung von Poststellen zu langen Fahrtzeiten führen wird, hatte die Post intern auf die anstehenden Probleme hingewiesen. In einem Fax der Oberpostdirektion Münster vom Juni heißt es im schwer zu entziffernden Amtsdeutsch: *»Die Umwandlung dieser Poststellen I in Poststellen II gestaltet sich hinsichtlich Raumbedarfsdeckung (u.a. Anmietung von PSt II-Räumen) und personeller Alternative (Finden von PH II) zunehmend schwierig. Zusätzlich führt das Bekanntwerden von Umwandlungsabsichten (PSt I->PSt II) zu Beschwerden und zu Unruhe bei der betroffenen Landbevölkerung.«*

Aktionen gegen die geplante Schließung von Poststellen gibt es bei uns in Form von *Bürgerinitiativen*, die in Unterschriftenlisten den Erhalt ihrer Poststelle fordern. Allerdings sprangen einige Bürger ab, als man versprach, in diesem Ort eine Postagentur zu errichten. Mit Protesten aus der Bevölkerung rechnete der Vorstand, als er einen Argumentationskatalog an alle Führungskräfte gab, die für die Postagenturen werben sollen. Insofern bringen die Unterschriftenlisten der Bürger nicht viel ein. In einem kleinen Ort von 650 Einwohnern, in dem der Bürgermeister 500 Unterschriften der Präsidentin der regionalen Postdirektion vorlegte, zuckte diese nur mit den Achseln und meinte: »Diesen Wagen hält keiner mehr auf.« Mehr Aktionen können wir von der Bevölkerung in unserer erzkatholischen Gegend nicht erwarten. In größeren Städten scheint es aber zu massiveren Protesten zu kommen. In Hamburg sind in verschiedenen Stadtteilen Bürgerinitiativen entstanden. Im Juli hat es dort eine größere Demo gegen den »Postraub« gegeben.

Unsere eigene Initiative

Wir Postler wehrten uns in der Vergangenheit durch versteckte Arbeitsverweigerung gegen die Vorhaben der Großen. Zahlen in Statistiken wurden gefälscht, Massendrucksachen wurden tagelang liegengelassen, wir schreiben hin und wieder großzügig Überstunden auf. Einige Postbedienstete entlarvte man schon dabei, wie sie Ein- und Auszahlungen auf den Sparbüchern von Familienangehörigen vornahmen, um ein höheres Arbeitsaufkommen vorzutäuschen.

Die *Postgewerkschaft* hält ihre Informationen an die Beschäftigten zurück und sieht keinen Grund zur Aufregung wegen des Termins 1.7.94. Sie hat sich, wie es von jeder anderen Gewerkschaft nicht anders zu erwarten ist, nie gegen die geplanten Konzepte gestellt, sondern versucht, durch das Aushandeln der Tarifverträge die Konzepte zu stützen und die Beschäftigten mundtot zu machen. Viele von uns haben eh die Nase von der DPG voll:

Dort wird abgewartet! Basisversammlungen der Beschäftigten untereinander ohne Organisation Postgewerkschaft werden von dieser als Bedrohung und Konkurrenz angesehen und abgesägt.

Wir wollten eine Einladung zu einer Basisversammlung verschicken und dazu diese Postsachen-Umschläge benutzen, die dem Personalrat zur Verfügung stehen. Der Personalrat drohte, das sei Entgelthinterziehung, und ein Kollege ließ sich dadurch so einschüchtern, daß er sich nicht mehr traute, die Flugblätter zu verschicken. Für die Versammlung hatten wir einen »progressiven« Gewerkschaftsvertreter eingeladen, der aber drei Tage vor der Versammlung einen Rückzieher machte, da der örtliche Personalrat ihm klargemacht hatte, daß er unsere Versammlung als Konkurrenz zu sich betrachte. Stattdessen wurde eine Personalversammlung einberufen. Wir trafen uns vorher, um diese Verammlung vorzubereiten – aber dann meldete sich doch nur eine Teilnehmerin aus dieser Runde, um den Bonzen über den Mund zu wischen.

Dabei ist Eigeninitiative bei der Post eh schon schwer, da die unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse, der Schichtdienst usw. Solidarität untereinander nicht gerade fördern.

Über Arbeitskampfmaßnahmen wird zur Zeit nur diskutiert. Die Androhung von Streiks wird noch nicht ausgesprochen, da vor allem Gewerkschaftler nicht an einen gemeinsamen Streik von BeamtInnen, Angestellten und ArbeiterInnen glauben.

Gelänge es, mit Leserbriefen und Flugblättern in der Öffentlichkeit Zustimmung zu finden und sich gemeinsam gegen alle Konzepte – die Spartenorganisation, Schalterschließungen, Einrichtung von Postagenturen – auszusprechen, könnte es den Postlern gelingen, dann auch durch Arbeitskampfmaßnahmen Druck zu machen. Ob es zu dieser Initiative kommen wird, bleibt offen ...

Postarbeiterin · Judi

Das Paketpostamt von Washington ist eines von einundzwanzig in den Vereinigten Staaten. Ich arbeitete dort von 1976 bis 1980. Sie haben viel Geld investiert und Fabriken gebaut, die einfach nicht funktionieren. Diese Computeridioten entwerfen Fabriken und haben selbst in ihrem ganzen Leben noch keine von innen gesehen. Sie wollten einfach nicht wahrhaben, daß da nichts funktionierte. Sie setzten Leistungsnormen fest, aber da die Maschinen nicht funktionierten, konnten sie nicht eingehalten werden. Statt mehr Leute einzustellen und die Fehler einzugestehen, zwangen sie uns, Überstunden zu machen. Wir arbeiteten mindestens 60 Stunden pro Woche, im Dezember gar 84. Wir arbeiteten die ganze Zeit und wurden langsam verrückt.

Die Überstunden waren das Hauptproblem, Arbeitsunfälle waren ein weiteres. Und auch sonst verarschten die uns. Veteranen der Armee bekommen zehn Prozent mehr Lohn. Das soll sie glauben machen, sie wären immer noch beim Kommiß. Und die richtigen Armee-Arschkriecher werden Vorarbeiter. Weil bei der Post kein Profit gemacht werden muß, gibt es nicht mal den Anschein von kapitalistischer Vernunft. Bei der Post ist es egal, wieviel Geld verschwendet wird.

Ich mußte LKWs entladen, manchmal auch beladen. Eigentlich sollte das alles automatisch ablaufen. Wir hatten diese sogenannten ausfahrbaren Bänder, die bis in die LKWs reichten. Im Winter froren wir uns den Arsch ab, im Sommer wurden wir gebraten.

Pakete und Postsäcke wurden getrennt ausgeladen und sortiert, aber die Maschine blockierte trotzdem ständig. Die beste Methode, das Band wieder frei zu kriegen, war, ein paar der Postsäcke auf das Band mit den Paketen zu schmeißen. Die Säcke waren schwerer und schoben alles durch. Das hieß natürlich auch, daß die Säcke später auf den Paketen landeten und diese kaputtgingen. Diese Art Sabotage wurde von der Verwaltung sogar gefördert, die ja wollte, daß wir schneller arbeiten.

Es gibt keine Auffangsysteme im Betrieb. Wenn irgendwo was zusammenbricht, blockiert das die ganze Linie. Wenn es an der Rutsche für Sendungen ohne Postleitzahlen zu Staus kam, kam alles zum Stillstand. Diese Rutsche mußte offen sein. Wir codierten oft alle Sendungen auf diese Rutsche, und das System war sofort überlastet. Als sie in New York einen wilden Streik machten, codierten wir alles nach New York.

Als wir unsere kollektive Stärke erkannten, wurden wir deutlicher und frecher. Wir begannen mit kleinen Sachen, z.B. schickten wir Zeug an den falschen Ort oder legten absichtlich die Anlagen lahm. Als wir uns dann besser organisiert hatten, machten wir Spiele, wenn es zu langweilig wurde. Wir machten eine Maschine kaputt und wetteten, wie lange der Mechaniker brauchen würde, um den Fehler zu finden. Also versuchten wir, uns möglichst ausgefallene Schäden auszudenken. Eines unserer Lieblingsspiele war das Abschalten irgendeines Notschalters. Dann warteten wir, bis der Mechaniker den richtigen gefunden hatte. Beim Entladen hämmerten wir abwechselnd auf den Seitenwänden der LKWs herum. Die Vorarbeiter wurden sehr wütend und liefen herum, um herauszufinden, wer das war.

Schließlich fingen wir an, die Dinge richtig zu organisieren. Als sie uns an Thanksgiving Überstunden reindrückten, gingen wir einfach nach Hause. Wir waren richtig stolz darauf. Ein anderesmal machten wir einen Sick-out, wo alle Leute sich gleichzeitig krank meldeten und rausgingen.

Wir durften nicht streiken. Wir trafen uns zwischen den Schichten – diese lagen eine Stunde auseinander –, und ich sprang in der Cafeteria auf einen Tisch und hielt eine Rede. Wir organisierten ein Komitee mit zwölf Leuten und schrieben eine Liste mit unseren Forderungen. Acht von uns gingen zur Vorarbeiterin und übergaben die Liste. Ihre erste Reaktion war, daß sie an der Tür zwischen der Halle und dem Büro ein Schloß anbrachte, so daß da niemand mehr reinkam. Du brauchtest eine Karte und eine Zahlenkombination. Wir haben nie offen gestreikt, aber immerhin haben wir es mal zu einem Trash-in gebracht. In der Nachtschicht vergaßen sie häufig, uns unsere Lohnschecks zu geben. Die Gabelstaplerfahrer fuhren dann eine Runde und erzählten es allen. Wir ließen die Maschinen kaputtgehen, was sehr einfach war. Die Gabelstaplerfahrer setzten überall Paletten ab und codierten alles auf »ohne Postleitzahl«. Eines Abends brachten wir die ganze Halle zum Stillstand. Wir machten alles kaputt, was reinkam.

Die Gewerkschaft war sehr korrupt, und in anderen Landesteilen nahmen die Überstunden nicht ab. Aber wir siegten. Sie ordneten keine Überstunden mehr an. Da wir so schlecht mit den Paketen umgingen, gingen die Leute halt zu *UPS* und nicht mehr zur Post. Als die Pakete nun weniger wurden, gingen auch weniger kaputt, es gab weniger Überstunden und weniger Unfälle. Die Arbeitssicherheit wurde besser. Als wir ein Jahr später einen wilden Streik machten, fiel die Gewerkschaftsgruppe in unsere Hände. Ich wurde Erste Vertrauensfrau, die höchste Position in der Halle, und begann, Beschwerden zu führen. Sie entließen die übelsten Vorarbeiter und stellten extra für uns neue ein.

Alle machen sie Witze darüber, daß wir bei der Post immer Pakete kaputt machen, weil es uns angeblich egal ist. Aber was uns stinkt, ist, daß wir unseren Job sowieso nicht gut machen können, wie sehr wir uns auch bemühen.

Streikende und ausgesperrte Timex-Arbeiterinnen vor dem Wohnwagen, über den die Streikposten organisiert werden

Die Anzahl der Streiks in Großbritannien hatte in der ersten Hälfte des Jahres 1992 einen neuen Tiefpunkt erreicht. Während der Sommer- und Herbstmonate hatte es vor allen in der verarbeitenden Industrie viele Entlassungen gegeben. Mitten in dieser Zeit, im Oktober '92, entwickelte sich eine Bewegung gegen die Massenstillegungen in den Kohlebergwerken (zu den Hintergründen berichteten wir in der letzten Wildcat). Viele Menschen beteiligten sich an der Mobilisierung, in der Hoffnung, diese Bewegung könnte das Signal für eine Neuauflage von Betriebskämpfen sein. Obwohl sich die Situation der Bergarbeiter weiter verschlechtert hat, wurde in diesem Jahr soviel gestreikt, wie seit 1989 nicht mehr. In erster Linie waren es breite Streiks der traditionell gut organisierten ArbeiterInnen, wie die EisenbahnarbeiterInnen und die Bergarbeiter. 400 000 LehrerInnen boykottierten einen Teil ihrer Arbeit. Die BusfahrerInnen, die PostarbeiterInnen und die FordarbeiterInnen haben wild gestreikt. Aber auch in eher »konservativen« Bereichen, wie den Banken, auf den Flughäfen und bei den Taxiunternehmen, kam es zu Auseinandersetzungen. Eng verbunden mit der »community«, organisierten KindergärtnerInnen gemeinsam mit den Eltern Besetzungen ihrer Einrichtungen, und die Bergarbeiterfrauen besetzten Bergwerke. Es gab auch viele verzweifelte Kämpfe mit dem Rücken zur Wand, z.B. in einer Druckerei in Arrowsmiths bei Bristol und in der Champignonfabrik Middlebrock Mushrooms in Yorkshire. Das Spektrum der Leute in diesen Kämpfen ist sehr breit gestreut, Weiße wie Schwarze, ArbeiterInnen wie Angestellte, in der verarbeitenden Industrie wie in Dienstleistungsbetrieben.

Diese Bewegung hat zwei auffällige Charakteristika. Die allgemeine Stimmung kann als »basisgewerkschaftlich« beschrieben werden. D.h. die Initiative für Aktionen kommt von der Basis, von Gruppen von Vertrauensleute oder Gewerkschaftsorganisationen, aber nur auf Betriebsebene. Im Gegensatz zu 88/89 entstehen in diesen Kämpfen wenige von den Gewerkschaften unabhängige Organisationsformen. Damals hatten Ölarbeiter, U-BahnfahrerInnen, Bauarbeiter und andere ArbeiterInnen autonome »Koordinationen« aufgebaut. Aber gerade in diesen früher führenden Bereichen bleibt es dieses Jahr eher ruhig.

Zweitens sind die meisten Kämpfe »defensiv«: Nicht für Lohnerhöhungen oder kürzere Arbeitszeiten, sondern gegen Entlassungen oder schlechtere Arbeitsbedingungen. Das bedeutet nicht, daß diese Kämpfe weniger militant oder wichtig sind.

Einer diese Kämpfe hat besondere Aufmerksamkeit durch die Medien erfahren, und größere Demonstrationen und mehr Emotionen ausgelöst, als alle anderen: Der Streik und die spätere Aussperrung von 300 ArbeiterInnen in der Timexfabrik von Dundee, Schottland.

Mikroelektronik in Schottland

Die Timexfabrik in Dundee, Schottlands viertgrößter Stadt, wurde kurz nach dem zweiten Weltkrieg für die Massenproduktion von Armbanduhren gegründet. Sie expandierte in den 50er und 60er Jahren bis zu einer Höchstzahl von 5000 ArbeiterInnen. Nach einem Streik 1974 und einer Besetzung 1983 verlagerte die Firma, die ihren Hauptsitz in den USA hat, die Armbanduhrenproduktion und viele Arbeitsplätze nach Frankreich, Thailand und auf die Philippinen. Timex

Die TIMEX – Intifada

Dundee ist zu einem Subunternehmer in der Mikroelektronikindustrie geworden. In Dundee werden Platinen für Haushaltsgeräte hergestellt, vor allem für Waschmaschinen.

1988 waren in der Mikroelektronikindustrie von Schottland 46 000 ArbeiterInnen beschäftigt. Sie ist dort eine der wichtigsten Industrien, zusammen mit dem Öl. In Anlehnung an Silicon Valley heißt sie dort »Silicon Glen« (Glen heißt auf schottisch Tal). Die Mikroelektronik spielt eine führende Rolle in der Entwicklung von sich neu bildenden Industrieländern und in den »Entwicklungszonen« der Altindustrieländer. Sie besteht aber auf einer »low-tech« Arbeitsteilung. In der Produktion arbeiten hauptsächlich Frauen an Fließbändern. Ihre eintönige Arbeit besteht darin, Einzelteile zu produzieren, die an anderer Stelle, oft in anderen Ländern zusammengesetzt werden. Die Löhne sind niedrig. In der Belegschaft sind typische Krankheiten, wie Augenreizung, »repetitive strain injury« (schmerzhafte Erkrankung durch dauernde Wiederholung derselben Bewegung) und Vergiftungen durch die Chemikalien an der Tagesordnung.

Die Mehrheit der schottischen Mikroelektronikbetriebe gehört amerikanischen oder japanischen Multis. Die meisten Fabriken stehen in den »new town areas« (neue Wohn/Industriezonen in vormals ländlichen Gebieten), wie Livingston, Cumbernauld, East Kilbride... In den dortigen Fabriken arbeiten wenig MigrantInnen, da diese hauptsächlich in den zwei größten Städten Glasgow und Edinburgh leben. Der Organisationsgrad liegt bei ungefähr 50 Prozent. Aber die Lage und die Architektur der »new town areas« macht eine Organisierung schwierig. Isolierte Fabriken auf einer Wiese hinter Zäunen. Keine Bürgersteige, sondern nur Zulieferstraßen, keine Kneipen oder Häuser neben den Betrieben, Videoüberwachungskameras. Es ist üblich, daß die Firmen die Produktion verlagern, wenn die Kosten steigen oder die ArbeiterInnen zu unruhig werden. Die ElektronikarbeiterInnen in Schottland haben allerdings immer wieder militante Kämpfe geführt, so die Besetzung von Plessey in Bathgate 1982. Abgesehen von der Nähe zur Großstadt und der gewerkschaftlichen Tradition, hat Timex Dundee viele Ähnlichkeiten mit dem Rest der schottischen Betriebe.

Die Fabrik ist ein niedriges Backsteingebäude hinter einem hohen Stahlzaun. Anfang dieses Jahres arbeiteten dort noch mehr als 350 Leute, zu 80 Prozent Frauen. Ihre Situation ist ein Musterbeispiel an Entfremdung. Gearbeitet wurde meistens am Band, um z.B. Platinen zu löten. Selten bekamen sie ein fertiges Produkt zu sehen, die Akkorde waren scharf. Wegen der hohen Akkordvorgaben und dem Umstand, die Kapos fragen zu müssen, um aufs Klo gehen zu können, war dies nur in den Pausen möglich. Zusätzlich wurden sie an ihren Arbeitsplätzen am Handgelenk angekettet, als Erdung vor möglichen Stromschlägen (und zum Schutz der Produkte). Für 37 Stunden Arbeit bekamen sie zwischen 102 und 127 Pfund (250 - 300 DM) netto pro Woche. Im letzten Jahr gab es eine Nullrunde. Viele der Frauen waren die Hauptverdienerinnen ihrer Familien; die Männer arbeitslos oder chronisch krank. Die Männer im Betrieb hatten andere Jobs. Sie machten Wartungsarbeiten, Qualitätskontrollen und saßen in der Verwaltung. Viele der aktiven Gewerkschaftsmitglieder waren Männer. Wie oft in multinationalen Firmen war der Chef ein »Ausländer«, in diesem Fall ein Engländer. Dies unterstreicht die Distanz zwischen Belegschaft und Leitung. Er hat versucht, UnruhestifterInnen durch Gespräche mit ausgewählten ArbeiterInnen zu identifizieren. Er setzte seine Spitzel an sensiblen Punkten ein, um die Belegschaft zu überwachen. Vor diesem Hintergrund rebellierten die ArbeiterInnen im Januar diesen Jahres.

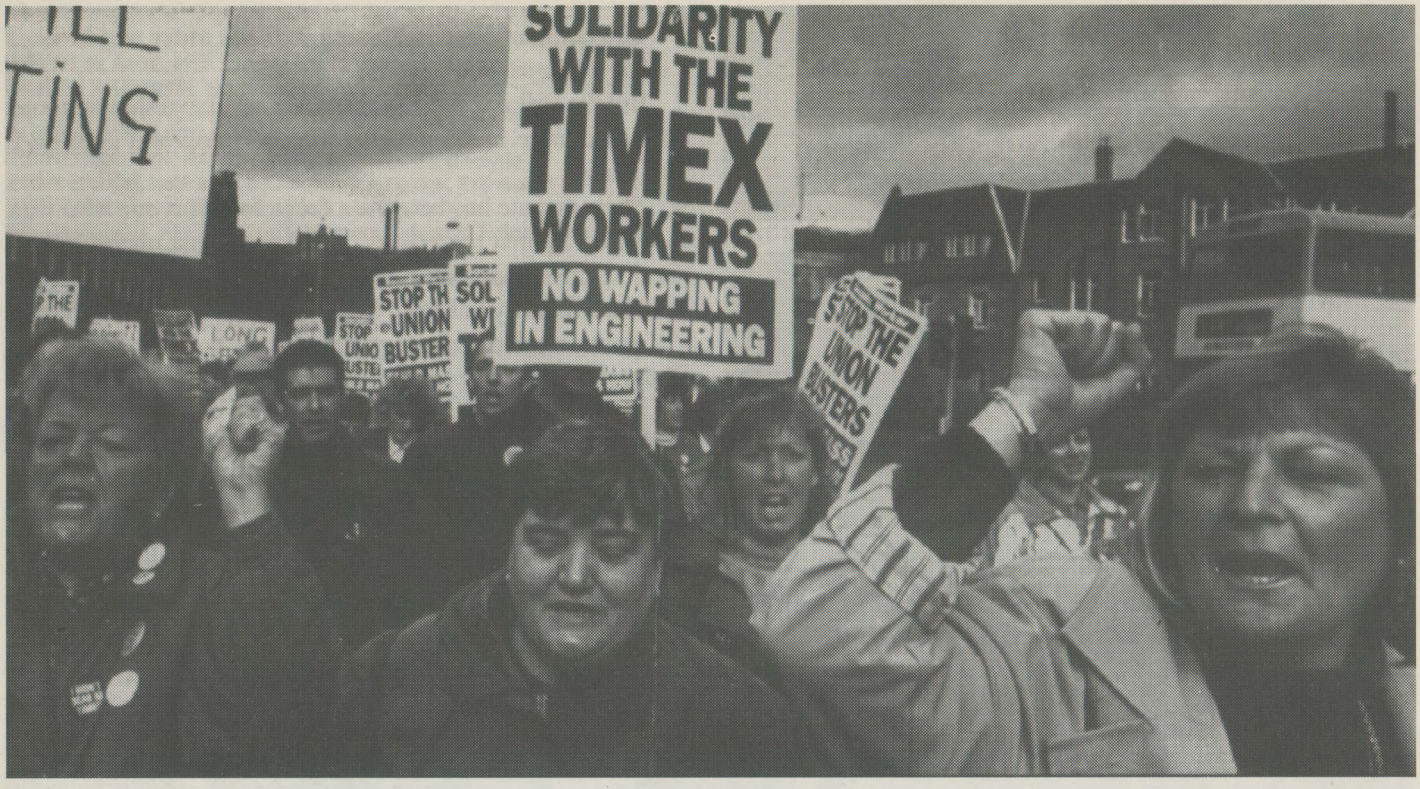
Ein erbitterter Kampf

Timex wollte 150 ArbeiterInnen für 6 Monate nach Hause schicken. »Lay off« nennt sich diese vorläufige Arbeitslosigkeit. Du kriegst deinen Job nach einer gewissen Zeit zurück. Früher rotierten die ArbeiterInnen bei »lay off«, um die Unannehmlichkeiten zu verteilen. Dieses Mal jedoch verweigerte die Leitung diese Rotation. Auf ihrer Liste waren alle ArbeiterInnen mit einer aktiven gewerkschaftlichen Vergangenheit. Als Antwort entschieden sich 92 Prozent der ArbeiterInnen für den Streik, der am 29. Januar 1993 begann.

Die alltägliche Organisierung wird unter dem Streikkomitee der Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionären aus Dundee aufgeteilt. Die AEEU (Amalgamated Electrical and Engineering Union) ist die zuständige Gewerkschaft, sie ist mit der IG Metall vergleichbar. Auch nationale Führer der AEEU nahmen an den Verhandlungen teil.

Während des Streiks traten 15 ArbeiterInnen als StreikbrecherInnen auf und wurden mit Bussen in den Betrieb gekarrt. Nach zwanzig Tagen Streik billigte die Leitung die »lay off« Rotation. Die ArbeiterInnen waren bereit, wieder an die Arbeit zu gehen. Das hätte das Ende des Konflikts sein können, aber Timex kündigte eine Kürzung von Lohn, Zulagen und anderen Lohnbestandteilen an, die zusammen ca. 10 Prozent ausgemacht hätten. Alle Beteiligten erinnerten sich an das jüngste Verhalten der AEEU während der Verhandlungen mit der Hoover-Leitung, das international Schlagzeilen machte. Hoover hatte die Schließung eines seiner Werke entweder in Schottland oder in Frankreich angekündigt. AEEU-Funktionäre stimmten einer Lohnkürzung und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu, um die Stellen in Schottland zu »retten«. Die französischen ArbeiterInnen ließen sich nicht in die Knie zwingen, verloren aber ihre Arbeitsplätze. Die AEEU ist zudem auch die Gewerkschaft, die an den Mauscheleien um die Tarifverträge in den japanischen Transplants in Großbritannien beteiligt ist.

Obwohl der erste Konfliktpunkt gelöst schien, weigerten sich die ArbeiterInnen, die Lohnkürzungen hinzunehmen. Als sie aber am 17. Februar zur Arbeit erschienen, war das Tor verschlossen. Die Leitung gab bekannt, daß alle 343 ArbeiterInnen entlassen seien, auch die StreikbrecherInnen. Dann rekrutierte die Firma sehr schnell ca. 200 andere ArbeiterInnen, um die Stellen der Entlassenen neu



zu besetzen. Der Disput verlief danach sehr verbittert. Als StreikbrecherInnen waren Arbeitslose geholt worden. Die meisten nicht aus Dundee selbst, sondern aus den umliegenden Kleinstädten.

Als erste Solidaritätsaktion fingen die PostarbeiterInnen von Dundee an, die Fabrik zu boykottieren. Solche Solidaritätsaktionen waren in der Vergangenheit während Betriebskämpfen üblich. Es ist schön, daß es diese Tradition noch gibt. Das Streikkomitee organisierte dann Massenstreikposten vor dem Fabriktor, trotz des Gesetzes, das nur sechs Streikposten erlaubt. Timex wollte die zwei führenden Vertrauensleute deswegen verhaften lassen, aber der Staat wollte keine Märtyrer aus ihnen machen. Es begann eine Serie von Demonstrationen, die Linke rief zu den Waffen. Am 20. März demonstrierten 7000 Leute in der Stadt. Am 22. März war die Zahl der Streikposten auf 600 gestiegen, und sie versuchten durch eine Sitzblockade die StreikbrecherInnen am Betreten der Fabrik zu hindern. Die Bullen lösten die Blockade auf und nahmen 16 Leute fest, von denen sie wußten, daß sie nicht in dem Betrieb arbeiteten. Unter den Festgenommenen befand sich Tommy Sheridan, ehemaliger Polltax Gefangener, Glasgower Stadtrat und Führer der wichtigsten marxistischen Gruppe in Schottland, Scottish Militant Labour. Die Zeitungen stellten Sheridan als einen Drahtzieher dar, der Randalierer gegen die Polizei einsetzt. Die AEEU Führer versuchten mit der Androhung, die 30 Pfund wöchentliches Streikgeld zu streichen, die Massenstreikposten zu verhindern. Die Festgenommenen wurden auf Kaution freigelassen, aber mit der Bedingung, daß sie sich nicht in der Nähe der Fabrik aufhalten dürften. Festnahmen sind damit eine Strategie, AktivistInnen von den Kämpfen zu entfernen.

Am 12. April nahmen schon 1000 Menschen an den Streikposten teil und 7000 demonstrierten. Sehr wichtig war, daß an diesem Tag mehrere hundert ArbeiterInnen, mehrheitlich Frauen, in den Fabriken NCR, Bulkbag und Levis in Dundee und in der Wäscherei eines Krankenhauses wild streikten. Um diese Zeit gründeten sich »support groups« (Unterstützungsgruppen) in Dundee, Edinburgh, Glasgow, Liverpool und sogar London. »Support groups« werden meist von BasisgewerkschafterInnen oder linken AktivistInnen initiiert. Sie sind inzwischen ein normaler Bestandteil von längeren Streiks in Großbritannien. Die Timex »support groups« fingen an,Geld zu sammeln und Leute zu den Demonstrationen und Massenstreikposten zu schicken.

Am 1. und 15. Mai gab es wieder große Demonstrationen in der Stadt. Am 17. Mai vergrößerten sich die Massenstreikposten auf über 2000. Eine Blockade schloß die Fabrik für diesen Tag. Die Bullen nahmen 38 Leute fest, von denen einige brutal verprügelt wurden. Später, am selben Tag, marschierten 10 000 Leute durch die Stadt. Die Bullen fingen jetzt an, die »support groups« zu kriminalisieren. Am 21. Mai, in der Morgendämmerung, durchsuchten sie die Wohnungen von zwei AktivistInnen, und nahmen sie unter dem Vorwurf der Rädelsführerschaft für einen Tag fest.

Die Demos, die wilden Streiks und die Kämpfe mit den Bullen brachten die Führer der AEEU in Bedrängnis. Sie wollten wieder die Kontrolle über den Kampf haben und blieben deshalb in Verbindung mit der Timex Leitung. Aber Timex wollte jetzt noch schlechtere Bedingungen als die 10 Prozent Lohnkürzung vom Februar durchsetzen. Und sie gewannen die Hilfe der AEEU. Die Gewerkschaftsführung sollte die Belegschaft über die neuen Bedingungen informieren, aber keine öffentliche Stellungnahme dazu abgeben. Das Ziel war, die Reaktion auszutesten und die Moral zu untergraben. Am 3. Juni las Jimmy Airlie, AEEU Boss in Schottland, der Belegschaft das Schreckenspaket vor. Eine Lohnkürzung von 30 Pfund pro Woche, eine Nullrunde für zwei Jahre, weniger Krankengeld, weniger Urlaubstage, Umstrukturierung der Schichten und noch viel viel mehr. Die ArbeiterInnen verweigerten das Päckchen der Timexbosse einstimmig.

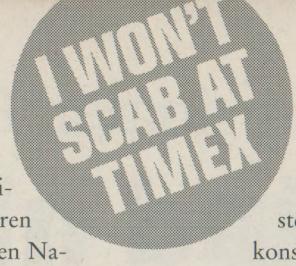
Am 11. Juni ging der Kampf mit einem Frauen- und Kinderstreikposten und einer Demo weiter. Am 14. Juni wurde der Timexchef von Dundee gefeuert. Jetzt spielte Timex die letzte Karte aus. Am 16. Juni gab sie die Schließung der Fabrik zum Dezember dieses Jahres bekannt. Die Produktion sollte ins Ausland verlagert werden. Kurzfristig veränderte sich aber an den Streikposten nichts, die Streikbrecher wurden immer noch durch sie hindurch zur Arbeit gefahren. Es wurde darüber spekuliert, ob die Ankündigung nur eine

Taktik war, aber jetzt scheint es so, daß das Werk tatsächlich geschlossen wird. Die Auseinandersetzung wird allerdings weitergehen – so wie es momentan aussieht, bis zur angekündigten Schließung.

Am 19. Juni zogen die Massenstreikposten und eine Demonstration wieder über 10 000 Leute an, und die Fabrik mußte wieder für einen Tag schließen. Der STUC, Scottish Trade Union Congress (schottischer DGB, aber eine Unterabteilung des britischen TUC), der sich bisher nur an einigen Demonstrationen beteiligt hatte, zog jetzt seine Unterstützung für einen schottischen Aktionstag am 1. Juli zurück, um die Bekanntgabe der Schließung »neu« zu überdenken. Dieser Aktionstag wurde von einer Gesamtschottlandkonferenz der Vertrauensleute ausgerufen. Der STUC fürchtete die Eskalation, bis hin zu einem »Mini« Generalstreik. Trotz der Sabotage der STUC gegen diesen Tag haben Hunderte von ArbeiterInnen der British Petroleum Ölraffinerie in Grangemouth wild gestreikt. Tausende von ElektronikarbeiterInnen von GEC Marconi in Edinburgh, die in einem eigenen Konflikt mit ihrer Leitung stecken, streikten an diesem Tag, um sich auch mit den Timexleuten zu solidarisieren.

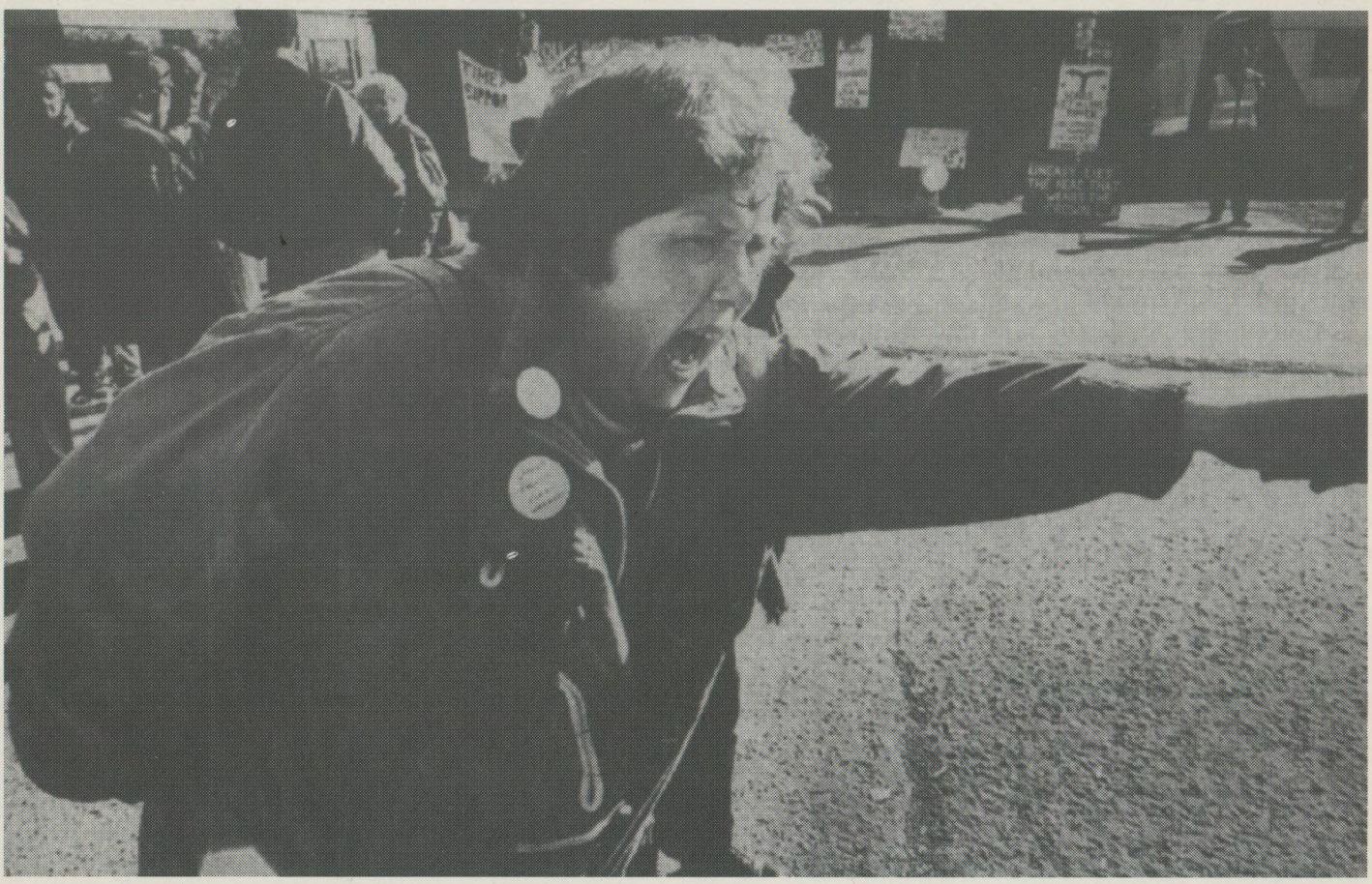
In den letzten Monaten fing das Streikkomitee an, Kontakt mit Timex ArbeiterInnen in anderen Ländern aufzunehmen, z.B. in den USA und in Frankreich. Timex ist eine große internationale Firma mit einem Netzwerk von hunderten von Zulieferern und Klienten für ihre Platinen. Ihre Armbanduhren werden unter verschiedenen Namen in der ganzen Welt verkauft. Allein in Südbaden gibt es zwei Zulieferfirmen von Timex. Das Streikkomitee versucht jetzt, einen Boykott von Timex durch andere ArbeiterInnen und einen Boykott der Produkte durch die Konsumenten auf die Beine zu stellen. Aber diese Maßnahmen kommen sehr spät, und bedeuten nichts, wenn es keine Weiterentwicklung in Dundee selbst gibt. Ein weiterer Massenstreikposten fand am 9. August statt und am 21. eine Demonstration. Angeblich nahmen an diesen bisher letzten Aktionen weniger Leute teil, und die Stimmung soll auch schlecht gewesen sein. Es ist anzunehmen, daß die ArbeiterInnen anfangen, sich neue Jobs zu suchen und deshalb langsam das Interesse verlieren.

Der Timex Kampf ist wegen seiner Heftigkeit und Größe bedeutend geworden. Er hat die herrschenden Bedingungen in der schottischen Mikroelektronikindustrie beleuchtet und gezeigt, wie hartnäckig der Widerstand von Fließbandarbeiterinnen sein kann. Und er hat gezeigt, wie fest die Loyalität der britischen ArbeiterInnen zu den Gewerkschaften



bleibt. TimexarbeiterInnen benutzten die lokalen Gewerkschaftsstrukturen, und waren auch bereit, illegale Aktionen, wie die Massenstreikposten, auszurufen. Sie blieben aber auch konservativ in ihrer Einstellung der Gewerkschaft gegenüber. Zu einer Koordinierung der einzelnen kleinen Solidaritätsstreiks, oder gar zu autonomen Strukturen, ist es leider nicht gekommen. Aber das wurde von der Führung der AEEU und des STUC natürlich auch rücksichtslos sabotiert.

Auch in der BRD ist in den letzten Monaten viel über die harten Auseinandersetzungen innerhalb der britischen Torypartei über »Europa« berichtet worden. Ein Grund für diese Schärfe ist die Erkenntnis der Tories, daß sie trotz der Jahre des Thatcherismus – neue Gesetze, Umstrukturierung des Sozialstaats, Privatisierungen, weitere Bewaffnung der Bullen... – keine ruhige, kontrollierbare, flexible Arbeitskraft geschaffen haben. Die ArbeiterInnenklasse verweigert, protestiert, randaliert und streikt weiterhin. Die Arbeiterinnen in Dundee haben deutlich gemacht, daß sie sich von der Geschäftsleitung und der Gewerkschaft nicht ständig schlechtere Bedingungen aufdrücken lassen. Daß sie auf die Arbeit in dieser Fabrik lieber verzichten, als »besiegt« an die Fließbänder zurückzukehren.



Crotone: Regionaler Aufstand der kalabresischen

»Wir sind nicht verzweifel

Anfang September erschüttert der militante Kampf um die Zukunft einer Chemiefabrik in Kalabrien ganz Italien. Die Regierung steckt mitten in den Beratungen über den neuen Haushalt, der Einsparungen in Milliardenhöhe vorsieht, als die ArbeiterInnen des Chemiewerks von Enichem in Crotone eine regelrechte Schlacht um ihr Werk und gegen die Entlassung von 333 Arbeitern in die Cassa Integrazione *(die italienische Version der Kurzarbeit, die oft – wie auch hier – ein bloßes Übergangsstadium zu Entlassung ist)* entfesseln. Wie sie selber betonen, geht es ihnen nicht allein um ihre Fabrik, sondern um die Situation der ArbeiterInnen im ganzen Süden. Nicht nur das macht diesen Kampf und ihre Situation mit dem Kampf in Bischofferode vergleichbar. Die Art der Abwicklung der letzten großindustriellen Betriebe in dieser Region in Verbindung mit stets versprochenen aber nie verwirklichten neuen Beschäftigungsmöglichkeiten erinnert an Treuhandmethoden. Hier heißt das »tangentopoli«: der Korruptionssumpf, in dem seit Jahrzehnten norditalienische Steuertransfers für den Süden versickern, um über die Klientelkanäle der Christdemokraten und Sozialisten und über die Mafia, die hier das Leben kontrolliert, wieder in den Norden gepumpt zu werden. Die Verbitterung und Militanz, mit der der Kampf hier und in einigen anderen Betrieben geführt wird, entsteht auch aus dem völligen Fehlen anderer Einkommensmöglichkeiten – außer der Mafia und den Drogen.

Crotone ist ein altes und das einzige Industriezentrum Kalabriens mit heute noch 70 000 Einwohnerinnen. Vor 15 Jahren arbeiteten im Chemiewerk der Enichem 1500 ArbeiterInnen. Heute sind es noch 500. Mit veralteten und defekten Anlagen wird hauptsächlich Phosphor und Zeolith (Phosphor-Ersatz in Waschmitteln) produziert. Ende August wird bekannt, daß 333 von ihnen in die Cassa Integrazione entlassen werden sollen, ohne in die Fabrik zurückkehren zu können. Der größte Teil der Produktionsanlagen, außer der Zeolith-Produktion, soll abgerissen werden. Etwa hundert Arbeiter sollen in der Produktion bleiben. In der Vergangenheit hatte es von seiten der Regierung immer wieder Versprechen gegeben, neue Arbeitsplätze zu schaffen: im Umweltbereich, bei Ausgrabungsarbeiten, im Tourismus, in einer neuen Tennisschlägerfabrik. Keines dieser Versprechen ist je eingelöst worden, und selbst dort, wo Subventionsgelder fließen, versickern sie in den korrupten Strukturen von »tangentopoli«.

Als die Entlassungen bekannt werden, explodiert die Wut. Es ist nicht die erste Erfahrung, die die Arbeiter bei Enichem mit der Cassa Integrazione machen. Am Freitag, dem 3. September, als sie ihre Versetzung in die Cassa Integrazione erhalten, besetzen die Arbeiter sofort die Fabrik.

Als für den folgenden Montag von der Regierung erneute Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Enichem in Rom einberufen werden, heben die Arbeiter als Zeichen ihres guten Willens die Besetzung auf. Dabei hat die Gewerkschaft hier auch keinen guten Stand mehr – schon nach dem ersten Abkommen über die Cassa Integrazione waren über die Hälfte der CGIL-Mitgliedskarten zerrissen worden. Einer der in die Cassa Integrazione Geschickten klettert aus Verzweiflung auf den höchsten Schornstein der Fabrik und droht, sich herabzustürzen, wenn die Verhandlungen keinen Erfolg haben. Er kann schließlich bewegt werden, wieder herunterzusteigen – indem ihm versichert wird, die Verhandlungen liefen gut. Andere Arbeiter sind sauer über die Schornsteinaktion: »Wir sind nicht verzweifelt – wir sind wütend!«

Am Abend ist klar: Enichem wird die Versetzungen in die Cassa Integrazione nicht zurücknehmen. Einige Arbeiter schleppen Fässer mit flüssigem Phosphor aus dem Werk. Sie kippen sie vor den Werkstoren und auf der unmittelbar vor dem Werk verlaufenden Staatsstraße 106 aus. Beim Kontakt mit Luft entzündet sich das Phosphor von selbst, es bilden sich hochreichende und übelriechende Rauchsäulen. Einige Arbeiter müssen mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus gebracht werden. Es gibt nun keine Möglichkeit mehr, ins Werk zu kommen, aber man hört von außen den Lärm von zerbrechendem Glas und Explosionen. Die Arbeiter haben sich in der Fabrik hinter großen Säcken mit Zeolith verbarrikadiert und zerstören Einrichtungen der Fabrik. Vergeblich versucht die Polizei unter Einsatz von Tränengas in das Werk einzudringen. Die Arbeiter schüren weiter die Brände am Eingangstor, die den Zugang versperren. Ein PKW geht in Flammen auf. Gegen 22 Uhr räumt die Polizei die benachbarten Straßen, aber die Staatsstraße bleibt die gesamte Woche über besetzt und der Verkehr blockiert. Ein paar hundert Leute, unter ihnen viele Familienangehörige der Arbeiter, bleiben trotz der Polizeieinsätze auf einer Überführung der Staatsstraße in der Nähe des Werkes. In der Nacht fliegt eine mit Phosphor gefüllte Flasche gezielt gegen die ums Werk zusammengezogenen Polizeikräfte.

Dienstag, 7.9. Am nächsten Morgen sind rund um die Fabrik die Büsche vom Phosphor

Chemiearbeiter gegen die Cassa Integrazione

t ...

... wir sind wütend!«

rötlich gefärbt, ausgebrannte Autos liegen herum. Die Regierung in Rom greift ein, und es kommt zu einem »Waffenstillstand« bis zum nächsten Montag. Enichem wird den Arbeitern die Differenz zwischen dem Lohn und der Cassa Integrazione (20 Prozent) für diese Woche bezahlen. Aber die Arbeiter wollen diesen »assistenzialismo« nicht, die Abhängigkeit von staatlichen Unterstützungsleistungen, sie wollen eine dauerhafte Lösung. *»Sie haben uns noch einmal betrogen. Das ist das neue Subventionssystem des Staates. Der Regierung ist die öffentliche Ordnung, der soziale Frieden wichtiger, als gewinnbringende Arbeit, als die Rentabilität der Unternehmen. Wenn man sie schließen muß, sollen sie es machen: Alle übernehmen ihre Verantwortung. Aber sie sollen uns eine wirkliche Lösung anbieten und nicht eine Vermittlung. Zuerst schickt uns die Enichem in die Cassa Integrazione mit null Stunden für 2 Jahre, dann zahlt sie unter dem Druck von Ciampi 20 Prozent des Lohns. Es ist eine Farce, es ist eine niederträchtige Farce von Rom«*, sagt ein junger Arbeiter dem Reporter des Corriere della Sera. Die Arbeiter sind nach wie vor aufgebracht: *»Wir sind bereit, aus Crotone ein zweites Sarajewo zu machen!«*

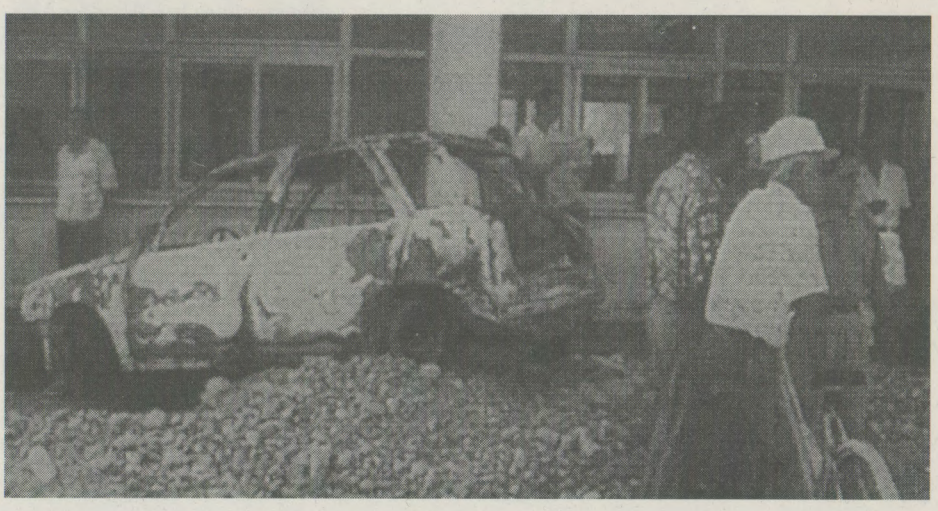
Arbeiter von einem anderen Werk der ENI, der Fabrik von Pertusolo, über der auch die Drohung der Cassa Integrazione schwebt, drücken ihre Solidarität aus. Sie haben auf einem Bulldozer Fässer mit schweren Zinkbarren aus ihrer Fabrik mitgebracht, mit denen sie die Blockade vor dem Werkstor verstärken.

Hunderte von Frauen versuchen, in die Stadtverwaltung einzudringen, woraufhin diese geschlossen wird. Im Bahnhof setzen sich Ehefrauen und Angehörige der Arbeiter auf die Gleise und blockieren damit die Strekke Reggio-Bari. Schon am Sonntag waren die Gleise besetzt worden, um Druck zu machen. Die Polizei versucht, die Besetzung zu beenden, aber bis heute können auf dieser Strecke keine Züge fahren. Von Anfang an hatten sich die Familien der Arbeiter an diesem Kampf beteiligt. Denn hier, wo die Arbeitslosigkeit mittlerweile auf fast 30 Prozent angestiegen ist, gibt es keine anderen Einkommen. Früher waren viele Jugendliche vor der Arbeitslosigkeit in ein Hochschulstudium ausgewichen. Aber durch die Anhebung der Studiengebühren in den letzten Jahren hat sich allein dieser Anteil an den Kosten eines Studiums auf jetzt umgerechnet 1000 Mark im Jahr erhöht. *»Wie sollen wir das denn vom Geld der Cassa Integrazione bezahlen«*, sagt die Frau eines Arbeiters.

Die Anlagen bei Enichem sind veraltet, und die Arbeiter riskieren in diesem Giftladen täglich ihr Leben. Sie wissen das und äußern selbst ihre Zweifel, warum sie für diese Scheißarbeit so verbissen kämpfen sollen. Aber es sind hier die einzigen garantierten Arbeitsplätze, d.h. mit Tariflohn und Pensionsberechtigung – in einem Land, in dem es sonst kaum sozialstaatliche Absicherungen gibt.

Am Abend erklärt die Provinzregierung in Catanzaro die Stadt zum »industriellen Krisengebiet und Empfänger staatlicher Investitionsprogramme«.

Mittwoch, 8.9. Der dritte »Tag des roten Phosphors«. Es bleibt ruhig. Die Entscheidung, die Lohnkürzungen bis zu den Verhandlungen am nächsten Montag auszusetzen, wird von den Arbeitern als ein Zeichen des guten Willens gesehen – aber auch nicht mehr. *»Ein Jahr lang können wir täglich so einen Krieg wie diesen machen«*, sagt ein Arbeiter, wobei er auf eine Art »Molotow-Cocktail« zeigt. *»Sie haben uns so oft belogen, aber heute demobilisieren wir nicht. Diesmal darf es nicht sein wie sonst.«* Überall drumherum kontrollieren Polizei und Carabinieri die Zugänge von außerhalb, auch um die »Einschleusung eventueller Provokateure« zu verhindern. Tankwagen des Zivilschutzes stehen zum Eingreifen bereit.



Die Frauen blockieren die Gleise im Bahnhof

Donnerstag, 9.9. Für heute ist ein Generalstreik in Crotone angesetzt. Am Anfang herrschte noch Unsicherheit, ob auch die Stadtverwaltung mitmachen wird. Aber an diesem Tag beteiligt sich die ganze Stadt. Alle Geschäfte bleiben geschlossen. Auch Unternehmer aus der Region beteiligen sich an einer Demonstration von 10 000 Leuten. In den Verhandlungen geht es auch um die Probleme der Zulieferindustrie. Allein durch die Schließung der Produktion bei Enichem sollen 700 weitere Arbeitsplätze in der Stadt und 200 in der Region betroffen sein.

Die Demonstration ist ein Ausdruck der alten Arbeitermacht in dieser Region. Die Leute hier sind stolz auf ihr »rotes Crotone«, das wie eine Insel in einer Region liegt, die sich zunehmend nur noch über Mafia-Strukturen reproduziert. In allem Ernst tönt es aus den Lautsprechern während der Demonstration: *»Wir grüßen die Helden der Arbeit mit einem langen Applaus!«*

Die Gewerkschaft droht mit einem Vollstreik für die Region. Vor der Küste betreibt die Agip Bohrinseln für Erdgas: Diese sollen getroffen werden. Aber auch von diesen sind viele bereits außer Betrieb.

Nicht nur in Crotone widersetzen sich die ArbeiterInnen entschieden dem Rückzug der Großindustrie. Im letzten Jahr ist die Zahl der Arbeitsplätze in der italienischen Großindustrie um fast sechs Prozent zurückgegangen. Im Norden gibt es ähnliche Probleme. Bei Fiat befinden sich immer noch 42 000 in der Cassa Integrazione, im Hafen von Venedig hat man 3000 Arbeiter für überflüssig erklärt, in der gesamten Stahlindustrie stehen weitere Schließungen an. Aber den Süden trifft es besonders hart, weil es hier keine Alternativen gibt. In anderen Fabriken laufen auch schon seit einiger Zeit Kämpfe. In der 1988 privatisierten Textilfabrik von Castrovillari kämpfen die ArbeiterInnen um den Erhalt der Arbeitsplätze. Auch hier waren in der Vergangenheit neue Arbeitsplätze versprochen worden, aber es gab lediglich 210 sogenannte »Ausbildungsverträge« (contratti di formazione), die es den Unternehmern erlauben, Jugendliche mit befristeten Verträgen und dem halben Lohn auszubeuten. In einer Fabrik in San Giovanni del Sud kämpfen die 250 Arbeiter einer Fabrik schon seit Monaten mit Demonstrationen und Straßenblockaden, weil sie keinen Lohn mehr erhalten. Der Kampf in Crotone ist eine Zuspitzung dieser Bewegung. Er wird als das letzte Aufbäumen einer Region gegen ihre Deindustrialisierung betrachtet. Die italienische Presse warnt, Crotone könne der Anfang eines »heißen Herbstes« im Süden sein. Die Ausstrahlung auf den Norden, wo auch Tausende von Cassa Integrazione und Betriebsschließungen betroffen sind, scheint dagegen gering. Für den 25. September haben die Fabrikräte zu einer landesweiten Demonstration in Rom aufgerufen – gegen die industrielle Umstrukturierung und die Sparpolitik der Regierung, die im neuen Haushalt weitere Einschnitte vorgenommen hat. Aber die AktivistInnen des »Heißen Herbstes '92« *(siehe Wildcat 61)* sind desillusioniert.

Die Regionalisierung des Konflikts

Im politischen System versuchen alle, die Karte der Nord-Süd-Spaltung auszuspielen.

Die einen offen: zum Beispiel die Lega Nord, eine rechte Protestpartei, die mit rassistischer Propaganda gegen EinwandererInnen – womit auch SüditalienerInnen in Norditalien gemeint sind – und gegen die angebliche Ausbeutung der norditalienischen Steuerzahler durch den faulen Süden in den letzten Jahren im Norden große Wahlerfolge erreichte. In vielen Städten, wie z.B. Mailand, ist sie inzwischen stärkste Partei . Sie warnt die Regierung, eine Sonderlösung für die Arbeiter bei Enichem sei eine Diskriminierung für die Arbeiter, die im Norden in Cassa Integrazione sind, z.B. die 42 000 bei FIAT. Die Süditaliener seien aufgrund ihrer geringen Mobilitätsbereitschaft selber Schuld an ihrer Situation. Bossi, der Vorsitzende der Lega Nord fordert, keinen Pfennig mehr in den Süden zu stecken. Im Norden befänden sich viele Arbeiter in der gleichen Situation, würden es aber in Ruhe ertragen.

Die anderen versteckt: Gewerkschaft und PDS (die umbenannte KPI) unterstützen den Kampf mit salbungsvollen Worten, beteiligen sich aber indirekt an der Regionalisierung des Konflikts. Sie nehmen die Arbeiter in Schutz, indem sie für die Gewalttätigkeiten des Kampfes eine politische Provokation verantwortlich machen: Man habe in den Verhandlungen kurz vor einer Einigung mit Enichem gestanden, als diese überraschend und unnötigerweise die Einschreiben mit den Versetzungen in die Cassa Integrazione abgeschickt habe. Sie vermuten dahinter eine bewußte Provokation, hinter der die Lega Nord oder das »alte System« (d.h. die Christdemokraten und Sozialisten, die die PDS bei den nächsten nationalen Wahlen abzulösen hofft) stecke, die die Unruhen instrumentalisieren will. Cofferati, der Bundessekretär der CGIL spricht von einer bewußt herbeigeführten »unnützen und völlig kontraproduktiven Dramatisierung« des Konflikts. Gleichzeitig warnen sie davor, der berechtigte Protest der Arbeiter könne zu »südlichen Jacquerien« führen, und spielen auf das fürstenfeindliche Banditenwesen dieser Region im Mittelalter an – als gleiche die Situation der Enichem-ArbeiterInnen nicht der von ArbeiterInnen in weiten Teilen Europas und als sei ihre Militanz ein ethnologisches Problem.

Ironisch schildert die Presse die Distanz zwischen den kämpfenden Arbeitern und den Kräften der politischen Vermittlung: *»Ein Mann nähert sich den Arbeitern. Er ist gut gekleidet mit blauem Blazer und Krawatte – anscheinend ein Modell von Valentino. Es stellt sich heraus, daß es Umberto Minopoli ist, der Industriebeauftragte der PDS. Alle schauen ihn überrascht an. Wo kommt der denn her? Die Arbeiter haben sich seit vier Tagen nicht gewaschen, nichts gegessen. Und mit wem haben sie es da zu tun? Minopoli spricht nur ein paar Worte: 'Ich drücke euch die Solidarität der Partei aus. Ich erwarte, daß Initiativen kommen, die Investitionen in der Zone mit sich bringen.'«*

12.9.1993

(Unsere Informationen beruhen bisher hauptsächlich auf italienischen Presseberichten.)

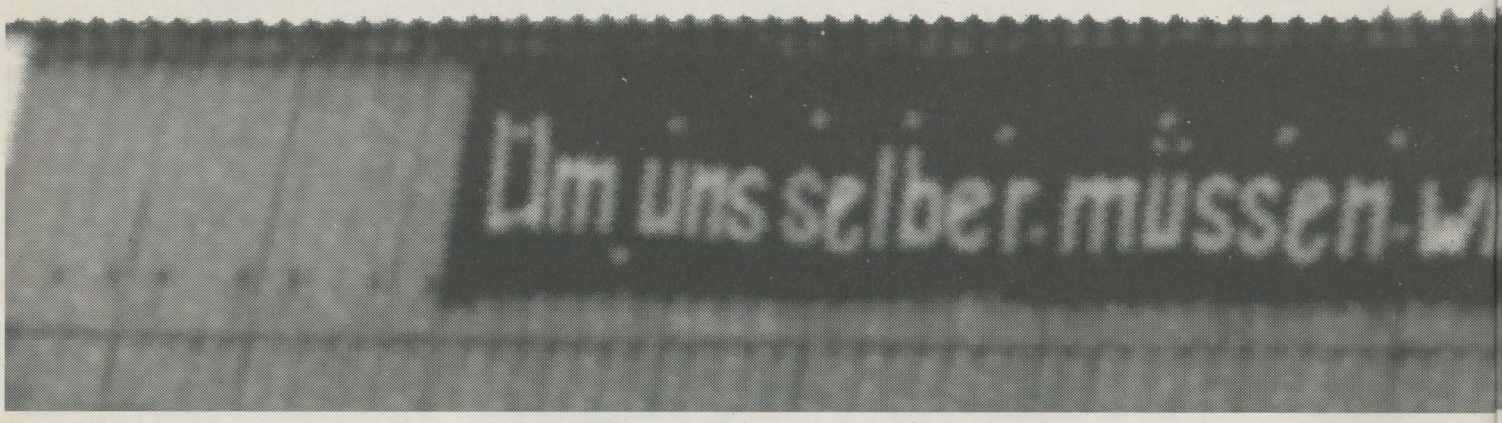
GANZ DEUTSCHLAND STARRT WIE DAS KANINCHEN IN DAS AUGE DES KAPITALISTISCHEN ROLL-BACK. GANZ DEUTSCHLAND?

Bischofferode:

Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht

Die BASF hatte sich das so schön gedacht. Der Kali-Fusionsvertrag beseitigt nicht nur einen der großen Konkurrenten (die DDR war der drittgrößte Kali-Produzent der Welt), sondern verhilft ihr zur Sanierung ihrer schon lange nicht sehr profitträchtigen Tochter Kali+Salz AG. Zusammen mit der Mitteldeutschen Kali AG wird unter deren Namen ein neuer Ostbetrieb entstehen, in den die Treuhand 1,3 Milliarden DM einbringt und die BASF die Teile der K+S, die Verluste bringen. Die BASF wird Mehrheitsaktionär, dennoch wird die Treuhand alle entstehenden Verluste bis 1997 zu 80 bis 90 Prozent übernehmen. Im Ganzen also das übliche Abzocken des Staates durch Westkapitalien, Teil des unendlichen Skandals Treuhand. Vielleicht aber auch mehr. Es ist wahr, daß es große Überkapazitäten auf dem Kali-Weltmarkt gibt. Es ist deshalb möglich, daß der Fusionsvertrag die Abwicklung der gesamten deutschen Kaliindustrie vorbereitet.

Sieben Gruben in den neuen Bundesländern sind ohne große Schwierigkeiten geschlossen worden. Deshalb hat sich niemand, auch die Gewerkschaft nicht, Gedanken um Bischofferode gemacht. Eine Nachlässigkeit, die sich nun gerächt hat – der aufsehenerregendste Arbeitskampf in diesem Jahr findet weitgehend ohne die üblichen Vermittlungsversuche der Institutionen des politischen Systems statt.



Sonntag morgen, dreiviertel Zehn: fast Alle in den Dörfern rund um Worbis sind unterwegs. Die Frauen und Kinder haben das Gesangbuch in der Hand. Die Wirtschaften haben schon geöffnet, sie werden sich noch während der Messe mit den Männern füllen, die sich zum Frühschoppen treffen. Das Eichsfeld ist katholisch, es war schon immer vergessene Provinz. In den letzten Jahrzehnten war es außerdem so etwas wie ein »Zonenrandgebiet«.

Man fährt von Brehme nach Holungen und plötzlich liegt sie da, fast so groß wie die Hügel ringsum: die Abraumhalde. Mitten im Land der Kleinbauern, der Kirche, des Dorftratsches ein fürchterliches Monument moderner Industrie.

»Realismus« – jener Realismus der linken Gewerkschafter, die das Geschäft kennen und wissen, was jeweils drin ist (im Moment würden sie wohl sagen: Nichts) und in diesem Punkt sehr wohl den übergroßen Teil der Arbeiterklasse in Deutschland repräsentieren – dieser Realismus stand nicht Pate beim Kampf der Bischofferoder. »*Wenn wir gewußt hätten, wie lange sich das hinzieht...*« Diesen Halbsatz hört man oft im Kaliwerk. Vollendet wird er nicht.

Auch wenn sie nie eine realistische Chance hatten, ihren Schacht, d.h. ihre bisherigen Lebensbedingungen zu retten, sie hatten keine andere. Nichts zu verlieren, nennt man das. »Schacht zu« heißt 6200 Mark Treuhandabfindung (vielleicht für wenige etwas mehr), arbeitslos, wegziehen (wohin?), schlechtere Jobs... vor allem, wie so oft, für die Frauen.

Ein so verbissener Kampf für so bescheidene Forderungen: weiterarbeiten dürfen, »Chance in der Marktwirtschaft«, Ausbeutung durch einen kleinen Kapitalisten? Für Ostlöhne, wo ein Bergarbeiter für Schichtarbeit unter Tage grade mal 1800 DM rauskriegt? Noch nicht mal solche Deals will das politische System. Moderne Zeiten. Die alten Konzentrationen von industrieller Arbeit und Arbeitermacht in den neuen Bundesländern müssen plattgemacht werden, um die Neue Weltordnung, d.h. auch neue Formen von Arbeit und Ausbeutung durchsetzen zu können.

22 000 Arbeitsplätze sind allein in den thüringischen Kaliwerken, davon 1200 im Werk Bischofferode, schon abgebaut worden. Viele der KollegInnen haben erst 3000 Mark Abfindung bekommen und prozessieren um die andere Hälfte. Sieben Gruben wurden geschlossen. Bischofferode stand lange Zeit nicht auf der Liste; als dann im letzten Dezember die Schließungsabsicht bekannt wurde, besannen sich die Kali-WerkerInnen auf den Rest dessen, was mit der Deindustrialisierungspolitik der Treuhand zerstört werden soll: die Stärke, die aus ihrer produktiven Zusammen-Arbeit kommt. Wer zusammen arbeiten muß, kann auch zusammen kämpfen.

Die klassische Waffe der ArbeiterInnen, der Streik, ist ziemlich stumpf, wenn es gegen eine Werksschließung geht. Nach Demonstrationen, Autokorsos usw. haben sie mit Hungerstreik und vor allem der Werksbesetzung auch die Medien aufhorchen lassen. Sie haben tatsächlich eine Zeit lang das Werk *in Besitz* genommen. Sie haben bestimmt, wer rein darf und vor allem, wer nicht. Jetzt, nach dem Ultimatum der MDK, ist die Werksbesetzung vor das Tor verlagert worden... Dennoch ist der Kampf im Kali-Werk immer noch viel mehr als eine medienwirksame Inszenierung von symbolischen Handlungen.

Nachdem sie selbst bei der Schließung des Schachtes in Merkers den dortigen KollegInnen nicht viel Unterstützung gegeben hatten, haben sie selbst von Anfang an großen Wert auf »Solidarität« gelegt, was nicht das Mitleid mit Opfern, sondern das Kämpfen aus ge-

Zurück in die Zukunft

meinsamer Interesse meint. Sie waren und sind politisch und auch sehr praktisch-organisatorisch das Zentrum der Bewegung »Bischofferode ist überall«. Diese Bewegung kommt spät für Ostdeutschland; sie kommt früh, vielleicht noch vor dem Höhepunkt des Krisenangriffs, für Westdeutschland. Vielleicht zu spät und zu früh, um wirklich schon an sich die neue Wende zu sein.

In Deutschland-Ost beziehen sich die angegriffenen Belegschaften und viele Menschen wie selbstverständlich auf »Bischofferode«. Es gibt ähnliche, weniger spektakuläre Kämpfe in Zella-Mehlis (Kugelfischer), in Suhl (Jagdwaffen), in Kahla (Porzellan), Rudolfstadt (Chemiefaser Schwarza)... und vielleicht demnächst bei der Spinnerei in Leinefelden, wo von ehemals 2000 nur noch 300 arbeiten und vielleicht bei der Waggonbau in Ammendorf. Von einem Flächenbrand zu sprechen, wäre aber maßlos übertrieben. Treuhand-Politik und Krisenangriff kombinieren sich, um Kämpfe umso aussichtsloser erscheinen zu lassen.

Und im Westen? Noch lassen sich keine Massen auf entsprechende Demos mobilisieren, noch bezieht sich keine Belegschaft auf Bischofferode. Auch die Anzahl der Solidaritätserklärungen mit den Bischofferodern ist in Wirklichkeit ziemlich klein. Bischofferode ist nur insofern überall, wie überall abgebaut, lohngesenkt, arbeitsintensiviert wird. Da sind zuerst mal die Verständigungsschwierigkeiten zwischen Ost und West. Treuhand? Fusionsvertrag? Hungerstreik? Kampf für Arbeit? Damit hat Mensch in der alten BRD wenig am Hut. Dahinter stecken sicher auch einfache Mißverständnisse und Informationslücken, die – auch durch den Kampf der Bischofferoder – überwunden werden können. Aber damit ist das Problem mit der »Mauer im Kopf« nicht gelöst. Es ist sehr viel grundsätzlicher. Es resultiert aus der grundlegend anders gearteten Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Ost und West.

Die Bischofferoder repräsentieren eine ArbeiterInnenfigur, die es so im Westen nicht gibt. Einheimisch, bodenständig, sehr lange in der Firma, Handwerkerausbildung, verbunden auf vielerlei Ebenen mit den KollegInnen, der Fabrik und der Arbeit. Sie erinnert ein wenig an die Geschichten von vor oder kurz

nach dem 2. Weltkrieg – das bedeutet aber nicht, daß es keine Entwicklung im Klassenkampf der DDR gegeben hätte. Während im Westen der Kapitalismus die Kämpfe (vor allem 1968 und 1973) in neue Formen der Verwertung umdrehen konnte, versuchte das Regime im Osten diese Kämpfe zu unterdrükken. Durchaus erfolgreich; es gab zwischen dem Juni 53 und dem Sommer 89 keine spektakulären Bewegungen mehr in der DDR. Die Folge war, daß sich der Klassenkampf im Wesentlichen auf die Ebene der alltäglichen Arbeit zurückzog. Arbeitszurückhaltung, sich einzeln oder im Rahmen der Brigaden durchwursteln... Die ArbeiterInnen in der DDR waren sicher erfolgreicher, mit großer Rigidität die Standards von Arbeitsgeschwindigkeit und Lohn zu verteidigen. Sicher gibt es solche ArbeiterInnen auch im Westen – aber sie sind nicht mehr bedeutend im politischen Sinn. In den 60ern wurde eine andere Figur maßgebend: Der meist eingewanderte, ungelernte Massenarbeiter an den Fließbändern. Inzwischen ist auch dieses Bild am Verblassen: Es gibt noch Fließbänder, aber da stehen mehr

Aktionstag am 1.8.93

und mehr Facharbeiter, deren Traum weder aus der lebenslangen immer gleichen Arbeit, noch aus dem Geschäftchen daheim in Anatolien besteht. Noch ist die politisch vorherrschende ArbeiterInnenfigur der 90er nicht hervorgetreten und deshalb nicht genau zu bestimmen. Es scheinen aber ein relativ hohes Qualifikationsniveau (nicht unbedingt bezogen auf den gerade ausgeübten Job im engeren Sinn, sondern vor allem im Sinn von Kooperationsfähigkeit, Organisationstalent, Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen, etc), Internationalität (Farbe des Passes und Lebensmittelpunkt müssen nicht übereinstimmen), Individualität, Fremdheit gegenüber Institutionen – Gewerkschaften und Parteien – stärker als früher hervorzutreten.

Der letzte große Kampf – und die letzte große Niederlage – jener bischofferoder Arbeiterfigur im real existierenden Kapitalismus war der englische Bergarbeiterstreik 1984. Die Angliederung der DDR, in der die Uhren der Geschichte anders gingen, führte nun zu einer historisch einmaligen Situation: Arbeiterklassen mit unterschiedlicher Geschichte und Zusammensetzung sind miteinander konfrontiert. Der Kapitalismus zwingt die realsozialistische Arbeiterschicht' mit Gewalt auf die Höhe *seiner* Zeit und löst sie dabei auf. Mit Schwierigkeiten, die größer sind als das Problem Bischofferode.

In Deutschland-West ruft diese in ihrer Hektik so überraschende »Wirtschaftskrise«, der Umfang und die Frechheit der damit verbundenen Angriffe auf Verhältnisse, die noch vor einem Jahr als selbstverständlich galten (und kein Ende in Sicht) im Moment offensichtlich noch mehr Angst als Wut hervor. Welcher Aniliner (so nennen sich die BASF-Beschäftigten) wagt sich unter solchen Umständen mit einer Soli-Demonstration in den Bereich der BASF-Überwachungskameras am Tor 1? (Es waren genau drei und zwei Anilinerinnen).

Die Bischofferoder machen jedenfalls klar: ArbeiterInnenkampf ist möglich. Unter allen Umständen. Dazu muß niemand gefragt werden. Die Institutionen des politischen Systems werden dazu nicht gebraucht. In diesem Sinn ist es ein höchst moderner Kampf, der in Deutschlands tiefer Provinz ausgebrochen ist. Unabhängig, souverän, politisch, aber ohne Bezug auf Institutionen, mit einem großen Anteil individueller Spontaneität. Eine geradezu sensationelle Offenheit und Diskussionsfreudigkeit gegenüber Leuten von außen (die sie sich auch von den Medien nicht ausreden lassen), ohne sich vereinnahmen zu lassen. Diese uns so unzeitgemäß anmutende Arbeiterschicht hat möglicherweise Kampfformen und vor allem eine Haltung zum Kampf gefunden, die den ProletarierInnen der 90er gefallen werden. Er wird seine Auswirkungen auf den Klassenkampf haben. So oder so.

Gerade deshalb ist es so wichtig, wie es in Bischofferode weiter geht. Der Hungerstreik bröckelt ab, es sind nur noch wenige Kumpel dabei. Die Werksbesetzung ist nurmehr symbolisch. Das Interesse der Medien läßt rapide nach. Die einen machen auf Optimismus, was die Nichtschließung des Schachtes betrifft und setzen auf die EG-Kartellbehörde. Dabei lehnen sie jede Diskussion über andere Forderungen ab. Die anderen stehen in ihrer Freizeit vorm Tor und überlegen, jeder für sich, ob es wohl besser ist, die Abfindung zu nehmen (von der noch nicht klar ist, ob es mehr wird als die 6200 Mark) oder ohne Abfindung in die GVV (Gesellschaft zur Verwertung und Verwahrung von Bergwerken) für ein einziges garantiertes Jahr zu gehen. Der Kampf steht an einer entscheidenden Wende. Es gibt keine sichere Empfehlung von außen. Sicher ist nur: Wenn sich diese beiden Haltungen noch lange so streng und ohne offene Diskussion gegenüber stehen bleiben, dann wird dieser Kampf viel von seiner Überzeugungs- und Schlagkraft verlieren. Dann wird die Zahl der Aktiven kleiner werden. Dann werden sich Auflösungs- und Abwanderungstendenzen breitmachen. Das wäre ein Desaster – nicht nur für die Kali-WerkerInnen in Bischofferode.

Das politische System steckt in einem Dilemma. Am besten hat dies der Treuhand-Manager Schucht gesagt: Wenn man den Hungerstreik in Bischofferode nicht breche, *»wie will man dann in Deutschland noch Veränderungen bei den Arbeitsplätzen durchsetzen?«* Nachgeben, um dann mit immer neuen »Ansprüchen« konfrontiert zu sein? Oder das Problem Bischofferode mit Gewalt beenden, um sich dann erst recht die Feindschaft der Menschen, mindestens in Deutschland-Ost, zuzuziehen? Bis jetzt haben Regierung und Treuhand unsicher reagiert. Einerseits wurde versucht, mit Polizeiprovokationen bei den Demos in Berlin und Erfurt, dem Ultimatum zur Beendigung der Werksbesetzung und dem Riesen-Polizeieinsatz unter dem Vorwand eines Nazi-Aufmarsches die KollegInnen weichzukochen. Andererseits wurde verhandelt, Versprechungen gemacht (die immerhin schon weitergehender sind, als sie anderen Belegschaften gemacht wurden), aber das alles hat nicht wie gewohnt funktioniert: die Bischofferoder lassen sich nur wenig beeindrucken. Jetzt hat sich die Regierung mit der formellen Verlagerung einer Entscheidung auf EG-Gremien eine Atempause verschafft. Es wäre allerdings eine ziemlich naive Illusion zu meinen, die Entscheidung würde tatsächlich von unvoreingenommenen EG-Bürokraten getroffen. Sie wird nach wie vor in Bonn (Regierung), Berlin (Treuhand) und Ludwigshafen (BASF) fallen. Und sie wird abhängen davon, was sich die ArbeiterInnen in Bischofferode gefallen lassen... und ob sich »Bischofferode ist überall« von der Arbeiterklasse in Deutschland in Widerstand gegen den kapitalistischen Krisenangriff darstellen läßt.

3.9.93

Salz und Würde:

Eine Kaliarbeiterin im Kampf

Wally ist 36 Jahre alt, geschieden, hat einen siebzehnjährigen Sohn und ist gelernte Spinnerin.

Ihr Lehrbetrieb, die Spinnerei in Leinefelde, die sie dort die »Spinne« nennen, steht nur 25 Kilometer vom Schacht entfernt. Früher hatten sie dort eine Stammbelegschaft von ungefähr 2000 ArbeiterInnen. Heute sind es noch 300, und das Werk steht vor der Schließung. Sie erzählt vom Arbeitsdruck in der »Spinne«: *»...dort zu arbeiten war hart. Dein Arbeitstempo war bestimmt vom Rhythmus der Maschinen. In einer Schicht sind wir Kilometer gerannt. Im Hinterkopf hatten wir immer das schwarze Brett. Darauf wurden mit Namen unsere Fehler öffentlich notiert und auch, was das an Lohnabzug brachte.«* Ein reiner Frauenbetrieb. Höchstens Handwerker, aber auch nicht alle, waren männlich. Und die Chefs natürlich. Die ganze Maloche im rollenden Schichtsystem. Nachdem ihr Sohn geboren war, konnte und wollte sie diesen Streß nicht mehr. Sie verließ die Spinne und ging in das modernste Werk der Umgebung, in den Schacht.

Seit nunmehr neun Jahren arbeitet sie im Kaliwerk Bischofferode. Zuerst war sie in der Küche, seit fünf Jahren schafft sie an der Abfüllanlage. Das ist ziemlich harte Arbeit, aber sie fühlt sich dadurch emanzipiert und betont vielfach, es mache ihr Spaß. Nachgefragt, wie denn so eine schwere Arbeit auch noch Spaß machen könne, kommt sie auf der Schiene »Arbeit und Menschenwürde«. Wir hören sehr genau zu und kommen zu dem Schluß, es ist vielleicht gar nicht so sehr die Arbeit an sich, die ihnen da den Spaß am Leben und täglichen Kommen bringt, sondern das Zusammensein mit Menschen, die man kennt, von denen man weiß, was man von ihnen zu halten hat. Alle wichtigen persönlichen Belange werden gemeinsam erörtert und bewältigt. Das geschah und geschieht ohne offizielle Steuerung, sondern aus einem ausgeprägten Zusammengehörigkeitsgefühl heraus. Daraus entwickelte sich ein Klima gegenseitigen Vertrauens. In den Gruppen, Brigaden, Abteilungen, Belegschaften entstanden Zusammenhänge und Zusammenhalt, auch gegen äußere Zwänge und Vorgaben. Das ist den KollegInnen wichtig; darin sehen sie auch den größten Unterschied zu den Verhältnissen im Westen.

Nachdem die erste große Welle der Entlassungen auch Bischofferode getroffen hatte, wurde es zur allgemeinen Erfahrung, was es bedeutet, ohne diese sozialen Kontakte, die einen wesentlichen Lebensinhalt dargestellt haben, zu leben. Wally sagt selbst dazu: *»...Arbeitslos kann und will ich nicht sein. An das Ausschlafen könnte ich mich wahrscheinlich schnell gewöhnen, eine Betätigung finde ich immer, aber das wär halt keine Arbeit...«.*

Arbeit verbindet sich bei Wally, und nicht nur bei ihr, mit Schaffen in der Industrie. Im Eichsfeld scheint Anschluß an Modernität und an die Welt nur über Industriearbeit möglich. Die Kalikumpel empfinden spontan und sehr deutlich, die Schließung des Schachtes wird die Region in Bedeutungslosigkeit und Armut zurücksinken lassen. Ihr Arbeitskampf richtet sich also nicht nur gegen Kahlschlagpolitik, sondern auch sehr direkt gegen Vereinzelung in der Arbeit und menschliche Isolation. Das Leben in der entfernten Großstadt ist für Wally keine Alternative. Wünsche und Vorstellungen an die Zukunft sind gebunden an Haus, Auto, Garten, den Schacht und an tätige, schaffende (Hand)arbeit. Deutlich wird das besonders, als Wally sagt: *»...studieren? Ist nichts für mich. Ich muß unter meinen Händen etwas wachsen, entstehen sehen. Studieren können ja Andere, ich will das nicht, ich bin nicht dafür geschaffen.«*

Sie hat ein völlig ungebrochenes Verhältnis zu ihrer Arbeit, zu ihrem Produkt. Geradezu schwärmerisch erzählt sie von »ihrem Kali«. Wie es aussieht, wenn es aus dem Berg kommt, wie weiß und clean es ist, wenn sie es abfüllt. An mehreren Stellen im Werk waren uns Transparente mit der Aufschrift: *»Unser*

Kali – Brot für die Welt« aufgefallen. Wir bringen das Gespräch darauf. Unser Argument, Kali erzeugt Hunger, weist sie zuerst von sich. Aber, das halten hier alle so. Sie haben sich einfach noch nicht damit beschäftigt, auf welche Art Agrarproduktion funktionieren muß, damit Mineraldünger zum Einsatz gebracht werden kann. Noch sehen sie den Zusammenhang zwischen weltmarktorientierter Monokultur und Vernichtung von Ernährungsgrundlagen in der Dritten Welt nicht. Wir reden darüber, sie wird nachdenklich und meint, sie lasse sich das nochmal durch den Kopf gehen.

Als wir über das Ultimatum der Mitteldeutschen Kali AG an die Werksbesetzer reden, wird sie wütend. *»Die spinnen ja wohl. Wir haben außer den Fusionsheinis gegen niemanden Druck ausgeübt. Wir haben besetzt und gearbeitet. Soll'n sie uns doch lassen!«*

Wenn man in Bischofferode über das Ultimatum spricht, dann spricht man auch vom Bulleneinsatz gegen die Faschos. *»Soviel Polizei auf einem Haufen habe ich noch nicht gesehen. Wir waren dreifach abgeriegelt. Leute von uns sind an die Absperrung gefahren und haben denen, die von dem Sperriegel überrascht worden sind, geholfen, wieder in den Ort zu kommen. Das war Irre. Hubschrauber, Wasserwerfer, Unmengen an uniformierter Bewaffnung...«* Wir reden lange über den »Anlaß« der Bullen, ihr Verhalten vor Ort, ihre Menge. Dann sagt Wally: *»Mensch, die haben die Räumung trainiert. Klar. Soviele Faschos waren ja nun auch nicht unterwegs. Da wären ja mindestens zehn Bullen auf einen Fascho gekommen.«*

Im Verlaufe unseres Gespräches lerne ich auch den Sohn von Wally kennen. Azubi im Straßenbau, Freizeitschrauber und, wie er sagt, rechts orientiert.

Auswirkungen von Bischofferode spürt er auf Arbeit sehr direkt. Er muß auch Samstags arbeiten und Überstunden schieben. Der Meister schiebt, als Stillhalte, die Werksbesetzung vor. *»Soweit käme es bei ihm nicht.«* Ringo ist keiner, der stillhält. Vor Kurzem hat er eine Abmahnung gekriegt, weil er eben diesem Meister (*»Dem Arschloch«*), die Schaufel in's Kreuz gedrückt hat. Rechts sei er, weil er dort Zusammenhalt erleben könne, weil in der Gruppe etwas passiert. Nö, gegen Ausländer seien sie nicht. Ringo wohnt bei seiner Freundin. Das Gegreine und Abhetzen von seinem Alten, gegen die Kalikumpel, hat er nicht mehr anhören können.

Er besucht fast jeden Tag Muttern im Werk. *»Schade, daß man unter achtzehn nicht hungerstreiken darf. Dann läge ich auch hier, neben Mutter. Finde ich Spitze von ihr und den anderen. So muß es sein.«*

Die Fusionsheinis

Die »Fusionsheinis«, das sind für die Kalikumpel die Gewerkschaft IGBE, die MDK, Kali und Salz, die Treuhand und natürlich die BASF. Sie haben ohne Gewerkschaft und damit auch gegen die Gewerkschaft ihren Kampf begonnen und werden ihn auch weiter so führen. Genau dieser Fakt macht das Neue von Bischofferode aus.

Die Belegschaft ist aus eigener Kraft in den Arbeitskampf gegangen. Das hat sie zu einem Zeitpunkt getan, der in den neuen Bundesländern den Nerv vieler Menschen und zwar über den Rahmen von Betriebsbelegschaften hinaus getroffen hat.

Die anfänglich regionale Solidarität hat sich relativ schnell in der Ex-DDR ausgebreitet. Der Traum von der flächendeckenden Solidarität in ganz Deutschland hat sich aber trotzdem bis jetzt nicht erfüllt.

Dennoch haben die Kalikumpel es geschickt verstanden, Kontakte aufzunehmen mit Betrieben, die in ähnlicher Lage sind. Dadurch konnten sie erreichen, daß bestimmte Aktionen koordiniert wurden.

Bei der Betrachtung eingeforderter und geleisteter Solidarität muß vor allem die Rolle der sich daraus entwickelnden ostdeutschen Betriebsräteinitiative Ostwind und der anderen Einzelgewerkschaften beachtet werden.

Über diese Schiene kam es im wesentlichen auch zur Konstitution der Solidaritätskomitees. Einerseits hat sich hier eine Struktur herausgebildet, die es ermöglichte, den Kampf zu verbreitern. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß gerade die Gewerkschaften hier die passende Hintertür sehen, um in diesen Arbeitskampf 'ordnend' einzugreifen.

Bis jetzt haben die Bischofferoder es verstanden, solche Versuche von Vereinnahmung abzuschmettern. Wie sich das in Zukunft darstellen wird, bleibt abzuwarten.

Bischofferode – eine kleine Chronologie

Stand: 12.9.93

1525 »Eichsfeldzug« Thomas Müntzers während des Bauernkrieges

17. + 18. Jh. Hausweberei

19. Jh. Elend, Auswanderung

1848 Bauern und Arbeiter stürmen die Worbiser Zwangsarbeitsanstalt

1909 Erster Spatenstich für den Schacht

1919 Streik für Lohnerhöhungen

1920 Beteiligung am Generalstreik gegen den Kapp-Putsch

1929 Betriebsrat verhindert Schließung des Schachtes mit dem Hinweis auf neuentdeckte Lagerstätten

nach 1949 Schacht Bischofferode wird zum modern ausgerüsteten Exportbetrieb

1989 Im Kaliwerk Bischofferode findet der erste Streik mit vorhergehender Urabstimmung in der Geschichte der DDR statt. Es werden 400 Mark mehr Lohn für alle Kaliwerker durchgesetzt.

nach der Wende Arbeitsplatzabbau auch in Bischofferode. Von ehemals 1900 wird auf jetzt 700 in mehreren Wellen abgebaut. Zuerst müssen diejenigen gehen, die – wie in vielen DDR-Betrieben üblich – betriebsfremde »Konsumgüter«, in diesem Fall Teile für die Produktion des Wartburgs, produziert haben (etwa 140). Diese KollegInnen kriegen noch eine relativ hohe Abfindung, bis 14 000 Mark. Dann werden die Sozialeinrichtungen und die Ferienhäuser geschlossen; der Baubetrieb wird an die Firma Heitkamp gegeben; ebenso andere Instandhaltungsarbeiten, die z.t. von jetzt selbstständigen ehemaligen Betriebshandwerkern gemacht wird. Aber es wird auch Arbeit verdichtet; die Auskünfte darüber waren unklar. Teilweise wird dies wohl durch Sonderschichten und zweitweise Kurzarbeit 1992 abgefangen worden sein. In den Kernbereichen wird klassisch durch Vorruhestand (Knappschaftsverrentung) und nach »sozialer Auswahl« abgebaut: Viele junge KollegInnen werden entlassen. Gleichzeitig wird investiert, z.B. in eine neue Sicherheitsanlage.

3.7.92 Ministerpräsident Vogel sagt, daß Bischofferode bleibt.

Okt.92 Treuhand-Auskunft: Bischofferode wird nicht geschlossen.

Spätjahr 92 Die Belegschaft der Grube Merkers protestiert gegen die Schließung, gibt aber bald wieder auf.

10.12.92 Schließungsabsicht wird bekannt, Beginn des Arbeitskampfes

24.12.92 Großkundgebung vor dem Werkstor mit viel kommunaler, kirchlicher und Landesprominenz.

18.1.93 Teusch (MDK) und Schucht (Treuhand) zu Landrat und Betriebsrat: »*... wenn Sie einen Käufer finden, dann bitteschön...*«

12.3.93 Protestkundgebung in Bonn mit mehr als 1000 Teilnehmern. Die ArbeiterInnen zahlen noch alles aus eigener privater Tasche.

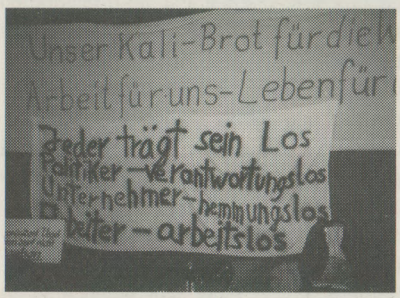
31.3.93 Vogel berichtet der Treuhand, es habe sich ein Käufer gefunden (Speditionsunternehmer Peine).

7.4.93 Werk wird bei laufender Produktion besetzt. Vier Kollegen hatten dazu in einem Flugblatt aufgerufen. Die Besetzung wird schnell organisiert. Zusätzlich zu den acht Stunden Arbeit bleiben die KollegInnen weitere acht Stunden im Werk.

8.4.93 Bürgermeister der Kommunen sperren die B 80 an mehreren Stellen.

Ostern 93: mehrere Gottesdienste über und unter Tage

21.4.93 40 KollegInnen im Landtag in Erfurt



23.4.93 Kundgebung in Düsseldorf gegen den Treuhandbeschluß für den Kalifusionsvertrag. Der Fusionsvertrag sieht vor, daß die BASF-Tochter Kali und Salz AG (oder Teile davon, das weiß man nicht so genau) mit dem Treuhandbetrieb Mitteldeutsche Kali AG zum neuen Ostbetrieb (was z.B. Sozialpläne verbilligt!) Mitteldeutsche Kali AG fusioniert. Die Mehrheitsbeteiligung erhält die K+S, die Treuhand bringt aber nicht nur 1,3 Milliarden DM als Mitgift ein, sondern übernimmt auch bis 1997 alle Verluste, egal wo sie entstehen, zu 90 bis 80 Prozent. Alle ostdeutschen Gruben bis auf Zielitz und zwei westdeutsche Gruben sollen geschlossen werden.

27.4.93 Autokonvoi mit 120 Autos nach Kassel zur Aktionärsversammlung der K+S

1.5.93 Großkundgebung an ehemaliger Grenze gegen Treuhandpolitik

17.5.93 Protestkundgebung vor der Treuhand in Berlin mit 400 Kali-WerkerInnen aus Bischofferode. Sie enttarnen mindestens einen Provokateur als Polizist in Zivil. Vier Kumpel werden verhaftet. Die anderen ziehen vor die Polizeiwache und geben erst Ruhe, als ihre Kollegen wieder frei sind.

23.6.93 Bischofferoder schicken Abordnung nach Schwerin, um sich an einer Demonstration der Belegschaft der Deutschen Seereederei vor dem Landtag zu beteiligen.

1.7.93 Aufgrund der nochmaligen Option der Treuhand für den Fusionsvertrag entschließen sich die Bischofferoder zum Hungerstreik. Zwölf Kumpel nehmen Urlaub und fangen sofort an, in kurzer Zeit sind es 40. Kommunen im Südharz, darunter die Stadt Worbis, schließen am 2.7. symbolisch die Verwaltungen.

8.7.93 Abordnung fährt nach Rudolfstadt zur Faser AG Schwarza

10.7.93 Aktionstag in Bischofferode

14.7.93 Sondersitzung des Landtages. In Erfurt demonstrieren 500 Kaliwerker. Wieder kommt es zu Provokationen durch Polizeispitzel. Am gleichen Tag ist eine 60 Menschen große Delegation in Bonn. Ihre VertreterInnen werden von der Bundestagspräsidentin und dem Kanzleramtsminister empfangen. Bundesregierung verspricht Alternativarbeitsplätze bis Ende '95.

16.7.93 Urabstimmung für Fortsetzung des Arbeitskampfes (535 dafür, 50 dagegen). Erste Frau im Hungerstreik.

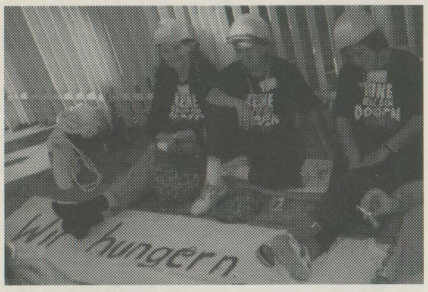
17.7.93 Aktionstag mit mehr als 3000 Teilnehmern. Landesregierung verspricht Ersatzarbeitsplätze über 1995 hinaus, notfalls in einer zu gründenden Landesgesellschaft. Konkreter werden die Versprechen nicht.

20.7.93 IGBE fordert in einem internen Brief ihre Funktionäre auf, sich nicht an Solidaritätsaktionen zu beteiligen und auch die Mitglieder auch anderer Gewerkschaften davon abzuhalten.

23.7.93 Entwicklungsgesellschaft »Südharz-Kyffhäuser« gegründet.

28.7.93 Kundgebung in Zella-Mehlis (Kugellagerfabrik)

29.7.93 Drei hungerstreikende Frauen fahren spontan nach Ludwigshafen und ketten sich an BASF-Tor. Forderung ist die Offenlegung des Fusionsvertrages.



1.8.93 Internationaler Aktionstag in Bischofferode mit mehr als 12 000 Teilnehmern (sagen die Veranstalter, nach unseren Beobachtungen waren es erheblich weniger). Konferenz von Betriebsräten und »linken Gewerkschaftsvertretern« beschließt Großdemo am 4.9. vor der Treuhand in Berlin. 50 Berliner ketten sich in einer Solidaritätsaktion an das Brandenburger Tor.

Juli+August 93: Viele, viele kommen nach Bischofferode, endlich auch aus dem Westen, wenn auch langsam. Sie alle dürfen das Werk betreten, sogar unter Tage fahren. Andere rufen an, schicken Briefe oder Faxe – aus allen Erdteilen. Nur wenige Organisationen mit einiger Bedeutung sind darunter (z.B. die englische Bergarbeitergewerkschaft NUM und die brasilianische Chemiegewerkschaft im CUT); ebenso nur wenige Belegschaftsvertreter (z.B. BRs oder Vertrauenskörper) von halbwegs wichtigen Betrieben aus dem Westen. Inzwischen ist wohl fast eine halbe Million an Spendengeldern zusammengekommen. Eine öffentliche Verbrennung der Gewerkschaftsbücher wird geplant, von den Leuten der Ostwind-Initiative aber verhindert.

4.8.93 Ultimatum der MDK: Betriebsfremde Personen, Hungerstreikende und Werksangehörige, »welche keine betriebsnützlichen Tätigkeiten verrichten«, sollen bis 20.8. das Betriebsgelände verlassen. Ansonsten würde die Produktion nicht wieder nach den Werksferien angefahren.

6.8.93 Werksversammlung lacht über Ultimatum und beschließt Aktionstag für den 21.8.93. Demovorhaben 4.9. in Berlin wird dafür gestrichen. Bundeswirtschaftsminister Rexrodt entzieht dem bundesdeutschen Kartellamt die Prüfung des Fusionsvertrages. Überprüft wird er nun von der EG-Behörde.

8.8.93 Rexrodt warnt davor, solche Versprechungen von Ersatzarbeitsplätzen »einreißen zu lassen«. Es wird bekannt, daß die BASF in der Südthüringischen Grube Unterbreizbach bereits Klärschlammrückstände einlagert. Bischofferoder lehnen weitere Gespräche mit der IGBE ab.

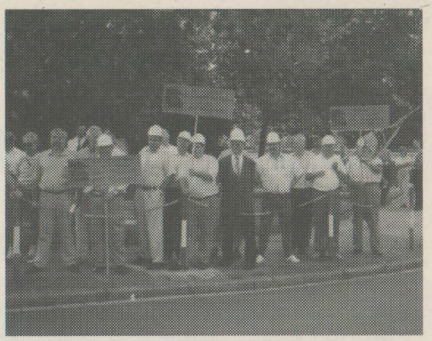
11.8.93 Solidaritätskomitees in Kassel und Ludwigshafen/Mannheim werden gegründet. In Ludwigshafen auf einer öffentlichen Veranstaltung mit Leuten aus Bischofferode. Einen Überblick über die ganze Soli-Bewegung gibt es nicht. Jedenfalls fahren mehrere Abordnungen aus Bischofferode von einer Veranstaltung zur anderen – in Ost und West.

13.8.93 Hungerstreikende Frauen sammeln zusammen mit dem Solidaritätskomitee in Dresden mehrere Tonnen überflüssige Arbeitsmittel und verteilen dafür »Freifahrtscheine in die Marktwirtschaft«. Das Zeug wird später zusammen mit Salz vor die Treuhand gekippt.

15.8.93 Neonazis planen angeblich, sich in Bischofferode zu treffen. Mehr als 5000 Bullen sperren das Gebiet großräumig ab und besetzen das Werk. Die Neonazis demonstrieren dann unbehelligt in Fulda.

16.8.93 Der für Wettbewerbsfragen zuständige EG-Kommmissar meldet »ernsthafte Bedenken« gegen den Fusionsvertag an.

17.8.93 Demonstration in Berlin vor der Treuhand (500 Teilnehmer) und in Ludwigshafen vor der BASF (120 Teilnehmer). Jeweils sind Bischofferoder dabei. Vor allem die Berliner Demo ist eine Enttäuschung. Mitglieder des Solikomitees sprechen gar von Sabotage durch die Obermacher in Berlin. In Ludwigshafen wird die Vorbereitung der Demo begleitet von einer intensiven Medienpropaganda der IG Chemie und der BASF-Betriebsräte, die auch vor Diffamierung der Mitglieder des Solikomitees nicht zurückschrecken. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der K+S und andere Betriebsräte der K+S drohen mit Streik, falls Bischofferode nicht geschlossen wird. Betriebsräte der K+S aus Hattorf verteilen unmittelbar vor dem Beginn der Demo Flugblätter vor den Toren der BASF und formieren sich dann mit BASF-Betriebsräten zu einer Mini-Gegendemo. In



Kassel findet eine von der IGBE organisierte Demo für den Fusionsvertrag statt mit etwa 2000 Teilnehmern. Es sollen auch Kollegen aus Zielitz und Unterbreizbach teilgenommen haben.

21.8.93 Aktionstag in Bischofferode. Teilnehmerzahl etwas geringer als am letzten Aktionstag.

23.8.93 Produktion beginnt nach den Werksferien wieder, vorerst für drei Wochen. Die Werksbesetzung wird auf die Besetzung der ehemaligen Kantine und eine symbolische Besetzung durch jeweils ein paar Mann vor dem Werkstor reduziert. Der Hungerstreik ist abgebröckelt. Kaum jemand hat noch Urlaub, um sich zu beteiligen. Die »Solidaritätshungerstreiker« von auswärts sind in der Mehrheit.

25.8. Die MDK verschickt einen Brief an die Kali-WerkerInnen, in dem ein Sozialplan dargestellt wird. Offiziell wird die Diskussion darüber nicht geführt, unter den KollegInnen in Wahrheit schon...

Ab Anfang September: Hungermarsch von einigen Bischofferöder Kalikumpeln nach Berlin

WIE'S WEITER GEHT?

Das folgende Interview mit Ertuğrul Kürkçü wurde am 11. Mai 1993 in İstanbul geführt. Wir veröffentlichten bereits in früheren Ausgaben der Wildcat (Nr.47, 49 und 60) Interviews mit ihm. Ertuğrul war früher der Vorsitzende von Dev Genç (Revolutionärer Jugendverband, aus dem fast sämtliche linksradikalen Parteien hervorgegangen sind, inklusive der PKK). 1971 wurde er bei einer Guerilla-Aktion verhaftet und hat bis 1986 im Knast gesessen. Seit Sommer '92 ist er Kommentator bei der neuen linken Tageszeitung *Özgür Gündem*, die von Leuten unterschiedlicher politischer Herkunft gemacht wird und die kurdische Frage stark in den Vordergrund stellt.

Einige Aussagen des jetzigen Interviews, besonders die zur Entwicklung des Krieges, sind inzwischen überholt. Wir haben es leider nicht mehr geschafft, über diese Fragen nochmals mit Ertuğrul zu sprechen.

In der BRD selbst hat sich seit Mai auch einiges verändert: Die Drohung Kohls nach seinem Türkei-Besuch, die Betätigungsmöglichkeiten linker türkischer und kurdischer Organisationen in der BRD massiv einzuschränken, wird langsam aber sicher in die Tat umgesetzt. Jegliche auch noch so zurückhaltende Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und Kurdistan wurde von der BRD-Regierung nach dem Anschlag von Solingen eingestellt.

Interview:

»Ich halte es für recht wahrscheinlich, daß es in der Türkei zu einer revolutionären politischen Krise kommt.«

Vor vier Jahren warst Du in einem Gespräch über die neue Arbeiterbewegung sehr optimistisch. Du sagtest, zum ersten Mal habe sich in der Türkei eine wirkliche Arbeiterbewegung entwikkelt, die sich von denen der 70er Jahre stark unterscheide... Zwei Jahr später haben wir erlebt, daß diese von Unternehmern wie von den Gewerkschaften so unabhängig scheinende Bewegung sehr wohl von den Gewerkschaften kontrolliert werden konnte. In den Tarifauseinandersetzungen im Frühling 1991 (Marsch der Bergarbeiter auf Ankara, eintägiger Generalstreik, dann Streikverbot wegen des Golfkriegs) erhielten die Beschäftigten im öffentlichen Sektor hohe Lohnerhöhungen. Aber Privatisierungen, Leiharbeit und Werkverträge bedrohen das neue Gleichgewicht mit den Gewerkschaften, deren Politik deshalb in eine Sackgasse gerät. Die Selbstorganisierung der ArbeiterInnen hat sich nicht weiter entwickelt. Innerhalb der Gewerkschaften kämpfen politische Gruppierungen um die Hegemonie. Wie beurteilst Du die Situation nach den ersten offiziell erlaubten Maidemonstrationen in Istanbul? Gibt es Kampfinitiativen seitens der ArbeiterInnen, die nur Mindestlohn bekommen bzw. als Leiharbeiter beschäftigt sind (d.h. ohne Versicherung, ohne gewerkschaftlichen Schutz)?

Die Frühjahrsaktionen 1989 hatten bei mir und bei den türkischen Linken, die sie unterstützten, optimistische Erwartungen geweckt. Denn die ArbeiterInnen waren gegen die konservative Haltung der Gewerkschaften spontan zur Aktion übergegangen und hatten daraus eine türkei-weite vereinte Aktion gemacht. Wir dachten, die Arbeiterbewegung würde weiter anwachsen, sich zu einer freien Kraft entwickeln. Aber die massenhaften Aktionen hörten auf, als die ArbeiterInnen einen Teil ihrer wirtschaftlichen

»Zur Zeit gibt es nur bei den nichtorganisierten Teilen der Arbeiterklasse positive Entwicklungen...«

Forderungen durchgesetzt hatten. Danach gab es nur noch eine große Bewegung in Zonguldak, aber dieser Kampf faßte nicht alle ArbeiterInnen zusammen. Neben der Lohnforderung stand die Drohung, die Zechen zu schließen, wovon ganz Zonguldak betroffen war. Entsprechend groß war die Unterstützung in dieser Region. Aber von anderen Teilen der Arbeiterklasse und den großen Industrieregionen wie İstanbul, der Marmara-Region, İzmir, Adana oder Eskişehir kam keine direkte Unterstützung. Als ein geringer Teil der Forderungen erfüllt war, wurde die Aktion beendet, weil die Gewerkschafter die Führung in dieser Bewegung hatten. Die Bewegung hatte keine eigene Führung, die in der Lage gewesen wäre, die Aktion politisch zum Ziel zu bringen. Sie hatte sich vorher ein politisches Ziel gesetzt: nämlich nach Ankara zu marschieren und mit Özal in Çankaya abzurechnen, ohne über die dafür notwendigen Kräfte zu verfügen. Deshalb kehrte die Demonstration beim Zusammenstoß mit der Staatsmacht sehr schnell um. Außerdem wurde die Aktion als Trumpf im inneren Machtkampf um die Führung der Türk İş benutzt. Der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft Şemsi Denizer ist heute der zweite Mann bei Türk İş, aber in Zonguldak hat sich im Grunde nichts geändert. Die Arbeiter mußten sich mit Lohnerhöhungen zufrieden geben, die weit unter ihren ursprünglichen Forderungen lagen.

Meiner Meinung nach hängt der Niedergang der Arbeiterbewegung mit dem Niedergang der Linken zusammen. 1990 hatte sich der Zusammenbruch Osteuropas und der Sowjetunion noch nicht negativ auf die türkische Linke ausgewirkt. Man dachte nicht an einen Zusammenbruch, sondern glaubte, daß sich in Osteuropa die Errungenschaften des Sozialismus mit der Demokratie vereinen würden und die Situation sich zum Guten wenden würde. Aber 1991 und vor allem nach dem Putsch vom August 91 in der Sowjetunion hat dieser Zerfall Osteuropas und der Sowjetunion die öffentliche Meinung in der Türkei allgemein und noch viel stärker die Linke beeinflußt. Als die Verbindungen zwischen der Arbeiterbewegung und der Linken schwächer wurden, kamen Verwirrung im Kopf und innere Schwächung zusammen.

Zusätzlich hat der Kampf um Kurdistan in den reaktionären Teilen der Arbeiterbewegung in der Türkei einen reaktionären Gegendruck ausgelöst. Viele ArbeiterInnen in der Türkei fürchten, daß die politische Stabilität zerbricht, Kurdistan selbst einen Sonderstatus bekommt oder unabhängig wird und sie selbst verloren sind. Und diese Arbeiter üben starken Druck auf die Gewerkschaften aus.

Die Beteiligung von Sozialdemokraten an der Regierung hat starken Einfluß auf diesen Rückfall der Arbeiterbewegung auf die Regierungslinie. Die Türk İş-Gewerkschaften, einige unabhängige und ein Teil der DİSK-Gewerkschaften haben enge Verbindungen zur Sozialdemokratischen Volkspartei; als die SHP in die Regierung eintrat und ein Sozialdemokrat Arbeitsminister wurde, machte das den Weg für eine Aussöhnung mit den Gewerkschaften frei. Als noch die ANAP an der Regierung und Özal Staatspräsident war, waren die Gewerkschaften ein politischer Faktor im Kampf gegen die Regierung. Jetzt hingegen gibt es fast keine Basisorganisationen oder politischen Organisationen zwischen Gewerkschaften und Arbeiterklasse mehr. Diese Basisorganisationen sind unter Kontrolle der Regierung geraten; es gab verhältnismäßig zufriedenstellende Lohnerhöhungen in den letzten ein, zwei Jahren, besonders für die organisierten Industriearbeiter. All diese Faktoren haben zu einer allgemeinen Stagnation der Arbeiterbewegung beigetragen. Unser Optimismus 1990 war vielleicht etwas voreilig; wir dachten, diese Opposition würde trotz aller politischen Veränderungen am Leben bleiben. Von heute aus gesehen war es unser Fehler, die spontane Aktion der Arbeiterbewegung zu übertreiben und das politische Element aus den Augen zu verlieren.

Zur Zeit gibt es nur bei den nichtorganisierten Teilen der Arbeiterklasse positive Entwicklungen: die Beamten, denen eine gewerkschaftliche Organisierung verboten ist, haben in den Jahren 1991-1993 eine starke Organisierungstätigkeit entfaltet. Auf lokaler und Landesebene sind ungefähr 200 unabhängige Gewerkschaften für Beschäftigte im öffentlichen Dienst gegründet worden: z.B. von Lehrern, Gemeindebeamten, GesundheitsarbeiterInnen und anderen Staatsbeamten. Damit entwickelt sich zum ersten Mal seit dem Militärputsch 1980 im Kampf die Möglichkeit zu einer Aktionseinheit zwischen Handarbeitern und der zunehmenden Zahl der Kopfarbeiter. Zweitens kann die Teilnahme von verhältnismäßig besser gebildeteten ArbeiterInnen an der Aktion positive Auswirkungen auf die Ziele der Arbeiterbewegung haben. Diese Gewerkschaften sind keine vorher gegründeten »fertigen« Gewerkschaften, sondern mit der Kreativität der ArbeiterInnen selbst gegründet. Deshalb ist die Gefahr relativ gering, daß sie zu bürokratischen Apparaten wie Türk İş und DİSK werden. Diese ArbeiterInnen haben Leben und Schwung in die Arbeiterbewegung gebracht, trotz aller Rückschritte. Aber soweit ich die Zahlen kenne, hat sich bislang erst ein Prozent aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten in diesen Gewerkschaften zusammengefunden. In der Türkei gibt es zwischen 900 000 und einer Million Staatsbedienstete, darunter ungefähr 300 000 LehrerInnen. Die Organisierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst steckt also noch in den Anfängen.

Die klassische Sichtweise, die die Arbeiter vor allem in der Schwerindustrie sieht, wird sich ändern müssen. Unserem Verständnis nach sind die im Dienstleistungssektor Beschäftigten und die Kopfarbeiter Teil der Arbeiterklasse; die Arbeiterklasse besteht also aus vielen unterschiedlichen Teilen und Schichten, die sich selbst artikulieren wer-

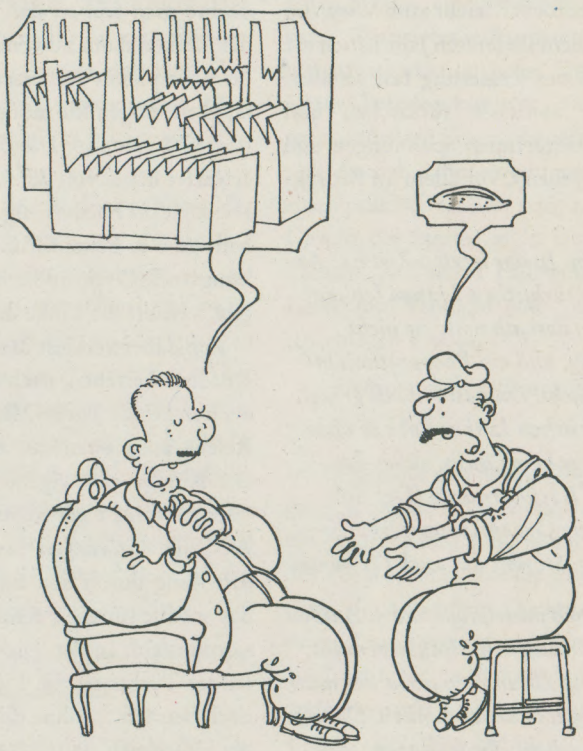
»Von heute aus gesehen war es unser Fehler, die spontane Aktion der Arbeiterbewegung zu übertreiben und das politische Element aus den Augen zu verlieren.«

den. Dies könnte den Weg für eine neue Entwicklung frei machen. Aber das eigentliche Problem ist, daß diese Brücke zwischen der spontanen Bewegung der Arbeiterklasse, ihren Aktionen, und der politischen Bewegung noch nicht gebaut worden ist. Deshalb bin ich nicht voreilig optimistisch wie 1989, aber auch nicht sehr pessimistisch.

Welche neuen Entwicklungen hat es bei den ungelernten Arbeitern und bei der Leiharbeit gegeben – auch für die Gewerkschaften sind diese Sektoren ja inzwischen ein Problem?

Ich weiß nicht sehr viel Genaues zu diesem Thema, v.a. was Gewerkschaften und Arbeiter gegen die Leiharbeit konkret tun. In immer mehr Gemeinden werden Arbeiten an private Subunternehmer vergeben, vor allem seit dem Müllarbeiterstreik im letzten Jahr. Meiner Ansicht nach haben die Gewerkschaften kein umfassendes Konzept, wie sie gegen dieses Projekt vorgehen können. Denn beim Thema Gemeindeverwaltung geraten Arbeiter und Bevölkerung aneinander; die StadtbewohnerInnen sind gewöhnlich der Meinung, daß bei der Müllabfuhr wie in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, also Ämtern, Reinigung, Schulen, mehr Personal als nötig eingestellt ist. Das hängt auch mit der verbreiteten Vetternwirtschaft zusammen: der Bürgermeister von Ýstanbul z.b. kommt aus Sivas und besorgt seiner ganzen Verwandtschaft Arbeitsplätze. Und da kommt es vor, daß einer aus Sivas den Posten bekommt, aber die Arbeit selbst gar nicht macht, sondern einen anderen für sich arbeiten läßt und von ihm eine Abgabe bekommt. Solche Dinge werfen einen Schatten auf die Ziele und das Ansehen der Arbeiterbewegung und fördern die Vergabe an Fremdfirmen. Deshalb steht die Bevölkerung eher auf seiten der Gemeindeverwaltungschefs. Meiner Ansicht nach müssen die Gemeindearbeiter, wenn sie der Bevölkerung ihre Probleme mit den Fremdfirmen erzählen, auch deren Problemen mehr Aufmerksamkeit widmen. Denn wenn von den zehn Millionen in Istanbul lebenden Menschen wenigstens zwei oder drei Millionen im Kopf klar haben, daß diesen Arbeitern Unrecht geschieht, ließe sich was erreichen. Letztes Jahr sind die Gemeindearbeiter sehr unvorbereitet in den Streik getreten; sie vertrauten darauf, daß der Müll in der Sommerhitze genug stinkt und deshalb ihre Forderungen rasch erfüllt würden, aber stattdessen hat die Regierung den Streik wegen der Gefahren für die Gesundheit per Dekret ausgesetzt und danach ein Abkommen über höhere Löhne und Preise gemacht.

Die Werkverträge sind weiterhin ein ernstes Problem für die Arbeiter. Aber um gegen die Vergabe an Fremdfirmen vorzugehen, dürfen sich die Gewerkschaften bei ihren Auseinandersetzungen mit den Gemeinden oder der Öffentlichkeit nicht allein auf die Lohnfrage beschränken, sondern müssen ein umfassenderes gesellschaftliches Projekt entwickeln. Wenn sie die Leute, die in den Wohnblocks leben, nicht für den Kampf gewinnen, ist dieses Ziel kaum erreichbar. Außerdem sind auch andere Gruppen der Arbeiterklasse durch Leiharbeit und Subunternehmertum bedroht; sie müssen sich offen auf die Seite ihrer Kollegen stellen und Druck auf die Gemeinde ausüben.



»Die Beteiligung von Sozialdemokraten an der Regierung hat starken Einfluß auf diesen Rückfall der Arbeiterbewegung auf die Regierungslinie.«

Vor allem die neu zugewanderten Arbeiter arbeiten bei diesen Subunternehmern, nicht wahr?

Diese Arbeiter kommen im allgemeinen frisch aus den Dörfern und sind mehrheitlich Kurden. Sie sind bereit, jede Arbeit zu machen, auch ohne gewerkschaftlichen Schutz. Weil in der Türkei die Arbeitslosigkeit ungefähr bei 20 Prozent und in Istanbul noch viel höher liegt, finden diese Firmen genügend Arbeiter.

Kann dies eine Grundlage sein für nationalistische Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterklasse? Gibt es solche Auseinandersetzungen?

Es ist zwar nicht die Grundlage dafür, kann aber negative Reaktionen hervorrufen: Wer eine solche Auseinandersetzung anheizen will, kann das natürlich leicht zum Vorwand nehmen. Vor allem im letzten Jahr haben die Geheimdienste der Regierung fast an allen Arbeitsplätzen zwischen türkischen und kurdischen ArbeiterInnen Spannungen und Feindschaft angeheizt, vor allem im Bausektor.

Zur Linken: In der letzten Zeit hat Apo gesagt, der türkischen Linken fehlten die Führer, deshalb wäre sie nicht arbeitsfähig, und ein Kooperationsangebot gemacht. Du hast damals gesagt, in der türkischen Linken gebe es viele Führer, aber keine Basis, außer der Gruppe in Küçükarmutlu (Dev Sol) mache keine Organisation wirkliche Basisarbeit. Stimmt das auch für heute?

Du hast Dich jahrelang um den Aufbau eines »sozialistischen Blocks« bemüht, d.h. um eine Zusammenarbeit der nach 1980 übriggebliebenen Linken. Dann hast Du versucht, Beziehungen aufzubauen zwischen der türkischen Linken und der Bewegung in Kurdistan. Wo siehst Du heute positive Entwicklungen in der türkischen Linken? Wird Deiner Meinung nach die traditionelle Linke überleben?

Daß es in der türkischen Linken keine Führer gibt, ist meiner Meinung nach nicht ganz richtig, eine andere Frage ist, ob die Führer kompetent sind. Wichtiger ist, daß die Opposition und die sich nach links Orientierenden nach 1985 und speziell nach 1990 einen bedeutenden zahlenmäßigen Rückgang erlebt haben. Dafür gibt es zwei Gründe. Erstens hat der Sozialismus allgemein an Glaubwürdigkeit verloren. Zweitens hat sich, als die mittelasiatischen Turk-Republiken ihre Unabhängigkeit erreicht hatten und die türkische Regierung Beziehungen dorthin geknüpft hatte, bei vielen Menschen in der Türkei der Gedanke ausgebreitet, daß die Türkei sich dorthin ausdehnen und reich werden würde. In der Türkei dachte man früher, daß die Menschen sich der Linken dann zuwenden, wenn sie heute ihr Leben nicht verbessern können und keine Hoffnungen für morgen haben. Aber das ist heute nicht so. Die öffentliche Meinung erwartet heute von der Linken nichts mehr. Diese ist im Niedergang begriffen, und deshalb gibt es keine Grundlage für eine wirkungsvolle Opposition, und weil es die nicht gibt, verliert die Linke ihre Kraft.

Von daher verläuft der Prozeß, den wir in Kurdistan erleben, nach anderen Rhythmen als der in der Türkei. In Kurdistan hat der Reiche zusammen mit dem Armen, haben alle Kurden ihre eigene nationale Identität oder gar ihren eigenen Staat als gemeinsames Ziel. Sie unterliegen der schweren Unterdrückung durch den türkischen Staat, und das schafft für die PKK ein breites Organisierungsfeld. In der Türkei ist dies nicht so. In der Türkei ist die Linke allgemein politisch betrachtet, ohne die bewaffnete Linke, im Vergleich zur Vergangenheit stark geschrumpft. Es sitzt beispielsweise niemand im Knast wegen kommunistischer Propaganda, aber wer über Kurdistan spricht, wird eingelocht. Diese Spannungen, diese harten Bedingungen und daher dieses Bedürfnis nach Kampf, nach Aktion wie in Kurdistan gibt es in dieser Weise in der Türkei nicht.

Ich hatte gesagt, daß nur wenige an der Basis arbeiten. Aber wenn man an die Basis geht, muß man wissen, was man da den Leuten sagen will, was für ein Projekt das sein soll. Die Arbeit in Küçükarmutlu hat auch all diese Grenzen. Die Gruppe, die da die Orientierung gibt [Dev Sol], hat einen offenen Kampf mit der Regierung angefangen, und am Ende ist das Terrain ihrer Tätigkeit sehr eng geworden, deshalb ist dieser Kampf nicht weitergegangen.

Heute können wir in der türkischen Linken zwei Flügel unterscheiden: einen sozialreformerischen, den man nicht mehr als sozialistische Linke bezeichnen kann, und einen sozialrevolutionären. Auf dem revolutionären Flügel hat sich das Denken verhältnismäßig stark angeglichen, trotzdem scheint der Wunsch, die eigene Gruppenidentität zu überwinden, nicht sehr stark zu sein. Das hängt wohl damit zusammen, daß die Gruppen an einen Punkt gekommen sind, wo sie beinahe auf ihr Führungsgremium beschränkt sind. Und diesen Führungen ist es wohl zu riskant, ihre eigenen Gruppen aufzulösen und sich in einer größeren Einheit zu treffen. Wenn sich eine neue Massenbewegung entwickeln würde, gäbe es vielleicht mehr Möglichkeiten, sich zu vereinigen. Zweitens wird in der türkischen Linken zwar dem Wort nach das freie Denken hochgehalten, aber gleichzeitig denkt man, daß in jeder konkreten Situation nur eine einzige Sache richtig ist. Und für diese alleinige Wahrheit steht die jeweilige Gruppe.

Die Linke denkt noch immer in den vor der Neuen Weltordnung gültigen Schablonen. Deshalb bleibt sie sehr schwach, wenn sie neue Antworten auf die neuen Fragen finden soll. Sie wiederholt fast die alten Worte. Ein Großteil der Linken verhält sich so, als hätte es die Veränderungen in der Sowjetunion, in Osteuropa und in China nicht ge-

»Ich bin selbst dabei gewesen und möchte diese Linke nicht geringschätzen, dieser ganze Anachronismus hat ja auch eine romantische Seite ...«

geben. Das führt zu zwei Entwicklungen: ein Teil sieht die Veränderungen und geht nach rechts. Und ein Teil verhält sich so, als sei nichts geschehen, wird anachronistisch. Anachronistisch auch, was die gesellschaftliche Struktur und ihre kulturellen Ausdrucksweisen in der Türkei betrifft, die sich in den letzten zehn Jahren stark verändert haben. Erstens ist die Türkei zu einem verstädterten Land geworden, das nicht mehr vom Dorf geprägt ist; das konnte man vor zehn Jahren noch nicht so klar sagen. Zweitens hat sich die Türkei viel mehr internationalen Beziehungen geöffnet und ist viel stärker unter den Einfluß der internationalen Kommunikationsmittel geraten. Eine andere Sache ist, daß die Frauen im gesellschaftlichen Leben eine immer stärkere Rolle spielen. Die Linke muß nun dafür eine angemessene Sprache finden. Wenn sie mit Zwanzigjährigen, mit Jugendlichen spricht, verwendet die Linke eine sehr altmodische, eine pastorale Sprache. Und weil sie für diese Menschen in einer rhetorischen Sprache spricht, die keine Lösung für die aktuellen Fragen bringt und andererseits weit weg ist vom eigenen Leben, gibt es zwischen der Linken und einer möglichen Opposition ein zusätzliches Sprachproblem. Oder betrachten wir die Beziehungen zwischen den Intellektuellen und der Linken. Ich kenne viele Intellektuelle, die alle Veränderungen auf der Welt aus der Nähe verfolgen, die aber Abstand zur Linken halten, weil sie denken, daß die linken Projekte diese Veränderungen nicht erklärt haben. Sie sind in ihrem Innern zwar Linke, sie haben sich an der linken Politik beteiligt, haben aber jetzt das Gefühl, nicht weiterzukommen. Zusammengefaßt kann man sagen: Das Erscheinungsbild der Linken ist bestimmt von ungefähr 35-40jährigen schnauzbärtigen und mit scharfer Zunge redenden Männern, die, wenn sie besiegt sind, wie Sieger reden, und zwischen der eigenen Situation und ihren Worten keine Beziehung herstellen können. Ich bin selbst dabei gewesen und möchte diese Linke nicht geringschätzen, dieser ganze Anachronismus hat ja auch eine romantische Seite ...

Es gibt auch positive Sachen, wie die Solidarität mit Kuba, aber das alleine ist keine Aktion. Eine größere internationalistische Aufgabe wäre beispielsweise eine Revolution in der Türkei, eine Revolution in Kurdistan, eine Revolution in Europa. Die dafür notwendige Veränderung in der Geisteshaltung ist bei unserer Linken noch nicht recht zu sehen. Auch wenn die türkische Linke starke Kritik an ihr hat und auch ich viel zu kritisieren habe, denkt die PKK-Führung über diese Probleme besser nach und diskutiert besser darüber. Das hängt natürlich damit zusammen, daß sie in einem sich verändernden und durch harte Kämpfe gehenden Leben kreativ sein müssen, daß sie sich bewegen müssen. Deshalb öffnet jeder Schritt für sie die Tür zu einer neuen Diskussion, für eine neue Entdeckung, für eine neue Sichtweise; sie sind mitten in einem Kampf, der sich so schnell entwickelt, daß sie nicht doktrinär bleiben können. Ihr einziger Mangel im Vergleich zur Linken in der Türkei ist vielleicht ihr geringeres theoretisches Rüstzeug, aber das haben sie sichtbar rasch hinzugewonnen. Trotzdem kann die Linke in Kurdistan natürlich nicht die Probleme der Türkei lösen. Aber wenn wir die dortige Entwicklung betrachten, sehen wir, daß die Theorie nur Fortschritte machen kann, wenn sie Probleme praktisch löst, nicht wenn man nur den Erkenntnisstand verteidigt. Aber früher war die Theorie immer auf die Verteidigung der Position gegründet. Ich glaube nicht, daß in der nahen Zukunft die Linke in der Türkei in ihren alten Schablonen von neuem auferstehen wird. Sie muß einen neuen Weg einzuschlagen, aber dafür sind die Anfänge noch schwach.

...und die bewaffnete Linke scheint sich gegenseitig zu liquidieren?

In den Metropolen in der Türkei, das heißt in den großen Zentren wie ÿstanbul, Ankara, ÿzmir oder Adana und in den ganzen ländlichen Gebiete, gibt es für eine bewaffnete Politik weder eine von unten kommende Forderung, noch eine Masse, die diese Forderung verwirklichen könnte. Weil es all dies nicht gibt, ist der bewaffnete Kampf heute in der Türkei wohl oder übel gezwungen, sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem Staat zu liefern. .... In der Türkei gibt es auf mittlere Sicht, innerhalb der nächsten fünf oder zehn Jahre keine Perspektive für einen bewaffneten Kampf. Was danach sein wird, weiß ich nicht, ich bin kein Hellseher. ... Mehr als einen Avantgardekampf braucht die Linke heute zwei Dinge: erstens muß sie eine Sprache finden, in der sie sich mit den neuen Oppositionsgruppen treffen kann, zweitens muß sie, um den Forderungen der Arbeiterbewegung Ausdruck verleihen zu können, neue Organisationsformen finden, schließlich muß sie sehen, wie sie auf der politischen Ebene, der mit der Kurdistanfrage verbundenen Veränderung der Struktur des türkischen Staates, einen positiven Beitrag leiten kann. Wenn jetzt in Kurdistan alle sagen, die bewaffnete Aktion einer Gruppe wird die Türkei befreien können, ist das keine Antwort auf diese Frage. Ich denke, die Gruppen, die sich dahin orientieren, werden zum einen politisch isoliert sein, zum andern der Gewalt des Staates nicht lange standhalten können. Auf jeden Fall werden auch dort Leute mit Verstand eine andere Richtung einschlagen wollen.

Welche neuen Oppositionsbewegungen meinst Du?

Ich habe nicht von neuen Oppositionsbewegungen, sondern von oppositionellen Kräften gesprochen. Damit meine ich erstens: in der Türkei gibt es eine Gecekondu-Bevölkerung, die unter dem Deckmantel des Islam ihre Opposition gegen den Kapitalismus ausdrückt. Sei es in ÿstanbul, Ankara oder anderswo, ein Teil der städtischen Armen wendet sich einem Islam zu, der eine radikale Sprache gebraucht. Wie soll man sie zur Linken bringen? Das ist ein großes Problem.

»...ein Teil der städtischen Armen wendet sich einem Islam zu, der eine radikale Sprache gebraucht. Wie soll man sie zur Linken bringen?«

Die Linke kann sie meiner Meinung nach nicht dem Islam überlassen, denn sie wenden dem Islam zu, weil sie sich mit dieser Welt nicht abfinden. Diese Welt hat nichts Anziehendes für sie. Wenn wir ihnen sagen: laßt uns auf dieser Welt eine Lösung finden, schlagen eine Menge junger Leute die andere Richtung ein. Zweitens drängen die in den Großstädten lebenden kurdischen ArbeiterInnen immer mehr in Arbeiterkategorien ohne Qualifikation, das heißt bei den städtischen Armen entwickelt sich ein Potential, das sich stark von den früheren kurdischen ArbeiterInnen unterscheidet. Das sind keine Schichten, zu denen wir Beziehungen aufbauen können, wenn ihnen nur was von der Arbeiterklasse erzählen. Dafür ist mehr Vermittlung nötig. Sie bilden ein neues Element, früher trat auch die kurdische Identität nicht zum Vorschein. Andererseits sind sie so sehr in das Gewebe der Großstadt eingebunden, daß die PKK sie nicht mehr kontrollieren werden kann. Drittens gibt es die Opposition der Frauen, die zwar verdeckt, aber ziemlich stark ist. Die Frauen haben besondere Forderungen: sowohl an den Arbeitsprozeß als auch an das gesellschaftliche Leben. Das heißt zur traditionellen Opposition der Arbeiterklasse treten solche oppositionellen Kräfte hinzu, d.h. heißt es gibt eine Opposition mit vielen Identitäten. Als viertes gibt es noch eine kulturelle Opposition der Jugendlichen gegen die herrschenden Verhältnisse als Lebensweise, gegen das Ausbildungssystem, gegen die gesellschaftliche Existenzweise. Auch diese Jugendlichen können in der Sprache der traditionellen Linken keine Entsprechung für ihren Protest finden. Ein sehr wichtiger Indikator dafür ist meines Erachtens, daß der Einfluß der Linken an den Universitäten einen historischen Tiefpunkt erreicht hat. Ich erinnere mich an keine Zeit, einschließlich des 12.September-Regimes, in der die Zahl der Linken an den Universitäten so gering war. In ÿstanbul gibt es beispielsweise über 3-400000 Universitäts- und HochschulstudentInnen. Von denen sind nicht einmal 1000 politisch für die Linke aktiv. Das ist eine sehr große Asymmetrie. Ich glaube nicht, daß all diese jungen Leute, die restlichen 299000, in den Status quo eingebunden sind. Bei den Diskussionen im letzten Jahr kam beispielsweise heraus, daß sich die jugendlichen Oppositionellen statt den politischen Vereinen eher Orten zuwenden, wo sie in Teilbereichen aktiv werden können. Dort kommen sie zusammen, sind solidarisch zueinander, können eine Art Opposition entwickeln. Daraufhin begann die Linke, das nachzumachen und solche Vereine aufzubauen. Ich denke, man muß die wahren Neigungen dieser StudentInnen erforschen und zu ihnen Beziehungen herstellen. Aber wir sollten ihnen nicht mit verstellter Stimme nachlaufen.

Die neuen Kräfte sind die »rohen«, das heißt die armen städtischen ArbeiterInnen, die sich dem Islam zu wenden, die sich auf ihre kurdische Identität berufen, das sind die Frauen mit ihrem besonderen Protest aufgrund ihrer sexuellen Verschiedenheit, oder die StudentInnen und Intellektuellen. Wie kann die Linke mit dieser Opposition im heutigen Kapitalismus, die durch viele Widersprüche untereinander zerstückelt ist, einen Dialog aufbauen? Wenn sich die die Linke und die Arbeiterbewegung in den großen Zentren an die Spitze der gesellschaftlichen Opposition stellen wollen, müssen sie sich diesen Leuten zuwenden. Aber wenn sie nur Lohnforderungen aufstellen und nur sagen: »Wenn die Arbeiterklasse an der Macht ist, werdet ihr euch alle befreien können,« wird sich keine neue Oppositionsdynamik entwickeln können.

Zu Kurdistan: Du hast den Aufbau einer Friedensfront vorgeschlagen, die angesichts der unterschiedlichen Entwicklungen im Westen und Osten (Kurdistan) keine revolutionäre Front sein kann...

Der Guerillakampf in Kurdistan ist heute an einen historischen Punkt gelangt, an dem es zwar noch nicht offiziell, aber de facto anerkannt ist, daß die Kurden eine eigene Nation, ein eigenes Volk sind. Jetzt geht es darum, diesem de facto-Zustand eine rechtliche Form zu geben. Dazu muß der Staat Türkei neu geordnet werden. Wenn der Staat Türkei endlich zugestimmt hat, daß sie eine eigene Existenz und Identität haben, kann er mit der alten Struktur nicht weiterhin regieren. Der alte Herrschaftsstil war auf der Devise begründet: In der Türkei gibt es keine Kurden, alle sind Türken, und die Kurden sind Türken, die einen anderen Dialekt sprechen, wir werden sie Türkisch lehren und aus ihnen gute Türken machen. Weil fast alle Mechanismen des Staates auf diesem Assimilationsprojekt begründet waren, kam der Armee im Staat und insbesondere in Kurdistan eine gewichtige Rolle zu, die jetzt während des Krieges noch zunimmt. Voraussetzung für einen Frieden zwischen den Kurden und dem türkischen Staat ist eine andere Form des Staates. Während dieses Umgestaltungsprozesses ändert sich die Repressionsmacht des Staates, und die Veränderung und Schwächung seiner Hegemonie kann eine Möglichkeit sein, um vom Westen aus demokratische Forderungen zu verstärken und damit offen aufzutreten. Wenn diese Umwandlung nur von seiten des Staates geregelt wird, wird sie gemäß den Änderungsforderungen des Staates verlaufen. Ich halte es für recht wahrscheinlich, daß es in der Türkei zu einer revolutionären politischen Krise kommt. Ganz bestimmt wird es dann den Augenblick geben, in dem die kurdischen Forderungen den türkischen Staat zu einer Veränderung zwingen. In diesem Augenblick kann die Linke in der Türkei ihre eigenen Forderungen auf die Tagesordnung setzen, und es kann eine vereinigte Bewegung entstehen. Aber bislang sieht es so aus, als dauere die ungleiche Entwicklung an. In Kurdistan gibt es einen Druck, der dem Staat eine revolutionäre Veränderung aufzwingt; im Westen bleiben die diesbezüglichen Forderungen auf Veränderungen innerhalb der

herrschenden Ordnung beschränkt. Wenn sich keine Friedensfront entwickelt, wird die Geschwindigkeit dieser Veränderung sehr langsam und sehr schmerzhaft sein. Denn der türkische Staat ist nicht geneigt oder fähig, sich zu verändern. Insbesondere spielen in der Türkei das Militär und die Exekutive eine viel stärkere Rolle. Einer Einschränkung oder Einengung werden sich sehr viele Elemente widersetzen. Auch in Kurdistan gibt es eine Gruppe, an deren Vorteilen und Privilegien solch eine Verrechtlichung des Friedensprozesses rütteln wird: Die Dorfschützer und ihre Angehörigen, die Sondereinheiten, usw. Deshalb wird in der Türkei nur eine aus dem Westen kommende Friedensfront auf die Regierung Druck ausüben und diesen Veränderungsprozeß erzwingen können. Außerdem sehen die von der PKK aufgestellten neuen Forderungen eine Veränderung der bestehenden Grenzen der Türkei eigentlich nicht vor, d.h. genau genommen kann eine Verhandlung, die mit der Forderung nach einer Föderation beginnt, sehr wohl bei kulturellen Rechten und Autonomie enden. Von daher sieht der von der PKK eröffnete neue Prozeß im Gegensatz zur Forderung nach Unabhängigkeit eine weniger gewaltsame Entwicklung vor. Der Aufruf der PKK zum Waffenstillstand im März und seine Anwendung hat in der Türkei große Erleichterung ausgelöst hat. Nicht nur in Kurdistan, sondern auch im Westen, sowohl bei der Elite als auch unter den Menschen, ist die Hoffnung entstanden, daß auf das Demokratieproblem der Türkei eine friedliche Antwort gefunden werden kann. Aber die Regierung hat zu diesem Thema überhaupt keinen Plan. Pläne hatte dazu nur Özal. Mit Özals Tod gibt es in der Türkei kein Machtzentrum mehr, das die Regierung dazu zwingen könnte. Özal stand mit dieser Sache natürlich nicht allein, sondern er hat sehr stark einen Plan verteidigt, dem die USA und Westeuropa zustimmen würden; sie werden weiterhin Einfluß auf die Entwicklung nehmen. Aber ob ihre Lösung die idealste wäre, scheint mir doch sehr zweifelhaft. Denn dieser Plan heißt letztlich, daß die Regierung der Türkei an der Regierung Kurdistans die reichen Kurden beteiligen soll. Der Druck des Westens endet hier. Und die heute von der PKK in Kurdistan ausgeübte Macht kann diesen Plan stark erschweren. Welches Ende es auch immer nimmt in der Türkei, ich vermute, daß die PKK ihre Macht ausbauen wird und eine doppelköpfige Struktur weiter bestehen bleibt. Sollten die reichen Kurden in der Türkei Lokalregierungen bilden, werden sie die Macht mit der PKK teilen müssen, die sich zum Machtfaktor entwickeln wird. Die PKK-Führung scheint gegenüber früher viele Vorteile auf ihrer Seite zu haben, weil sie die Unterstützung der Kurden in Irak-Kurdistan gewonnen hat und selbst auch Einfluß auf diese ausübt. Aus all diesen Gründen braucht die türkische Regierung einen Plan, egal ob sie ihn von Amerika oder von Westeuropa annimmt oder selbst ausarbeitet. Mit Sprüchen wie: »Legt Eure Waffen nieder, dann werden wir Euch eine milde Strafe geben«, werden sie nicht aus der Klemme rauskommen, da ist ein radikalerer Schritt notwendig, aber ich bezweifle sehr, daß Süleyman Demirel oder auch die bestehende Koalitionsregierung diese Schritte machen wird. Hier fällt den Kurden und der PKK sehr große Verantwortung zu, denn sie könen die Regierung zwingen, eine Lösung zu finden. Dazu ist es auf jeden Fall nicht nötig, den bewaffneten Kampf wiederaufzunehmen. Es können kreative Wege, eigene Ansprechpartner gefunden werden, um die Politik der Türkei zu beeinflussen. Die Initiative ist noch immer in Händen der PKK, denn wenn es den Aufruf der PKK zum Waffenstillstand nicht gegeben hätte, hätte die türkische Regierung wohl sehr stark auf der militärischen Lösung beharrt. Was sie damit erreichen wollen, wissen sie selbst nicht sehr genau, sie können ja nicht alle Kurden umbringen, aber es ist der einzige Weg, den sie kennen; dann gibt es noch Özals Plan der zweiten Republik, für den seine Anhänger eintreten. Deshalb halte ich eine vom Westen der Türkei ausgehende vereinigte Friedensinitiative, die Druck ausüben könnte, für sehr notwendig. Der Aufruf zu einer Friedensinitiative konnte in der Vergangenheit nicht viele Anhänger finden, weil die Friedensfront als politischer Standpunkt und jeder, der in diese Richtung arbeitete, sofort als Verbündeter der PKK betrachtet wurde. Jetzt mit dem Waffenstillstand gibt es für solch einen Friedensaufruf mehr Boden und passendere Bedingungen; ich werde diese Sache weiter unterstützen, aber ich habe noch von keiner Stelle eine fundiertere Reaktion erhalten. Hier könnten die Gewerkschaften eine sehr konstruktive Rolle spielen, die sehr notwendig wäre und die sie leicht in Bewegung umsetzen könnten. Denn im Aufruf der PKK zum Waffenstillstand werden keinerlei Vorbedingungen gestellt, und das erleichtert die Sache für alle. Wenn sowohl die Arbeiter- als auch die Beamtengewerkschaften für die Forderung nach Frieden und Fortsetzung des Waffenstillstandes eine Initiative ergreifen würden, könnten sie die Sache rasch und positiv voranbringen.

Welche Bedeutung hat die islamische Bewegung in der Türkei und in Kurdistan, die dort in den letzten Jahren stärker geworden ist?...

Die islamische Bewegung verfügt in den Großstädten, insbesondere in ÿstanbul, bei der zuletzt angekommenen Generation der Gecekondubewohner, also den Armen, über großen Einfluß. Stark ist die Bewegung bei den reicheren Klassen, bei den in den letzten 20, 30 Jahren reich gewordenen traditionellen Handwerkern und Händlern. Aber ich glaube nicht, daß in der Türkei eine islamische Bewegung wie in Algerien oder im Iran zu einer starken oppositionellen Kraft werden kann. Mit jetzt durchschnittlich 16 Prozent der Stimmen ist die Refah Partei an die Grenze dessen gekommen, was der Islamismus in der Türkei erreichen kann. Denn die Türkei ist ein viel zu stark modernisiertes

»Die gefallenen Soldaten geben zwar Anlaß zu fanatischen nationalistischen Kundgebungen, aber in den Familien der Soldaten selbst glaubt gewöhnlich niemand, daß die Jungen in einem gerechten Krieg gestorben sind.«

Land mit moderner Klassenteilung, als daß sie in die Tradition zurückfallen könnte. Es ist die Besonderheit des Islam, daß er sich über eine Polarisierung zwischen städtischen Armen und städtischen Reichen entwickeln kann, wie es in einer modernen Gesellschaft mit ausgeprägter gesellschaftlicher Schichtung nicht möglich ist. Je mehr deshalb der Islamismus in der Türkei der Staatsmacht näherkommt, umso mehr entfernt er sich auch von ihr. Bis jetzt ist eine der wichtigsten ideologischen Gebärden des Islamismus die Ablehnung des Kemalismus. Im letzten November ist aber Erbakan, der Chef der Refah-Partei, allen voran zum Atatürk-Mausoleum geschritten. Denn wenn sie in der Türkei an die Macht kommen und dies nicht mit einem Aufstand erreichen wollen, müssen sie mit der Armee und der Bourgeoisie auskommen. Aber darunter, hinter der bürgerlichen Refah-Führung, bei den städtischen Armen wird der Islam als antikapitalistische Alternative betrachtet. Zwischen ihnen und der Linken könnte sich ein Dialog entwickeln, aber nicht als Einverständnis über die islamischen Gesetze, sondern in Aktionseinheiten mit antikapitalistischen Forderungen.

In Kurdistan ist die islamische Bewegung, vor allem der sunnitische Islam ziemlich einflußreich. Zum einen war es in der Vergangenheit oft notwendig, den türkischen Nationalismus und den kurdischen Nationalismus unter dem Deckmantel des Islam zu verbergen. Andererseits waren schon in der Vergangenheit die Städte in Kurdistan die breite Massenbasis für islamisches Denken und islamische Geisteshaltung. ... Es gab besondere Bemühungen des Staates, diesen sunnitischen Islamismus unter dem Namen Hizbullah als Anti-PKK-Kraft zu organisieren. Diese Bemühungen haben stellenweise ihr Ziel erreicht. Nur ist die Hizbullah keine Gegenkraft, die direkt spontan aus dem Volk kommt, sondern sie scheint eine direkt unter der Schutz des Staates organisierte Struktur zu sein. Weil in Kurdistan der Glaube an den Islam im Volk stark verbreitet ist, fühlt die PKK-Führung offenbar, daß sie zwischen dem Islamismus und der Unabhängigkeit oder Freiheit Kurdistans eine Beziehung aufbauen müssen. Sie gehen beispielsweise wesentlich toleranter an den Islam heran als die türkischen Linken.

> *Warum gibt es keine Anti-Kriegsbewegung in der Türkei? Im Westen der Türkei machen fast alle jungen Männer ihren Militärdienst, obwohl sie wissen, daß sie im Krieg eingesetzt werden können...*

Die »Anti-Kriegsdienst-Bewegung« in der Türkei hat sich ziemlich stark entwickelt, wenn man bedenkt, daß die Türkei ein Soldatenstaat ist. Außerdem kommt die überwiegende Mehrzahl der Jugendlichen, die den Kriegsdienst ableisten, vom Dorf und ist sehr arm. Die kommen nicht auf die Idee, vor dem Wehrdienst abzuhauen. Im Studenten- und Intellektuellen-Milieu ist eine Anti-Kriegsdienst-Gruppe entstanden; sie geben eine Zeitschrift namens »Bakay« heraus und haben eine teils anarchistische, teils antimilitaristische Ideologie. Sie haben nicht viele Mitglieder. Ein wichtiger Grund dafür, daß sich keine Anti-Kriegsdienst-Bewegung entwickelt hat, ist, daß in der Türkei Wehrpflicht herrscht. Der Wehrdienst ist nicht freiwillig, es gibt gesetzliche Sanktionen: wer nicht beim Militär war, bekommt keine Arbeit, kann im Dorf nicht heiraten. Das ist eine gesellschaftliche Tradition. Deshalb ist es sehr riskant, vom Militärdienst abzuhauen, aber die Leute machen das hier auf eine indirekte Weise. Zum Beispiel zahlen sie Bestechungsgelder, um nicht nach Kurdistan zu müssen. Die Wehrämter kassieren große Summen Bestechungsgelder, seit in Kurdistan Krieg ist. Man kann auch mit Leuten zusammen zu diesem Thema etwas entwikkeln, die in Kurdistan Militärdienst gemacht haben, zurückgekehrt sind und dann als Zeuge auftreten Aber da sie vor der Gewalt der Regierung zurückgeschrecken, gibt es sehr selten solche Interviews, wie sie ein paarmal in Özgür Gündem erschienen sind. Aber man kann auch folgendes beobachten: mit den steigenden Verlusten regen sich in den Familien der Soldaten allmählich Zweifel, daß es sich um einen gerechten Krieg handelt. Die gefallenen Soldaten geben zwar Anlaß zu fanatischen nationalistischen Kundgebungen, aber in den Familien der Soldaten selbst glaubt gewöhnlich niemand, daß die Jungen in einem gerechten Krieg gestorben sind. Sie wollen, daß die Regierung eine Lösung findet und setzen die Regierung damit indirekt unter Druck. Aber der Grund dafür, daß dieser Druck nicht offen zu einer antimilitaristischen oder Antikriegsbewegung werden kann, ist, daß in der Türkei Militär und Religion mit der Gesellschaft identifiziert werden. Deshalb gibt es auch keine gesellschaftliche Organisation, die die Deserteure stärkt und schützt. Aber daß sich in einem Land wie der Türkei die Kriegsdienstgegner als Verein organisieren können, sehe ich als eine bedeutende Entwicklung.

Demonstration von Werfarbeitern aus Pendik / Instanbul

1993: Tarifkonflikte und neue Gewerkschaften der Beamten

Die Tarifverhandlungen für die ArbeiterInnen der Staatsbetriebe – dazu gehören staatliche Tabak-, Alkohol-, Fleisch-, Leder-, Textil- und Erdölproduktion, Straßenbau, Eisenhütten usw. – die 1989 und 1991 Anlaß für eine breite Mobilisierung auf den Straßen waren, wurden dieses Jahr bis in den Sommer hinein verschleppt. Die Gewerkschaftsführungen erwarteten eine Einigung über Lohnerhöhungen mit den Verhandlungspartnern der sozialdemokratisch-konservativen Regierungskoalition. Streitpunkt der Auseinandersetzungen sind aber weniger die Lohnerhöhungen für die festangestellten ArbeiterInnen, sondern die Privatisierungspolitik der Regierung. In den Staatsbetrieben sind immer mehr Fremdfirmen tätig, die ihren ArbeiterInnen gerade den gesetzlichen Mindestlohn zahlen, aber keine Versicherung, keinen Kündigungsschutz gewähren. Bezahlt wird nur die tatsächlich geleistete Arbeit, d.h. wenn der Auftrag zuende ist, gibt es kein Geld mehr. Die ArbeiterInnen sind praktisch Tagelöhner. Gewerkschaftliche Organisierung, die tarifliche Löhne bringen würde, ist verboten.

Um diese Frage gab es in der letzten Zeit einige Auseinandersetzungen, auch vor Gericht. Besonders die ArbeiterInnen der unteren Lohngruppen üben hier Druck auf die Gewerkschaften aus; im Juli organisierten tausende Arbeiter gemeinsame Arztbesuche und Demonstrationen.

Das unter dem Militärregime eingeführte höchstkomplizierte System der zweijährli-

chen Tarifverhandlungen, der prozentualen Lohnerhöhungen und diversen Senioritätsregelungen hat – vor allem nach den kräftigen Lohnerhöhungen 1989 und 1991 – dazu geführt, daß die Lohnschere zwischen den ArbeiterInnen verschiedener Branchen, oft aber auch innerhalb eines Betriebe sehr groß ist: manche verdienen 8 Mio. Lira (ungefähr 7.000 Lira sind 1 DM) im Monat, andere nur 2 Mio. Lira. In der »Ausnahmezustandsregion« Kurdistan bekommen Beamte und ArbeiterInnen in Staatsbetrieben den eineinhalbfachen Lohn. Aber die große Masse der Arbeiter ohne gewerkschaftlichen Schutz bekommt nur den wesentlich geringeren staatlichen Mindestlohn von z.Zt. 1,1 Mio. Lira und hat bis heute keinerlei Absicherung für Rente, Krankheit, Arbeitslosigkeit usw.

Diese Lohnspaltung: relativ sichere Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor und hohe Tariflöhne in der Privatindustrie einerseits und hohe Arbeitslosigkeit und Arbeit zum Mindestlohn auf der anderen Seite ist auch ein Grund dafür, daß die diesjährige Bewegung längst nicht solch eine breite Unterstützung erfahren hat wie in den Jahren zuvor.

Wirklich Bewegung auf den Straßen machen vor allem die Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes: Finanzbeamte, Krankenhausbeschäftigte, Lehrer, Bankangestellte. Das strenge türkische Beamtenrecht verbietet gewerkschaftliche Organisierung, aber auch die Mitarbeit in politischen Parteien oder Organisationen wie z.B.: Menschenrechtsverein, d.h. jeder Protest, jede Meinungsäußerung wird hart bestraft (Teilnahme an einer Demonstration in Diyarbakır: acht Jahre Knast usw.). Seit etwa drei Jahren entstehen nun überall örtliche oder berufsbezogene unabhängige Gewerkschaften, die um ihre offizielle Anerkennung als Tarifpartei kämpfen. Dieser Kampf spitzte sich zu, als die Regierung verkündete, nicht mehr für die nächsten sechs Monate die Lohnerhöhung (bzw. Anpassung an die Teuerung) auszuzahlen, sondern nur für die nächsten drei Monate; bis der Rest ausbezahlt wird, ist der Betrag real schon viel weniger wert bei der hohen Inflation. Friedliche massenhafte Demonstrationen wurden hart zusammengeknüppelt. Außerdem gab es Arbeitsniederlegungen, am 26. Juli haben z.B. die Finanzbeamten gestreikt; der Staat hatte dadurch einen Einnahmeverlust von einer Billion Lira.

Die kleinen, von den Angestellten selbst organisierten und eher basisdemokratischen Gewerkschaften sind auch eine Gefahr für die bürokratischen Apparate von Türk İş und ihr gutes Einvernehmen mit der Regierung: sie wollen keine vereinigte Bewegung – im Gegensatz zu den ArbeiterInnen der unteren Lohngruppen. Andererseits warnen sozialdemokratische Wissenschaftler die Gewerkschaften und den Staat: wenn Fremdfirmen und befristete Arbeitsverträge noch weiter zunehmen, könnten die Bewegungen außer Kontrolle geraten. Eine vereinte Bewegung von Arbeitern, Beamten und Rentnern könnte die neue Regierung zu Fall bringen, aber zu dieser Vereinigung ist es nicht gekommen.

Der türkische Staat hat über 60 Mrd. $ Auslandsschulden, 300 Bio. Lira Inlandsschulden und ein Budgetdefizit von 150 Bio. Lira. Deshalb zögert die Regierung die Lohnerhöhungen für Beamte und ArbeiterInnen in Staatsbetrieben solange wie möglich hinaus. »Unser Problem ist die Produktivität. *Solange die Produktivität nicht steigt, können wir nicht unsere Schulden bezahlen und den Staat sanieren*«, sagte der Industrieminister.

Das Geld wird »unprodukiv« ausgegeben: der Großteil der Gelder, die nach Kurdistan fließen, sind Militärausgaben. Gleichzeitig jagt ein Korruptionsskandal den nächsten.

Solch eine Regierung braucht den Krieg, um sich an der Macht zu halten.

Die neue
ARRANCA!
Zeitung für eine radikale Linke
Nr.1 Sommer '93

ist ab **6. Mai** erhältlich:
Der **Schwerpunkt** dieser Ausgabe ist Lernprozesse und Selbstschulung mit Beiträgen zu:
- der Bedeutung von Bildung und Selbstschulung innerhalb der Linken
- physiologischen Grundlagen des Lernens
- und einer Dokumentation von 1972 über Politisierungsprozesse während eines Zeltlagers

Kultur:
- ein Versuch über Drogen
- ein Interview über italienischen HipHop
- eine Buchbesprechung

Reportagen / Interviews:
- Bericht über eine Peruanerin in einem deutschen Knast
- Interview mit einem türkischen Genossen
- Interview mit Nanni Balestrini über seine Bücher und die italienische Linke

ARRANCA! ist für **6DM** käuflich zu erwerben in linken Buchläden, oder zu bestellen für 6DM plus 1.50DM Porto bei:
F.e.l.S c/o LAZ
Crellestr. 22
1000 Berlin 62 / 10827 Berlin

Bezahlung in bar, Briefmarken oder überweisen an:
Kntnr.: 1840872900
BLZ.: 100 200 00.
Berliner Bank, Stichwort "**ARRANCA!**" Nr.1

außerdem gibt es zu betellen:
- 501 Jahre sind genug/Über den Zustand der kolumbianischen Linken, **6DM**
- Organisationsdebatte/Reader zur Kritik an den Autonomen, **5DM**

BAHAMAS

Zirkular der Gruppe K, erscheint alle 2-3 Monate mit Texten und Analysen zu Deutschland und der marxistischen Diskussion. Antinational, antikapitalistisch, marxistisch.

soeben erschienen: Nr. 11

Kapitalismus und Imperialismus in der One World
Weltmarkt-Zusammenbruch — Wirtschaftskrise — Interventionismus

Kommunismus oder Barbarei — historischer Ausklang des Spätkapitalismus? — Wirtschaftskrise und Scharlatanerie: Kritik an Robert Kurz — Somalia: Endlich sind wir wieder im Krieg — Jugoslawien: Avantgardefunktion für die deutsche Weltmachtrolle — Diskussion: Linke, Realpolitik und Intervention.
Außerdem: Kontroverse um Christoph Türcke: Rassismus und Kritische Theorie — Diskussion um die Totalitarismus-Theorie — Deutschtum in Polen.
48 Seiten

Noch erhältlich Nr. 10: Neues Deutschland? Demokratie — Autoritärer Staat — Faschisierung? Nr. 9: Dritter Griff zur Weltmacht? Vergriffen: Nr. 8: Zur Hölle Deutschland. Die Deutschen nach Rostock.

Einzelpreis DM 6 (nur Vorauskasse/Briefmarken).
Abonnement per Überweisung DM 18 für jeweils drei Nummern im voraus oder am besten Einzugsermächtigung:

Name, Vorname:
Straße
PLZ, Ort.

Hiermit ermächtige ich S. Roisch/K. Dreyer je DM 18/drei Bahamas von meinem Konto im voraus abzubuchen.

Kontoinhaberin,Kontonummer
Bank, BLZ.
Unterschrift/Datum.

Büro K, Karolinenstr. 21/Hs. 2, 20357 Hamburg , Tel. 040-438846.
Konto: S.Roisch/K.Dreyer. HaSpa. BLZ 200 505 50, Kto. 1228/122 386.

Das Proletariat kehrt zurück ...

Zur Debatte um den Text von Karl Heinz Roth
»Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken: Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Politik im Übergang zum 21. Jahrhundert«

Nachdem das Referat von Karl Heinz Roth auf dem Konkret-Kongreß vom Juni in mehreren Zeitschriften abgedruckt worden ist, hat sich in kurzer Zeit ein breites Interesse an ihm entwickelt. Breit, weil er wirklich in sehr unterschiedlichen Kreisen diskutiert wird – von linksgewerkschaftlichen Betriebsgruppen bis hin zur autonomen Linken.

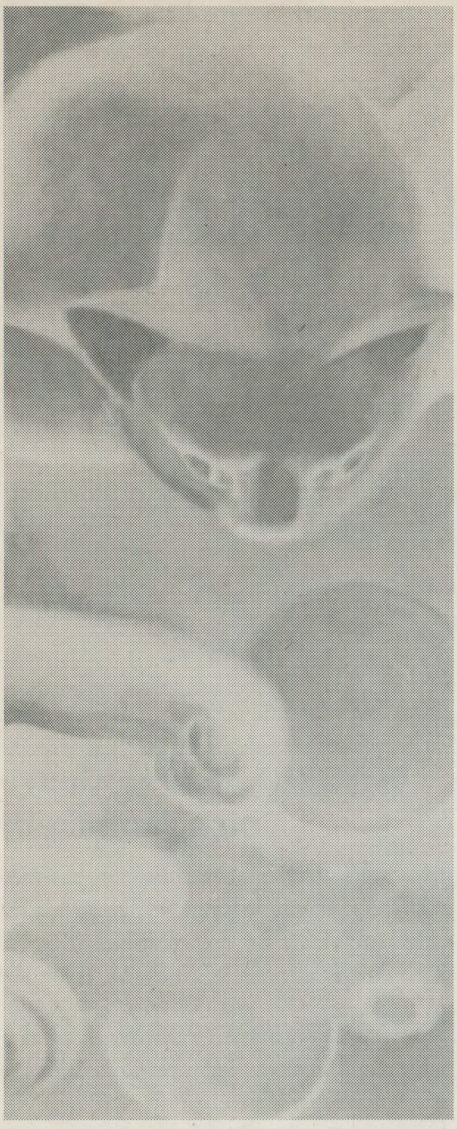
Allein der analytische Teil kann dies nicht erklären. Er versucht zwar eine globale Zusammenfassung von Entwicklungen, aber es geht im Einzelnen um Dinge, die schon seit einiger Zeit in der Diskussion sind: die Umstrukturierung der Produktion im Sinne des sogenannten »Toyotismus« oder »dezentralisierten Postfordismus«, die Entwicklung einer neuen Arbeiterklasse, die sich nicht mehr an der direkten Lohnabhängigkeit festmachen läßt, die Entwicklung in der BRD seit dem »Anschluß« der DDR, der Anpassungskurs von Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Grünen. Diese analytischen Teile des Papiers sind sicher auch die schwächsten. Es wird mit Worthülsen herumgewirbelt, die nicht erkennen lassen, ob sich hinter ihnen eine fundierte Theorie oder nur heiße Luft verbirgt. Allerdings gewinnt der Text dadurch die Aufmerksamkeit, daß er in diesen Entwicklungen auch hoffnungsvolle Tendenzen ausmacht. Er sieht dort nicht nur das Elend der Neuen Weltordnung, den Vormarsch des Imperialismus, den Niedergang der zum internationalen Kapital feindlichen Kräfte. Er sieht auch das Anwachsen und die Vereinheitlichung dieser Kräfte.

Dieser Optimismus im analytischen Teil schlägt sich nieder in einem praktischen Optimismus, der in den letzten Jahren völlig aus der Mode gekommen ist. Er entwickelt aus seiner Klassenanalyse einen praktischen Vorschlag, die sogenannten *»proletarischen Zirkel«*, und wendet sich mit ihm sehr direkt an die Linke, versucht sie bei ihrer eigenen Situation zu packen. Ich denke, daß dort die eigentliche Attraktivität des Papiers liegt: Der Versuch, praktischen Mut aufzubringen, ein umfassendes Projekt vorzuschlagen, mit dem wir uns aus der miesen Stimmung der Nach-Wende-Zeit wieder herauskatapultieren können, um – Geschichte zu machen!

Dieser Mut stößt auf offene Ohren. Denn viele sind es leid, vor dem kapitalistischen Roll-Back ohnmächtig zu erstarren, sich nur an ihm abzuarbeiten. An den verschiedensten Fronten sind die Politikschemata der letzten Jahre in die Krise gekommen: der Antifaschismus, der sich selbst in die Situation gebracht hat, nur noch auf die Manöver der Gegenseite reagieren zu können – und der gleichzeitig nach Solingen bemerken mußte, welche Kräfte ganz woanders als im lupenreinen antifaschistischen Bewußtsein schlummern; der antirassistische Diskurs, der sich an den eigenen Schuldgefühlen abarbeitet; eine betriebliche Linke, die es angesichts der gewerkschaftlichen Kooperation bei diesem Rollback immer schwerer hat, ihre eigene Rolle und Position zu bestimmen... und das gegenüber Kämpfen, die sich nicht mehr auf die gewerkschaftlichen Modelle der Organisierung und Vertretung einlassen wollen, oder können. Das Gefühl ist verbreitet, daß es so nicht weitergeht. Möglicherweise schafft dies tatsächlich eine neue Offenheit in der Debatte – auch wenn wir uns nicht ganz sicher sind, an wen sich Karl Heinz Roth mit seinem Vorschlag wendet.

Die Debatte anpacken – nicht abhaken!

Der Text und der in ihm formulierte Vorschlag enthalten eine ganze Reihe von Schwächen. Auf einige wollen wir näher eingehen. Aber wir fänden es sehr schade, wenn die Mängel des Textes jetzt als Vorwand genommen würden, diese *»ersten Überlegungen über die Möglichkeiten einer erneuerten linken Klassenorientierung«* abzutun und die Diskussion abzuhaken, bevor sie richtig angefangen hat. Das machen uns gerade die bestehenden Linksparteien vor: Nachdem die Parteiorgane von PDS und VSP den Text abgedruckt hatten, kam prompt die Zurückweisung. Das *Neue Deutschland* (4./5.9.93) fühlt sich beim Begriff »Arbeiterklasse« zu sehr an die eigene Vergangenheit erinnert – *»Mit der 'Wiederkehr der Proletarität' einfach nochmal von vorne Anfangen? Bleibt die Frage: Landen wir nicht wieder da, wo wir jetzt sind?«* – und will doch eine moderne pluralistische Partei verkörpern. Die tatsächliche Gefahr, daß die von Karl Heinz Roth vorgeschlagene *»Reorganisationsdebatte«* über den Zwischenschritt Zirkel in Richtung Partei marschieren könnte, beunruhigt uns und einige andere allerdings auch. Im Organ der VSP (18/93) wird von der Gegenseite aus gekontert: mit seinem Vorschlag habe Karl Heinz Roth die Rolle der »traditionellen Stammarbeiterklasse« und – das ist hier das entscheidende – ihrer gewerkschaftlichen Vertretung vorschnell ihre Wirksamkeit abgesprochen. Im Text selbst ist das nur sehr widersprüchlich zu finden. Gemessen an unserer Einschätzung der aktuellen Gewerkschaftspolitik und unse-



re Auffassung vom Charakter des Gewerkschaftswesens jammert er viel zu stark über die *»Selbstzerstörung«* der Gewerkschaften und den unausweichlichen *»Desyndikalisierungsprozeß«*. Dabei übersieht er, daß die Gewerkschaften nicht nur durch die Angriffe des Kapitals, sondern auch von unten in die Krise geraten sind. In den Kämpfen von neuen Schichten (Krankenschwestern, LKW-Fahrer usw.) war mit Händen greifbar, daß die alten Organisationsmodelle der Arbeiterbewegung ausgedient haben. Angesichts dessen von der *»Internationalisierung gewerkschaftlicher Organisationsformen«* als der *»einzig gangbare Alternative zur Toyotisierung«* zu sprechen, erscheint (auch wenn er sich hier vielleicht nur an die Sozialdemokratie wenden will) uns als Rückfall hinter die von ihm selbst analysierten neuen Potentiale der Arbeiterklasse. Für die VSP geht es um etwas anderes. Der Vorschlag, aus der neuen Zusammensetzung der Arbeiterklasse heraus neue Formen der Organisierung zu entwickeln, stellt ihre existierende Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in Frage. Und diese ist eine Stütze der Partei. Beiden Entgegnungen – von VSP und PDS – ist gemeinsam, daß sie sich durch die angeregte Debatte bedroht fühlen. Sie weisen das Papier in einer Form zurück, die nicht auf die Eröffnung einer Debatte zielt, sondern deren Beendigung. Hätten wir vom Selbsterhaltungstrieb solcher Parteien etwas anderes erwarten können?

Wenn wir diese Debatte führen wollen, muß sie wieder eine offensive Wendung kriegen. Wir sollten diesen Vorschlag als Anfang, als Beginn eines Gesprächs, eines gemeinsamen Prozesses nehmen, in den alle ihre Erfahrungen, Ideen und Kampfgelüste einbringen können. Organisatorische Prozesse müssen sich auf die praktischen Erfahrungen von unten beziehen. Wir müssen uns in diese Prozesse real einmischen, sonst wird es eine abgehobene »Gründungsdebatte«!(*)

Schwächen und Stärken

»Toyotismus« – Kapitalfetisch pur

Karl Heinz Roth leitet seinen Vortrag mit der Feststellung ein, daß für ihn der Bezug auf die Klassenrealität nach wie vor zentral ist. *»Da ich 'Linkssein' noch immer als ein Verhalten definiere, das sich auf die ausgebeuteten Gesellschaftsklassen bezieht und von daher handlungsorientierte Strategien zur generellen Überwindung von Ausbeutungsverhältnissen ableitet...«*

In der Analyse geht dieser Anspruch, sich auf das Proletariat als Subjekt zu beziehen, durch sein unkritisches Aufgreifen modischer soziologischer Begriffshülsen wie »Toyotismus« oder »Postfordismus« auf der einen Seite verloren. Der Begriff »Postfordismus« stammt aus einer Theorieschule, die in der gegenwärtigen strukturellen Krise des Kapitalismus den Übergang von einem Modell (»Fordismus«) zu einem anderen (»Toyotismus«) sieht. Sie unterstellt damit schon den Sieg des Feindes, denn dieser habe bereits ein neues, funktionsfähiges Modell. Das Proletariat kommt in diesem Übergang nur als Opfer vor. Das ist das Verheerende an dem Begriff »Toyotismus«, der seit den letzten zwei, drei Jahren die linksgewerkschaftlichen Debatten beherrscht: Er beflügelt die Ohnmachtsphantasien und verdeckt die Ursachen der Krise des Kapitalismus im Klassenkampf und in den neuen Verhaltensweisen, Bedürfnissen, Ansprüchen im Proletariat. Die Kapitalisten können nur versuchen, diese Energien des Proletariats aufzugreifen und in die Produktivität umzulenken. Sie können sich nicht vor den darin liegenden Gefahren für ihr eigenes Fortexistieren befreien.

Der Begriff »Toyotismus« unterstellt aber, dieses Abziehbild japanischer Produktivitätsrekorde lasse sich international exportieren und zum Weltsystem ausbauen. Kein Wort davon, daß all die Vorzüglichkeiten, die hier auf jedem Managerseminar angepriesen werden, in Japan selbst in einer fundamentalen Krise stecken. Dort entdeckt man gerade die Grenzen und die gefährliche Anfälligkeit der »schlanken Produktion«. Toyota studiert für ein neues Werk ausführlich die Personalpolitik bei VW in Wolfsburg, weil sich die jungen japanischen ArbeiterInnen von den Montagebändern abwenden. Ähnlich ergeht es den japanischen Autofirmen in Europa oder den USA. Funktionieren könne sie nur, insoweit sie eben keine Kopien der japanischen Arbeitsverhältnisse darstellen. Ist es nicht so, daß die Kapitalisten in Japan, Europa, den USA und wohl auch Ländern wie Mexiko oder Südkorea vor ganz ähnlichen Problemen stehen und auf keine fertigen Modelle zurückgreifen können? Das sind nur ein paar Punkte, die zeigen, daß uns solche Begriffe zum Verständnis dessen, was wirklich in der Klasse passiert, nicht weiterhelfen.

Ein weiterer Punkt, bei dem er das Proletariat als Subjekt aus den Augen verliert, sind seine Ausführungen zur DDR. Dort kommt zehnmal das Wort »Anschluß« vor, aber kein einziges Mal bezieht er sich in seinen Überlegungen auf die »Basisbewegung«, die der DDR den Garaus gemacht hat – auch wenn gerade die radikalen Teile dieser Bewegung alles andere als den »Anschluß« wollten.

Sich auf das Proletariat zu beziehen und von ihm aus eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln, bedeutet auch, es als treibende Kraft in den Prozessen der kapitalistischen Umstrukturierung auszumachen. Gerade am letzten Punkt liegt die praktische Bedeutung auf der Hand: Im Prozeß der von ihm vorgeschlagenen Debatte kann es den Jugendlichen, die in der DDR auf die Straße gegangen und im Knast gesessen sind, nicht zugemutet werden, sich »unbefangen« beispielsweise auf einen »Diskurs« mit ihren früheren Unterdrückern und zynischen Marxologen einzulassen. An einem solchen »sozialistischen Neuanfang« würden wir uns sicherlich nicht beteiligen. Es geht heute definitiv nicht mehr, ganz unbedarft von »sozialistischer« Politik zu sprechen. Was ist damit gemeint, und in welcher

* Und wenn's dann ans »Gründen« geht: Bitte nicht »Zirkel«! Ein schreckliches Wort, das nicht nur an die untergegangene Hammer-und-Zirkel-Republik erinnert, sondern noch viel mehr an Intellektuellen-Zirkel, und das wollen wir doch gerade nicht!

Tradition soll das stehen?

»*Ein* neues Proletariat in *einer* kapitalistischen Welt«

Auf der anderen Seite betont er den neuartigen Charakter des Proletariats, das sich im Rahmen der Umstrukturierung herausbildet. Die eine, sagen wir *objektive Seite*, liegt darin, daß keiner der »Sektoren in der Arbeitspyramide« vom Angriff der Deregulierung ausgepart wird, so daß sich bei aller Unterschiedlichkeit und Spaltung Ansatzpunkte eines gemeinsamen Kampfverhaltens ergeben. Diese Vereinheitlichung sieht er auch auf internationaler Ebene. Da er zur Kennzeichnung dieser Entwicklung ständig von »Nivellierung« spricht, setzt hier die heftigste Kritik ein. Der bloße Verweis auf das enorme Gefälle in der Lebenssituation in verschiedenen Ländern genügt als Widerlegung. Die Ausweitung eines neuen Billiglohnsektors mit prekärer und illegalisierter Arbeitskraft in den Metropolen straft die These von der Nivellierung Lügen. Der Begriff Nivellierung ist völlig mißverständlich. Gemeint ist hier nicht die reale Angleichung in der Einkommenssituation oder sonstigen Indikatoren für Lebensqualität, sondern eigentlich die Möglichkeiten einer politischen »Nivellierung« in der Konfrontation mit dem Kapital. Dies müßte aber sehr viel präziser entwickelt und aufgezeigt werden. So bleibt es erstmal nur beim Optimismus ...

Daß zu dieser Vereinheitlichung die Aufhebung des Ost-West-Gegensatzes und die Krise des Nationalstaats beitragen können, ist angedeutet und ist als Versuch zu sehen, den zweiten epochalen Umbruch dieses Jahrhunderts nicht als »Sieg des Kapitals« und »Ende der Geschichte« zu lesen.

Im Vergleich dazu ist die *subjektive Seite* nur angedeutet – dort rächt sich, daß die Strategien des Kapitals nicht als Antworten und Aufgreifen eines neuen Klassenverhaltens entwickelt wurden. Das gilt gerade für den von Sergio Bologna übernommenen Begriff des »selbständigen Arbeiters«. Es ist verdammt wichtig, sich mit dieser neuen Form von Ausbeutung und Unterordnung unter das Kapitalverhältnis genauer auseinanderzusetzen. Bei einem Teil der ehemals linken Theoretiker des »Postfordismus« wird gerade diese Gestalt zum Beweis der Versöhnung von Kapitalismus und menschlicher Gesellschaftlichkeit – in Begriffen wie »Autonomie in der Arbeit«, »Flexible Spezialisierung« usw. Und so funktioniert er auch ganz materiell bei einem Teil der Linken! Auf der einen Seite müssen wir also das in diesen Formen nur verschleierte Kapitalverhältnis aufzeigen, die Bedeutung der selbständigen Arbeiter als Teil des Proletariats untersuchen. Aber dies können wir nicht von oben, vom kapitalistischen Zugriff auf diese moderne Arbeitskraft her verstehen, sondern ausgehend von den Bedürfnissen und Verhaltensweisen, die diese Formen von Ausbeutung erst herstellen. Dies gilt genauso für die moderne Fabrik, neue Modelle der Arbeitsorganisation, die Antworten des Kapitals auf die Revolte gegen die bisherigen Strukturen darstellen. Im Text von Roth ist diese Seite nur sehr schwach angedeutet. Es sieht immer so aus, als würde die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Potenz erst im Nachhinein aus den kapitalistischen Strategien herausspringen: *»Als radikalisiertes soziales Herrschaftsverhältnis geht das toyotisierte Weltsystem mit seiner Negation schwanger.«* Daß er überhaupt die innere Widersprüchlichkeit in der Entwicklung betont, hebt seine Analyse allerdings wohltuend von den üblichen Horrorszenarien linker Theoriebildung ab.

An einem andern Punkt hat ihm genau das wohl die heftigsten Kritiken eingebracht. *»Angesichts dieser bis vor kurzem noch für unmöglich gehaltenen Aktualisierung des Rassismus als Verkehrs- und Vermittlungsform von Klassenherrschaft wird es immer schwerer, die in aller Häßlichkeit heraufziehende neue Proletarität in ihrer Gesamtheit – also unter bewußtem Einschluß auch der gegenwärtig "nach noch weiter unten tretenden" Segmente – als den nach wie vor primären Bezugspunkt von sozialistischer Politik anzunehmen. Dessenungeachtet bleibt aber jede antirassistische Initiative, die die "soziale Frage" ausklammert und damit auf die strategische Fähigkeit verzichtet, sich grundsätzlich auf alle Schichten des neuen Proletariats zu beziehen, auf Sand gebaut.«* Nach den sozialen Kräften revolutionärer Umwälzung zu fragen und sich dabei mit der ganzen Widersprüchlichkeit innerhalb des Proletariats auseinanderzusetzen stößt heute auf die moralischen Vorbehalte der Debatte. Die Frage nach den subjektiven Kräften wird mit der Suche nach einem gänzlich außerhalb der kapitalistischen Vergesellschaftung stehenden Subjekt, der Negation pur, verwechselt. Die Bewegung nach Solingen und unsere Erfahrungen in der antirassistischen Flüchlingsarbeit sollten doch gezeigt haben, daß diese Suche illusionär ist und möglicherweise wirklich mehr mit »Angstmechanismen« zu tun hat, als mit dem Willen zur Veränderung.

»Proletarisierung der Linken«?

Damit kommen wir zu einem der schwächsten Punkte in seinem Papier. Er verbindet die Analyse der neuen Klassenzusammensetzung und die Betonung der wichtigen Rolle der »selbständigen Arbeiter« mit dem Versuch, die Linke sozial einzuordnen, ihr ihre eigene Proletarisierung vorzuhalten und ruft sie auf, sich dieser Situation zu stellen, statt ihr auszuweichen. Diese Methode ist nicht neu: In den 70er Jahren gab es eine Flut von Theorien über die »lohnabhängige Intelligenz«, mit der sich die Linke als Teil der Arbeiterklasse zu definieren wünschte. Die aus Italien stammende Theorie des »gesellschaftlichen Arbeiters« zielte in ähnlicher Weise darauf, den revoltierenden Subjekten ihre Klassenbasis zu bescheinigen, ohne eine fundierte Analyse der wirklichen Klassenzusammensetzung liefern zu können. So wie es die damaligen Versuche, auf billige Weise einen Bezug zwischen linker Intelligenz und Proletariat herzustellen, nicht verhindert haben, daß heute ein großer Teil dieser Intelligenz definitiv auf der anderen Seite der Barrikade steht, so wird auch dieser neuerliche Versuche, die Linke ins Proletariat »einzubauen«, nicht wirken können. Die Linke ist keine homogene soziale Schicht, in ihr finden sich genauso Krisengewinnler wie Verlierer. Gerade die Qualifikationen, die im Rahmen politischer Bewegung und Aktivität gewonnen werden, befähigen zur Ausübung

wichtiger staatlicher Vermittlungstätigkeiten. Viele der Aktivisten der letzten breiten Debatte um ein »neues proletarisches Massenelend«, die Initiativen der Arbeitslosen Anfang der 80er Jahre, sind heute ABM-Verwalter oder Krisenberater des Kapitals.

Daher täuscht er sich auch über die Möglichkeiten, von linken Strukturen auszugehen und sie in einer neuen Debatte zusammenzuführen. Diese Strukturen sind viel kaputter, als er es sich wohl vorstellt. Seine fast wie ein Appell zur Rettung der Linken klingenden Ausführungen werden dort gar nicht gehört werden. Wenn überhaupt, dann macht sein Vorschlag Sinn, wenn er sich an die »Basis« wendet, d.h. dorthin, wo es wirkliche Erfahrungen und Lernprozesse gibt – auch wenn diese mit linker Ideologie im bisherigen Sinne nicht viel zu tun haben.

Soviel erstmal zum Einstieg in die Debatte!

Riots • Sabotage • Squats

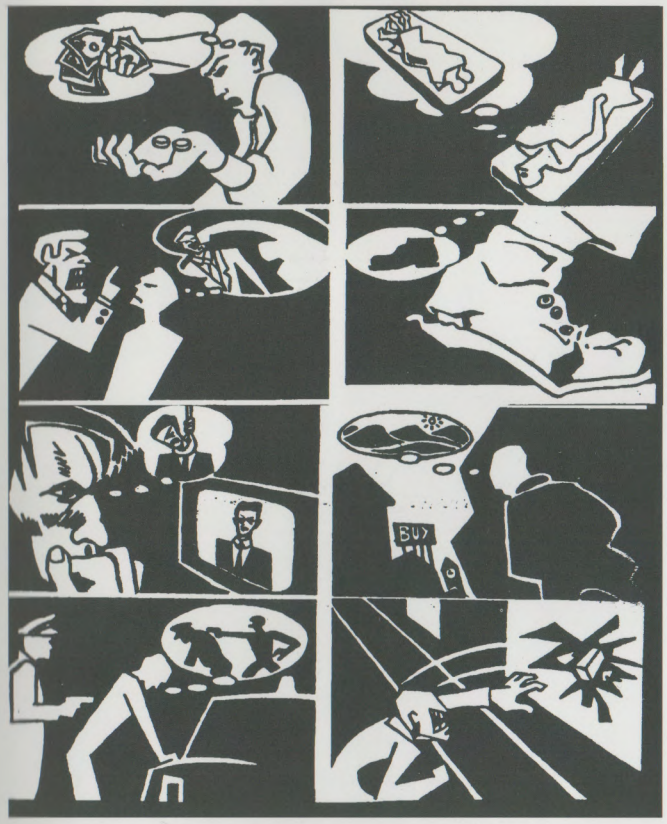
Information – Diskussion – Videos

Wildcat-Veranstaltungen zum Klassenkampf in den USA

Mo.	20.9. 20 Uhr	**Basel**	Infoladen Murbacher Str. 51
Di.	21.9. 20 Uhr	**Freiburg**	Infoladen Klarastr.73
Mi.	23.9. 19 Uhr	**Villingen/** Schwenningen	DGB-Haus (nähe Bahnhof)
Fr.	24.9. 20 Uhr	**Mannheim**	JUZ O 4
So.	26.9. 20 Uhr	**Osnabrück**	Stadtteilzentrum Aufbruch Bohmter Str. 28
So.	26.9. 19.30 Uhr	**Frankfurt**	Dezentral Sandweg 131a

Take Over Homes
Take Down Jails

Obdachlosigkeit und Hausbesetzungen in San Francisco
40 Minuten, VHS, 1993, deutsche Fassung



Dieser Film entstand im Frühjahr 1993, als wir an den Aktionen von Homes not Jails teilnahmen, die seit November 1992 in San Francisco Häuser besetzen und dabei mit Obdachlosen zusammenarbeiten.
Er besteht aus sieben Teilen. Descriptions sind Interviews mit Obdachlosen und HausbesetzerInnen über Mieten, niedrige Löhne, Obdachlosigkeit, die Asyle usw.. Für die nächsten drei Teile haben wir Peter interviewt, Ex-Besetzer und lebendes Geschichtsbuch. Er beschreibt die White Panthers, BesetzerInnen in den 70ern und 80ern, die sich an der marxistisch-leninistischen Strategie der Black Panthers orientierten, und Squatters Anonymous , eine anarchistische Besetzungsbewegung Mitte der 80er. In Comparison versucht er einen Vergleich der Erfahrungen dieser beiden Bewegungen. In Homes not Jails stellen die drei Aktivisten dieser Gruppe ihre Praxis dar.
Polk Street Squatters sind obdachlose PunkerInnen, die im Stadtteil Tenderloin Häuser besetzen. Statements zeigt Meinungen, politische Einschätzungen, die Wut der Obdachlosen...
Der Film ist ein Versuch, mit den BesetzerInnen von Homes not Jails eine Auseinandersetzung über das Ziel von Hausbesetzungen und den Zusammenhang von Mieten, Löhnen und Obdachlosigkeit zu führen.

Kaufpreis:
- für Gruppen und Veranstaltungen: 60 DM
- für Einzelpersonen: 30 DM

We Gotta Do Shit

Collage zum Aufstand in Los Angeles
17 Minuten, VHS, 1993, deutsche Fassung

Zusammenschnitt aus Hands On The Verdict (1992) von den LA Video Activists und A Nation Erupts (1992) von Not Channel Zero.
Im April 1992 sprach ein Geschworenengericht in einem »weißen« Vorort von LA vier »weiße« Bullen frei, die ein Jahr zuvor den »schwarzen« Rodney King fast totgeprügelt hatten. Nach dem Urteil machten Tausende eine Demo und griffen die Bullen an. Es entwickelte sich ein tagelanger Aufstand, an dem sich hauptsächlich Latinos und Schwarze, aber auch Weiße und AsiatInnen beteiligten. Die ganze Wut und der Haß gegen das System von Ausbeutung und Armut, Repression und Rassismus ließ die Leute die Straße erobern. Tausende von Geschäften wurden geplündert und angezündet. Auffallend war, daß hier nicht etwa die Gangs zugange waren, sondern die Leute aus den Stadtteilen, vor allem auch viele Frauen.
Dies sind Streiflichter, Eindrücke, Informationen zu den Schwarzen, Gangs, der Medienhetze, AsiatInnen und Latinos.

Kaufpreis (incl. Broschüre):
- für Gruppen und Veranstaltungen: 40 DM
- für Einzelpersonen: 25 DM

Für beide Videos:
- für Gruppen und Veranstaltungen: 70 DM
- für Einzelpersonen: 40 DM

Preise incl. Porto und Verpackung zu zahlen auf das Konto
(Es genügt leider nicht mehr, das Geld auf's Konto zu überweisen. Ihr müßt unbedingt auch eine schriftliche Bestellung schicken, da die Post im Rahmen ihre Rationalisierung keine Einzahlungs- oder Überweisungsbelege mit der Adresse mehr weiterleitet!)

Sisina
Postgiroamt Berlin
Kto. Nr. 31502-109
BLZ 100 100 10

Wer mehr erfahren will:
WildcatTV
c/o Sisina
Pf. 360 527
10975 Berlin

Keiner plagt sich gerne, doch wir wissen:
grau ist's immer, wenn ein Morgen naht,
und trotz Hunger, Kält' und Kümmernissen
stehn zum Handanlegen wir parat.

Fort mit den Trümmern und was Neues hingebaut!
Um uns selber müssen wir uns selber kümmern und
heraus gegen uns, wer sich traut!

Jeder sitzt mal gerne unterm Dache,
drum ist Aufbau gar kein schlechter Rat.
Aber es muß sein in eigner Sache,
und so baun wir erst 'nen neuen Staat.

(...)

Aufbaulied (Text: Bertholt Brecht, Musik: Hanns Eisler)